



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die Europawahl 2014 und das Duell um die
Kommissionspräsidentschaft“

Verfasser

Franz Trautinger, BA BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. i.R. Dr. Karl Ucakar

0. Inhaltsverzeichnis

0. Inhaltsverzeichnis	3
0.1 Abbildungsverzeichnis.....	5
0.2 Tabellenverzeichnis	6
0.3 Abkürzungsverzeichnis.....	6
ABSCHNITT I.: ANFANG.....	9
1. Allgemeine Einführung und Forschungsfragen.....	9
2. Institutionen und Demokratie in der Europäischen Union	14
2.1 Geschichte des europäischen Parlamentarismus.....	14
2.2 Die Europäische Kommission	18
2.3 Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission	20
2.3.1 <i>Geschichtlicher Rückblick</i>	20
2.3.2 <i>Die Ernennung des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin im rechtlichen Kontext</i>	23
2.3.3 <i>Die SpitzenkandidatInnen</i>	25
2.4 Der Wahlkampf 2014, das Wahlergebnis und die Folgen	27
2.4.1 <i>Die Bestellung der Kommission 2014</i>	30
2.5 <i>Conclusio: Das „parlamentarische Modell“ als Zukunft der Union?</i>	31
3. Theoretische Grundlagen.....	35
3.1 Die <i>second-order national elections</i> These	35
3.2 Die wissenschaftliche Debatte über das „demokratische Defizit“ der EU	38
3.2.1 <i>Majone: Regulatory State</i>	39
3.2.2 <i>Moravcsik: Agenturen und intergouvernementale Kontrolle</i>	42
3.2.3 <i>Follesdal/Hix: Responsivität und politischer Wettbewerb</i>	45
3.2.4 <i>Conclusio: Supranationale Demokratie im 21. Jahrhundert</i>	47
3.3 Europäisierung im Kontext europäischer Demokratie.....	48
3.3.1 <i>Europäisierung allgemein</i>	48
3.3.2 <i>Europäisierung und nationale Parteien</i>	50
3.3.3 <i>Europäisierung und „Europarteien“</i>	52
3.3.4 <i>Europäisierung und Europawahlen</i>	55
3.4 Schlussfolgerungen und theoretisches Modell	57
3.5 Hypothesen	59
4. <i>Research design</i>	63
4.1 Fallauswahl	64

4.2	Daten.....	66
4.3	Methode und Operationalisierung	68
ABSCHNITT II.: MITTE.....		71
5.	Forschungsergebnisse.....	71
5.1	Allgemeine Erkenntnisse	71
5.2	Länderspezifische Ergebnisse.....	74
5.2.1	Österreich (A).....	74
5.2.2	Belgien / Wallonien (B).....	75
5.2.3	Deutschland (D).....	76
5.2.4	Spanien (E).....	77
5.2.5	Frankreich (F).....	79
5.2.6	Großbritannien (GB).....	80
5.2.7	Italien / Südtirol (I).....	81
5.2.8	Irland (IRL)	81
5.2.9	Luxemburg (L).....	82
5.3	Daten- und Methodenprobleme	83
5.4	Juncker/Schulz als abhängige Variable (H1-H9): lineares Regressionsmodell	84
5.4.1	H1: Große und kleine Länder	87
5.4.2	H2: Wahlkreise.....	88
5.4.3	H3 und H4: Sprachen und TV-Duelle	89
5.4.4	H5 und H6: Integrationsfreundlichkeit und Loyalität.....	90
5.4.5	H7: Nationale Personen.....	92
5.4.6	H8: Parallelwahlen.....	92
5.4.7	H9: Duell der europäischen Spitzenkandidaten.....	93
5.5	Rollentausch der Kandidaten (H10-H13): logistische Regressionsmodelle.....	94
5.5.1	H10 und H11: Spitzenkandidaten und issues.....	95
5.5.2	H12: Spitzenkandidaten und Europarteien	96
5.5.3	H13: Duell um die Kommissionspräsidentschaft.....	97
5.5.4	Europäisierung.....	99
ABSCHNITT III: SCHLUSS		101
6.	Parteien, Spitzenkandidaten und Europäisierung.....	101
6.1	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	101
6.2	Theoretische Perspektive: Demokratisierung oder „Supranationalisierung“?	104
7.	<i>Conclusio</i> und Ausblick	109
8.	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	112
8.1	Wissenschaftliche Literatur	112

8.2	Nicht-wissenschaftliche Quellen	115
8.3	Rechtstexte	119
8.4	Untersuchungsmaterial	120
8.4.1	<i>Facebook-Seiten</i>	120
8.4.2	<i>Wahlprogramme</i>	121
8.5	Sekundärdaten	123
ANHÄNGE		125
	Anhang 1: Variablen	125
	<i>Abstract (Deutsch)</i>	127
	<i>Abstract (English)</i>	128
	Lebenslauf	129

0.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	prozentuelle Mandatsverteilung im EP nach den Wahlen 2014 und 2009....	29
Abbildung 2:	Europäisierungs- und Demokratisierungsmodell	58
Abbildung 3:	EinwohnerInnenzahl und relativer Anteil von Schulz/Juncker	88
Abbildung 4:	Schulz/Juncker und die unterschiedliche Wahlkreisgröße	89
Abbildung 5:	Schulz/Juncker und die Integrationsfreundlichkeit der Parteien	91
Abbildung 6:	Schulz/Juncker und die Fraktionsloyalität der Parteien	91
Abbildung 7:	Schulz/Juncker und die Präsenz „nationaler“ Personen	92
Abbildung 8:	<i>postings</i> mit Schulz bzw. Juncker als eigene Kandidaten	93
Abbildung 9:	<i>issues</i> und europäische Spitzenkandidaten auf Parteiebene	96
Abbildung 10:	Spitzenkandidaten und Europarteien	97
Abbildung 11:	eigener und gegnerischer europäischer Spitzenkandidat	98

0.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fallauswahl.....	63
Tabelle 2: deskriptive Darstellung der Daten.....	71
Tabelle 3: lineare Regressionsmodelle mit Schulz/Juncker als AV.....	86
Tabelle 4: durchschnittliche Einbindung der eSK.....	90
Tabelle 5: logistische Regressionsmodelle mit unterschiedlichen AV.....	95
Tabelle 6: Zusammenstellung der getesteten Hypothesen.....	102

0.3 Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland (Partei)
ALDE	(Fraktion der) Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
AV	abhängige Variable
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
CDC	Convergència Democràtica de Catalunya (katalanische Liberale)
CDH	Centre Démocrate Humaniste (belgische ChristdemokratInnen)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CHES	Chapel Hill Expert Survey (siehe Bakker et al. 2012)
CiU	Convergència i Unió (Katalonien, Parteienverbund aus CDC und UDC)
CSP	Christlich Soziale Partei (deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CSV	Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei (Luxemburger ChristdemokratInnen)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
EG	Europäische Gemeinschaft
EGen	Europäische Gemeinschaften
EGP	Europäische Grüne Partei
EKR	Fraktion Europäische Konservative und Reformisten
EL	Partei der Europäischen Linken
EP	Europäisches Parlament
ER	Europäischer Rat
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof

EVP	(Fraktion der) Europäische(n) Volkspartei
EZB	Europäische Zentralbank
FG	Fine Gael Party (irische ChristdemokratInnen)
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége (ungarische ChristdemokratInnen)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Grüne/EFA	Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Labour	Labour Party (SozialdemokratInnen im Vereinigten Königreich bzw. Irland)
LSAP	Lëtzebuurger Sozialistesche Aarbechterpartei (Luxemburger SozialistInnen)
MdEP	Mitglied/er des Europäischen Parlaments
NR	Nationalrat (Österreich)
OGV	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PD	Partito Democratico (italienische SozialdemokratInnen)
PP	Partido Popular (spanische ChristdemokratInnen)
PS	Parti socialiste (französische oder wallonische SozialistInnen)
PSC	Partit dels Socialistes de Catalunya (katalanische SozialistInnen)
PSOE	Partido Socialista Obrero Español (spanische SozialistInnen)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SVP	Südtiroler Volkspartei
UDC	Unió Democràtica de Catalunya (katalanische ChristdemokratInnen)
UKIP	United Kingdom Independence Party (EFDD)
UMP	Union pour un Mouvement Populaire (französische ChristdemokratInnen)
UV	unabhängige Variable

ABSCHNITT I.: ANFANG

1. Allgemeine Einführung und Forschungsfragen

Das Gespenst des Nationalismus, das im 19. Jahrhundert noch als vermeintlicher Fortschrittsbringer gefeiert wurde, entpuppte seine zerstörerische Gewalt schon kurz nach seiner Erweckung. Nachdem dieser Geist über 100 Jahre in der einen oder anderen Form über Europa gewütet hatte, wurde im Jahr 1951 als Konsequenz aus dem Desaster des Zweiten Weltkriegs die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von sechs westeuropäischen Staaten gegründet. Sogar aus heutiger Sicht scheint es schwer zu glauben, dass die damaligen Akteure realistische Hoffnungen in einen grenzenlosen, friedlichen Kontinent mit gemeinsamer Regierung (oder gar Währung) in absehbarer Zeit setzten: Schließlich hatten sie alle persönlich eine Dekade erlebt, in der erbarmungslos versucht wurde, Europa „deutsch“ zu machen und waren Zeugen des beginnenden Kalten Kriegs mit der Teilung zwischen Ost und West.

Obwohl in Robert Schumans Erklärung vom 9. Mai 1950 eine solche Vision zwar eindeutig durchklingt, betont er, dass deren Verwirklichung kein kurzfristiges Unterfangen sein werde. Angesichts des vergangenen Kriegs liege der damalige Schwerpunkt zunächst in der Normalisierung der deutsch-französischen Verhältnisse:

Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.

(Schuman 1950)

50 Jahre später scheint die Nachfolgeorganisation der EGKS, die Europäische Union (EU) aus dieser Ausgangssituation ein Paradoxon erzeugt zu haben: Einerseits wurde die Befriedung sowie die politisch-wirtschaftliche Einigung des Kontinents (beides mit Ausnahmen) erreicht, was sowohl die „Auslöschung der Gegensätze“ (frei nach Schuman 1950, siehe oben) zwischen Frankreich und Deutschland, als auch zwischen West- und Osteuropa betrifft. Die EU ist heute das dominante politisch-wirtschaftliche Machtgefüge

des alten Kontinents, wie nicht zuletzt der Konflikt mit Russland um die Ukraine, aber auch die ungebrochene Attraktivität der Mitgliedschaft in den Balkanländern zeigt.

Andererseits ist es nicht gelungen, den BewohnerInnen der europäischen Staaten das nationalistische Gespenst endgültig auszutreiben. Trotz der Stabilisierung Europas – egal wie man dieser ob ihrer wirtschaftsliberalen Wesensart gegenüber steht – hat es die EU nicht geschafft, sich selbst als weithin unumstrittenes Gebilde, ähnlich dem modernen Staat, zu etablieren. Obwohl auch letzterer oft unter Kritik gerät (und das nicht nur in Schottland, Katalonien oder Flandern), wird seine prinzipielle Notwendigkeit von den wenigsten negiert, was für die EU sicherlich nicht gilt. Anders sind die Wahlerfolge von Parteien, welche die Union entweder „zurückstutzen“, oder am liebsten gleich abschaffen wollen, nicht zu erklären. In der derzeitigen Wirtschaftskrise hat sich zudem erneut gezeigt, dass die oft als „postnational“ bezeichnete Fassade im globalisierten Europa schnell zu bröckeln beginnen kann und altbekannte nationalistische Muster wieder hervortreten.

Zu den Hauptkritikpunkten an der EU in den Medien sowie im wissenschaftlichen Diskurs, die hier zunächst eher anekdotisch angeführt werden, zählen u.a. die Distanz von den BürgerInnen (räumlich, sprachlich, emotional), die angeblich überbordende Bürokratie, eine zu marktfreundliche Gesetzgebung, die unverständliche Komplexität des „ungewohnten“ Institutionengefüges und seiner Prozesse sowie deren mangelnde demokratische Qualität.

Dieser letzte Aspekt bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit: Es soll eine neuartige Praxis untersucht werden, die als (Teil-)Antwort auf die sogenannte Demokratiedefizitdebatte (genauer siehe unten) betrachtet werden kann (siehe Hobolt 2014: 1531f): die Einführung von „SpitzenkandidatInnen“ bei den Europawahlen. Der/die KandidatIn der stärksten europäischen Partei (bzw. Fraktion) sollte nach der Wahl 2014 erstmals KommissionspräsidentIn werden, ähnlich dem Mechanismus der Regierungsbildung in den meisten parlamentarischen Demokratien.

Auf die Frage, ob und inwieweit überhaupt so ein „Demokratiedefizit“ in der EU vorliegt, wird in dieser Arbeit keine abschließende Antwort gegeben werden können, lediglich die wichtigsten Argumente werden behandelt und die begründete Ansicht des Autors vorgestellt. Die öffentliche und akademische Debatte wird über solche politische Fragen nicht „objektiv“ geführt, da dies aus offensichtlichen Gründen nicht möglich ist. Zu sehr klingt stets durch, was sich der/die jeweilige ForscherIn bzw. KommentatorIn von

„Europa“ erwartet. In dieser Debatte geht es um die Betrachtungsweise gegenüber der EU, also ob sie eher als „klassische“ internationale Organisation, oder als eine Art Bundesstaat (ähnlich den USA) angesehen wird. Ob ein Gebilde, das zum Teil in sehr bedeutenden, da finanziell „schweren“, Politikgebieten Entscheidungen auf Mehrheitsbasis trifft, noch unter die erste Kategorie fällt, ist sehr fraglich. Wenn aber in Folge die EU eher als „Superstaat“ angesehen werden muss, bleibt - vereinfachend gesagt - ein gewisser Zweifel, ob eine moderne demokratische Herrschaftsausübung ohne direkte, in der Verfassung verankerte (Regierungs-)Opposition und mit derart wenig unmittelbarem *input* der Bevölkerung möglich ist.

Die Idee hinter den SpitzenkandidatInnen war nicht nur, eine stärkere Verbindung zwischen BürgerInnen und Kommission über das Europäische Parlament (EP) herzustellen, sondern auch der Versuch, einen einheitlicheren europäischen politischen „Raum“ bzw. eine Debatte zu schaffen, wie ein Zitat des ehemaligen Kommissionspräsidenten Barroso im weiteren Verlauf der Arbeit gut zeigt. Betrachtet man die Struktur der „Europarteien“ (siehe unten), merkt man sofort, dass diese Aufgaben, die eng mit Wahlkampfführung zusammenhängen, nur von den nationalen Parteien erbracht werden können: Diese haben die ökonomischen, politischen und menschlichen Ressourcen, um politische Botschaften und Akteure „unter's Volk“ zu bringen. Die Europarteien hindert schon das geringe Budget und die (auch damit zusammenhängende) fehlende sprachliche bzw. kulturelle Kompetenz daran, Wahlkampf in 28 Staaten (mit unterschiedlicher Wahlkampfgesetzgebung) zu führen (siehe auch Jones 2011: 34ff). Dazu kommt noch die Tatsache, dass man „Europarteien“ als EU-BürgerIn nicht wählen kann.

Die nationalen Parteien sahen sich im Europawahlkampf 2014 mit einer völlig neuen Aufgabenstellung konfrontiert, die teilweise im Gegensatz zu ihren üblichen Zielen stand. Bei den „Europawahlen“ handelt es sich interessanterweise um 28 fast gleichzeitig stattfindende Nationalwahlen (siehe Reif/Schmitt 1980: 3-8). Das Interesse der Parteien, die Stimmenmaximierung, ist nur auf ihren Wahlkreis (das ist entweder ihr Heimatland bzw. in manchen Staaten einige Regionalwahlkreise), beschränkt. Der Anreiz, für „fremde“ KandidatInnen „aus Brüssel“ Wahlkampf zu betreiben, die in der Regel nicht wählbar sind (da sie auf den eigenen Wahllisten nicht antreten), die zusätzlich relativ unbekannt sein können und möglicherweise die Landessprache nicht beherrschen, bleibt gering. Da politische Akteure aber meist nicht nach rein rationalen Gesichtspunkten

handeln, hat sich gezeigt, dass die SpitzenkandidatInnen in einigen Ländern in die nationalen Wahlkämpfe einbezogen wurden. Genaueres über diese Einbindung herauszufinden ist das Forschungsinteresse dieser Arbeit. Es ergeben sich folgende Forschungsfragen, die als Einstieg dienen und im letzten Kapitel auf mehreren Ebenen beantwortet werden:

- 1) Welche nationalen Parteien binden die neuartigen europäischen SpitzenkandidatInnen in welchem Ausmaß in ihrer Wahlkämpfe ein?
- 2) Kann man bei der Einbindung der europäischen SpitzenkandidatInnen eine „Normalisierung“ feststellen? Wurden diese ähnlich wie nationale KandidatInnen inszeniert (z.B. Wahlkampfveranstaltung, Plakate, Negativwerbung)?
- 3) Wodurch lassen sich die parteispezifischen Unterschiede bei der (Nicht-)Inszenierung der SpitzenkandidatInnen erklären? Lassen sich länder- bzw. parteifamilienspezifische Muster erkennen?

Das neue europäische Element in Form von SpitzenkandidatInnen, sollte, wie schon erwähnt, dazu beitragen, die 28 getrennten Wahlen „europäischer“ zu machen. Ob dies tatsächlich gelungen ist, wird zu zeigen sein (siehe dazu Hobolt 2014):

- 4) Führte die Einbindung der europäischen SpitzenkandidatInnen zu einer Europäisierung der Europawahlkämpfe der nationalen Parteien? Wurden dadurch vermehrt europäische Themen, für die das Parlament und die Kommission auch verantwortlich sind, behandelt?

Die Quasi-Direktwahl des/der Kommissionspräsidenten/-in ist eine wichtige Forderung der KritikerInnen des „demokratischen Defizits“ der Union (siehe z.B. Follesdal/Hix 2006):

- 5) Wie ist die erstmalige praktische Umsetzung europäischer SpitzenkandidatInnen im Kontext der „Demokratiedefizitdebatte“ zu bewerten? Konnte das „Demokratiedefizit“ angebotsseitig verringert werden?

Der weitere Aufbau der Arbeit gestaltet sich wie folgt: Zunächst wird ein historischer Abriss über die interinstitutionellen Beziehungen im politischen System der EU geboten, in dem auch auf wesentliche Rechtsnormen Bezug genommen wird. Danach werden die

wichtigsten Fakten zur Europawahl 2014 vorgestellt. Auf Grundlage von Europäisierung- und Demokratiedefizitliteratur wird ein erweitertes theoretisches Modell zu den SpitzenkandidatInnen entwickelt, das die Basis für 14 Hypothesen bildet.

Auf die Erläuterung des *research design* folgt die Präsentation der empirisch erhobenen Daten und die Überprüfung der Hypothesen mit Hilfe von Regressionsmodellen. Im letzten Abschnitt werden die Forschungsergebnisse in Zusammenhang mit dem theoretischen Modell diskutiert und Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen erörtert.

2. Institutionen und Demokratie in der Europäischen Union

2.1 Geschichte des europäischen Parlamentarismus

Im Laufe von zirka 30 Jahren hat sich das EP von einem Konsultations- zu einem Entscheidungsorgan gewandelt. Benedetto/Hix (2007: 116) sehen einen „Trend“ (ebd.) darin, dass sich die Befugnisse des EP seit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) mit jeder Vertragsänderungen erweitert haben, die Macht der Institution somit kontinuierlich gestiegen ist, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie es sich die ProponentInnen des EP möglicherweise gewünscht hätten.

Rittberger (2012) erklärt die Entwicklung des EP in drei Stufen: „institutional creation“, „institutional change“ und „institutional use“ (ebd.: 25). Im Zuge der Gründung der EGKS in den 1950er Jahren beschlossen die damaligen VerhandlerInnen, der supranationalen Neuerfindung der Hohen Behörde ein Kontrollorgan zur Seite zu stellen (vgl. Rittberger 2012: 25f). Während die niederländische und belgische Delegation vermeiden wollten, dass die neue Hohe Behörde ihre supranationale Macht missbrauchen könnte, ging es den deutschen Delegierten um eine gewisse Legitimität des gesamten Institutionengefüges, auch in Hinblick auf eine eventuelle Weiterentwicklung der Gemeinschaft in Richtung einer europäischen Föderation (vgl. ebd.). In der Frage, ob eine supranationale Institution ebenfalls supranational oder doch intergouvernemental kontrolliert und dadurch legitimiert werden sollte, wurde ein folgenschwerer Kompromiss erzielt, den man heute noch im europäischen politischen System findet („institutional creation“, ebd.). In Analogie zum föderalen Staat einigten sich die VerhandlerInnen darauf, dass beide „Logiken“ ihren Niederschlag im politischen System finden sollten: in der Gemeinsamen Versammlung (supranational, ähnlich einer nationalstaatlichen BürgerInnenkammer) und im Rat (intergouvernemental, ähnlich einer parlamentarischen Länderkammer). Beschiedt wurde die Versammlung durch die nationalen Parlamente, obwohl es schon seit 1952 die vertragliche festgelegte Möglichkeit gegeben hätte, Direktwahlen durchzuführen (siehe Art. 21 EGKS-Vertrag (1951); vgl. Jones 2011: 18-20).

Jones (2011: 18f) erzählt eine leicht konträre Version der Geschichte, nämlich dass die Gemeinsame Versammlung in der Schuman-Erklärung gar nicht erwähnt war, und aufgrund der Initiative eines französischen Abgeordneten in den Vertrag aufgenommen

wurde. Nichtsdestotrotz konstatiert er nachvollziehbar, dass die Nachwirkungen der damaligen Konstruktion der EP-Vorläuferin als machtloser Debattierklub noch heute in der öffentlichen Wahrnehmung des EP bzw. im *second-order* Phänomen bemerkbar seien, auf welches später genauer eingegangen wird (vgl. ebd.).

Durch die Römischen Verträge war die Gemeinsame Versammlung ab 1958 auch Organ der neugegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) (vgl. ebd.: 19). Ihr Einfluss dehnte sich nur im Rahmen bestimmter obligatorischer Konsultationsmechanismen und im Bereich des Budgets aus (vgl. ebd.). 1979 fanden zum ersten Mal Direktwahlen zur Gemeinsamen Versammlung statt, nachdem drei Anträge des „Parlaments“ in diese Richtung in den 1960er Jahren immer vom Rat abgelehnt wurden (vgl. ebd.: 20). Da die Mitgliedstaaten damals keine Einigung erzielen konnten, wurde die Einführung eines einheitlichen Wahlsystems auf unbestimmte Zeit verschoben. Erst 2002 wurde ein Rechtsakt verabschiedet, der den Mitgliedstaaten, welche nach wie vor für die Beschickung des EP zuständig waren (und immer noch sind), gewisse Mindeststandards bei den Europawahlen vorschrieb (u.a. proportionales Wahlsystem, maximale Sperrklausel von 5% etc.), die aber mit einem, wie es in den Rechtsakten heißt, „einheitlichen“ Wahlrecht nichts zu tun haben. Weder Wahltag, Wahlalter, Wahlkreise oder die Berechnungsformel für die Mandate wurden damals harmonisiert (vgl. ebd.: 26-28; Farrell/Scully 2010: 41ff; Oelbermann et al. 2010).

Obwohl die formalen Machtzugewinne bei der Einführung der Direktwahl 1979 gering waren, gab sich die Versammlung - die erst mit der EEA ihren heutigen Namen erhielt - immer selbstbewusster, was u.a. Einfluss auf die Realverfassung hatte: Erstmals wurde 1980 ein Budgetentwurf der Kommission durch die gewählten Mitglieder der Versammlung abgelehnt (vgl. ebd.: 21). Der EEA-Vertrag brachte weiters das Verfahren der Zusammenarbeit und das Zustimmungsverfahren, welche für das EP zur damaligen Zeit einen wesentlichen Fortschritt bedeuteten (vgl. ebd.: 21f). Das Mitentscheidungsverfahren als Vorgänger des Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (OGV), bei dem das EP nahezu gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, wurde schließlich mit dem Vertrag von Maastricht 1993 eingeführt und in den folgenden Verträgen in immer mehr Politikbereichen vorgeschrieben (vgl. ebd.: 23-25).

Ein wesentliches Charakteristikum des EP ist sein Kampf um mehr Macht im politischen System der EU (siehe auch Jones 2011: 21). Historisch gesehen lässt sich dieser auch als „self-empowerment“ (Rittberger 2012: 28) bezeichnen: In einem ständigen Neuordnungsprozess hat es das EP in der Vergangenheit meist geschafft, seine Position gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten zu verbessern. Dies spiegelt sich in einer immer gleichberechtigteren Stellung des EP mit dem Rat wider. Warum die Regierungen Einfluss abgegeben haben, ist nicht offensichtlich. Ein Erklärungsversuch wäre, dass die nationalen Exekutiven auf einem wesentlich „kürzeren Ast“ sitzen als das EP (vgl. ebd.): Im Gegensatz zum EP, das sich „nur“ in zweitrangigen Wahlen rechtfertigen muss, lastet auf Regierungen ein hoher Druck, erfolgreiche *policies* vorweisen zu können. Folglich kann das EP versuchen, die Verabschiedung von Gesetzen zu blockieren und somit die Regierungen zu konstitutionellen Zugeständnissen zwingen. Dieser „kürzere Ast“ zeigt sich auch im unterschiedlichen Zeithorizont der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) und der PolitikerInnen nationaler Regierungen (vgl. Benedetto/Hix 2007: 119f; Hix 2002: 271): Letztere denken eher kurzfristig, da sie einer genaueren Überprüfung durch Medien und Volk sowie einem härteren politischen Wettbewerb ausgesetzt sind, während die MdEP in einem langfristigeren, weniger umkämpften Umfeld agieren können. Judge/Earnshaw (2002: 355) betonen diesbezüglich die bekannte Strategie des EP, zuerst informelle Praktiken zu etablieren, welche das Parlament stärken, die dann in späteren Verträgen formalisiert werden.

Eine andere These über die wachsende Macht des EP setzt auf die Bedeutung von Ideen bzw. des legitimatorischen Drucks „liberal-demokratischer Werte“ (Rittberger 2012: 29; siehe auch Benedetto/Hix 2007: 118f), welche eine parlamentarische Gesetzgebung vorsehen. Die Problematik liegt insbesondere darin, dass nationale Parlamente Kompetenzen an die Union abgeben, die „in Brüssel“ dann von den VertreterInnen der nationalen Exekutiven beschlossen werden, wodurch ein Machtransfer weg von den Parlamenten hin zu den Regierungen stattgefunden hat. Es gibt die Ansicht, dass dies unproblematisch sei, so lange im Rat nach dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden werde, da die Regierungen von ihren Parlamenten abhängig seien (vgl. Rittberger 2012: 29). Der Autor hat diesbezüglich allerdings große Zweifel, da selbst bei Einstimmigkeit die Einbindung der nationalen Oppositionen nicht gegeben sein muss.

Nichtsdestotrotz, durch die Ausdehnung des Mehrheitsentscheids im Rat (besonders ab der EEA) besteht die Möglichkeit, dass nationale Parlamente jegliche Kontrolle über

bestimmte EU-Entscheidungen verlieren, da „ihre“ Regierungen in Brüssel überstimmt werden können. Die Ausdehnung der Befugnisse des EP ist als „Kompensation“ eine legitimatorische Konsequenz, die von den Regierungen „akzeptiert“ werden musste, da sie sonst die „moralischen Verlierer“ gewesen wären (vgl. ebd.: 29-31).

Als Beispiel kann die Einführung der EU-Eigenmittel in den 1960er Jahren angeführt werden, bei der es den MdEP und der niederländischen Regierung gelang, die anderen Regierungen von einem „legitimacy gap“ (ebd.: 30) zu überzeugen, was zu einer Ausdehnung der budgetären Kompetenzen des EP führte („institutional change“, ebd.).

Seit den 1980er Jahren hat sich diese Logik, die Rittberger (ebd.: 31f) kurz in der Formel „no integration without representation“ zusammenfasst, institutionalisiert, womit gemeint ist, dass sie von den handelnden Akteuren in der Regel nicht mehr hinterfragt wird. Rittberger (ebd.: 32) zeigt dies anhand des Verfassungskonvents auf, bei dem aus der „Mitentscheidung“ des EP das „Ordentliche Gesetzgebungsverfahren“ wurde. Die Einbindung des EP wurde somit auch sprachlich „normalisiert“, die ursprüngliche politische Debatte über Legitimität brauchte nicht mehr geführt werden (vgl. ebd.: 32f). Stattdessen dient das OGV seit dem Vertrag von Lissabon als „constitutional template“ (ebd.: 33), als Vorbild, das auch in den restlichen, „un-ordentlichen“ Gesetzgebungsbereichen, eingeführt werden soll, was Rittberger (ebd.) als „institutional use“ bezeichnet.

Rittbergers (ebd.) Erklärungsansatz für den Machtzuwachs des EP beruht zusammenfassend gesagt auf einer sozialkonstruktivistischen Annahme, wie er in der *conclusio* nochmals verdeutlicht:

Yet, the transfer of sovereignty is not a sufficient condition for parliamentarization to ensue. It also requires that political actors come to agree that the principle of representative democracy defines a common constitutional principle or standard of legitimacy to which all actors have to subscribe.
(Rittberger 2012: 34)

Benedetto/Hix (2007: 128f) sehen dies nur begrenzt so: Während sie der öffentlichen Demokratiedefizit-Debatte nur einen gewissen Einfluss auf die Tatsache einräumen, dass das EP seine eigene Macht immer weiter stärken konnte, betonen sie die Bedeutung der Zusammenarbeit der MdEP. Weiters stellen sie fest, dass das EP besonders bei Materien,

die im Rat mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden, die größte Chance habe, im Rahmen des OGV gleichberechtigt eingebunden zu werden. Die Regierungen erhofften sich dadurch, im Sinne von *checks and balances* „unvorhergesehene“ Ergebnisse, die durch Überstimmung im Rat für einzelne entstehen können, zu vermeiden oder abzumildern (vgl. ebd.: 128).

Der scheinbare Widerspruch zwischen Benedetto/Hix (2007) und Rittberger (2012) ist bei genauerer Überlegung nicht besonders groß, da beide die Regierungen sowie Kompetenztransfers als wesentliche Variablen ansehen, auf die der Machtzuwachs des EP zurückzuführen ist. Ob die Legitimationsdebatte einen bedeutenden Einfluss hatte, ist empirisch nur schwer feststellbar.

2.2 Die Europäische Kommission

Hier eine ausführliche Darstellung der Kompetenzen und Aufgaben der Europäischen Kommission aus einem Lehrbuch wiederzugeben, muss vermieden werden. Stattdessen sollen nur die wesentlichen Charakteristika der Institution in Erinnerung gerufen werden, die im weiteren Verlauf relevant sind.

Die Kommission wird oft vereinfachend als „Exekutivorgan“ oder „Regierung“ der EU bezeichnet, was bei genauerer Betrachtung nicht ganz zutrifft. Tatsächlich ist sie als Hybrid konzipiert - was für andere EU-Organe ebenfalls gilt (vermutlich u.a., um Analogien zu nationalstaatlichen Institutionen zu erschweren und damit den Eindruck des Superstaates zu vermeiden) (vgl. Majone 1998: 8; Hix/Høyland 2011: 34f): Zu ihren Aufgaben gehören nicht nur *agenda setting*, die Vertretung der EU nach Außen (z.B. in Handelsfragen), der Budgetvollzug sowie das Erstellen von Regeln und Verordnungen („delegierte Rechtsakte“ oder „Durchführungsbestimmungen“), sondern auch die Mitwirkung im Gesetzgebungsprozess (vor allem durch das „Initiativmonopol“), die Überwachung der ordnungsgemäßen Implementierung und Anwendung von Unionsrecht in den Mitgliedstaaten („Hüterin der Verträge“) und die Überwachung spezieller Rechtsbereiche mit der Möglichkeit, Beschlüsse (ähnlich „Verwaltungsstrafen“) zu erlassen (insbesondere im Wettbewerbsrecht).

Ursprünglich war die Kommission als „apolitische funktionalistische Bürokratie“ (Hix 2005: 44) konzipiert, was vielleicht die unorthodoxe Vermischung von exekutiven, legislativen und sogar judikativen Befugnissen erklärt. Die Kommission sollte - ähnlich

einer Regulierungsagentur - unabhängig von den nationalen Regierungen zum Wohle aller BürgerInnen handeln (vgl. ebd.: 44,49f). Auf die offensichtliche definitorische Problematik des „Wohles“ wird in der Diskussion zum „Demokratiedefizit“ weiter unten eingegangen.

Die Kommission setzt sich aus ihrem Präsidenten bzw. ihrer Präsidentin als *primus/-a inter pares* und einer gewissen Anzahl an KommissarInnen zusammen (vgl. ebd.: 43). Nach der Europawahl 2014 entspricht die Anzahl der KommissarInnen plus Präsident der Zahl der Mitgliedstaaten; eine Reduktion ist laut dem Vertrag von Lissabon in der nächsten Legislaturperiode geplant, diese kann jedoch vom Europäischen Rat (ER) einstimmig verhindert werden (siehe Art. 17(4-5) EUV (2010)). Der/die PräsidentIn dient vor allem als *agenda setter*, er/sie ist verantwortlich für die Ressortverteilung und die personelle Zusammensetzung der Kommission (in Absprache mit den nationalen Regierungen) und ist weiters, ähnlich dem/der BundeskanzlerIn das (verantwortliche) „Gesicht“ der Kommission. Die Idee einer apolitischen Behörde ist in dieser Hinsicht utopisch, da alle Mitglieder selbstverständlich Partei- und BerufspolitikerInnen sind (vgl. Hix 2005: 44f). Dass jede Form von vermeintlich unpolitischer Bürokratie eine Eigendynamik in Hinblick auf Ressourcen- und Machtzuwachs entwickelt, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Inwieweit die Kommission „politische Politik“ betreibt, hängt stark von der Persönlichkeit des Präsidenten bzw. der Präsidentin ab, wie sich seit der Entstehung der Institution gezeigt hat (vgl. ebd.: 43). Hix (ebd.: 70) deutet z.B. die Entscheidung des ER, Romano Prodi, Jacques Santer und sicherlich auch José Manuel Durão Barroso zu Kommissionspräsidenten zu machen als Reaktion des Rats auf einige zu „eigenwillige“ (und integrationsfreundliche) Kommissionschefs davor - allen voran natürlich Jacques Delors. Parlamentarisch legitimierte SpitzenkandidatInnen bedeuten in diesem Sinne einen erheblichen Machtverlust für die Regierungen, der sich indirekt (eines Tages) natürlich auch in der Kompetenzverteilung zwischen EU und Nationalstaaten widerspiegeln kann, wie die Debatte um Jean-Claude Juncker 2014 gezeigt hat (siehe unten).

2.3 Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission

2.3.1 *Geschichtlicher Rückblick*

Im obigen Kapitel wurde bereits festgestellt, dass die Gemeinsame Versammlung der EGKS als schwache Institution konzipiert war. Sie war von Anfang an ein „zahnloses“ Kontrollorgan der Hohen Behörde, der Vorläuferin der Kommission, und durfte Anfragen an letztere Stellen, Berichte diskutieren und Abänderungsanträge bezüglich des Budgetentwurfes machen (vgl. Jones 2011: 18f). Ihr formal „stärkstes“ Einflusspotential war jedoch das Recht, alle Mitglieder der Hohen Behörde durch einen Misstrauensantrag im Zuge der Präsentation des Jahresberichts kollektiv abzuwählen (vgl. ebd.). Dazu war eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig, die aus mindestens der Hälfte aller Mitglieder der Versammlung bestehen musste (siehe Art. 24 EGKS-Vertrag (1951)). Nach so einem Misstrauensantrag wäre die „alte Kommission“ bis zur Ernennung einer Neuen durch die Mitgliedstaaten - ohne Zeitlimit - mit der weiteren Geschäftsführung betreut gewesen (siehe Jones 2011: 19). Jones (ebd.) ist aber ohnehin der Ansicht, dass diese Macht zu „extrem“ (ebd.) war, um in der Realität genutzt zu werden. Judge/Earnshaw (2002) sprechen von einer „Nuklearwaffe“ (ebd.: 347), die keine individuelle Rechenschaft berücksichtige, und betonen, dass der Hauptgegenspieler des EP eher der intergouvernementale Rat gewesen sei, während die supranationale Kommission meist als Verbündete gesehen wurde (siehe ebd.: 364; auch Hix 2011: 44). Der Misstrauensantrag sei mit dem Amtsenthebungsverfahren in den USA vergleichbar, das ebenfalls nur bei schwerem Fehlverhalten angewandt werde.

Der Vertrag von Maastricht brachte schließlich die Vorläuferin der heutigen Regelung: Der/die vom ER - nach „Anhörung“ des EP - ernannte KommissionspräsidentIn musste sich gemeinsam mit „seinen/ihren“ KommissarInnen als Kollegium vom EP bestätigen lassen (siehe Art. 158(2) EUV (1992)). Interessanterweise verstand das EP „Anhörung“ als „Zustimmungsvotum“, was auch in der parlamentarischen Geschäftsführung so festgelegt wurde. Das EP schuf durch diese eigenwillige - und von den Regierungen vermutlich unbeabsichtigte - Interpretation eine Verfassungsrealität, die im Vertrag von Amsterdam (siehe unten) auch kodifiziert wurde und bis heute gültig ist (vgl. Hix 2002: 270f,276ff). Weiters wurde die Amtsperiode der Kommission mit der Legislaturperiode des Parlaments „synchronisiert“ (vgl. Hix/Høyland 2011: 43).

Die konstitutionelle Neuerung der „Anhörung“ im Vertrag vom Maastricht war ebenfalls die Festschreibung einer informellen Praxis, da die Staats- und Regierungschefs bzw. -chefinnen bei der Ernennung der Kommissionspräsidenten¹ schon zuvor Konsultationen mit dem EP führten (vgl. Jones 2011: 24). Als Konsequenz des neugewonnenen Einflusses des Parlaments entstanden die bis heute üblichen *hearings*, bei denen sich die designierten KommissarInnen den Fragen der MdEP stellen müssen. Hier spielt das weiter unten erörterte „Ablehnungspotential“ eine große Rolle: Scheint ein/e KandidatIn für das EP inakzeptabel, kann es damit drohen, die gesamte Kommission „durchfallen“ zu lassen, was den Druck auf den Präsidenten bzw. die Präsidentin erhöht, die umstrittene Person auszutauschen. Schon in den 1990er Jahren verstand es das EP, dieses neue Machtpotential geschickt anzuwenden (vgl. ebd.; Hix 2002: 278f).

Ein parlamentarischer Misstrauensantrags ermöglichte - unverändert seit dem EGKS-Vertrag - nur die Amtsenthebung der gesamten Kommission, und nicht einzelner Mitglieder (vgl. ebd.). Änderungsversuche wurden mit zwei gegensätzlichen Argumentationen abgewehrt (vgl. Judge/Earnshaw 2002: 348): Einerseits fürchteten die Regierungen um ihren Einfluss bei der Besetzung der Kommissarinnen und Kommissare (auch auf das Ressort bezogen), bei der direkte Interventionen aus dem EP unerwünscht sind. Umgekehrt ist die Kommission seit ihrer Gründung als Kollegialorgan konzipiert, zu dessen größten Stärken die Unabhängigkeit von den nationalen Regierungen zählt. Misstrauensanträge gegen einzelne Mitglieder würden einen Keil in die Einheit der Kommission treiben und somit ihren unparteiischen, supranationalen Charakter gefährden.

Obwohl die „Nuklearwaffe“ (ebd.) niemals erfolgreich genutzt wurde (siehe auch Hix/Høyland 2011: 44), gab es bis 1999 neun Anträge, auch um der Kommission die potentielle Macht des EP zu zeigen und als essentieller Dialogpartner von ihr wahrgenommen zu werden (vgl. Judge/Earnshaw 2002: 348). Als „Vorstufe“ des Misstrauensantrags kann die Möglichkeit einer Verweigerung der Entlastung der Kommission bezüglich des Haushaltsvollzuges durch das EP gesehen werden, die es in ihrer „starken“ Form seit 1975 gibt und seitdem schon öfters - teilweise ebenfalls als Druckmittel - angewandt wurde (vgl. ebd.: 349f; auch: Jones 2011: 21f). Der politische Zusammenhang zwischen einer abgelehnten Entlastung und der Entlassung der

¹ Bis jetzt wurde dieses Amt nur von Männern bekleidet.

Kommission durch das EP ist selbst unter den MdEP nicht ganz unumstritten,² wie ein Auszug aus der Debatte 1998 bei Judge/Earnshaw (2002: 350) zeigt. Diese wurde am Anfang der wohl bekanntesten interinstitutionellen Krise zwischen EP und Kommission geführt, die schließlich zum Sturz der Santer-Kommission 1999 führte. Nachdem das Parlament die Haushaltsvollzugsentlastung für 1998 zunächst drei mal verschob, kam es trotz positiver Empfehlung des Budgetausschusses schließlich zur Ablehnung (vgl. ebd.: 350). Der Plan der sozialdemokratischen Fraktion, einen Misstrauensantrag zu stellen, der als Vertrauensabstimmung „genutzt“ werden und damit die negative Dynamik (durch Ablehnung des Antrags) umkehren sollte, wurde nicht durchgeführt (vgl. ebd.: 350f).

Die damalige Kritik richtete sich gegen zwei sozialdemokratische KommissarInnen (Édith Cresson aus Frankreich und Manuel Marín aus Spanien), die in einer unverbindlichen Resolution des EP aufgefordert wurden, ihren Verbleib in der Kommission zu überdenken (vgl. ebd.: 351). Statt die gesamte Kommission zu entlassen, einigte sich das EP mit der Kommission auf ein unabhängiges Untersuchungskomitee, das den Vorwürfen nachgehen sollte. Als es nach der Veröffentlichung des kritischen Berichts eine Mehrheit für einen Misstrauensantrag gab, kamen die Kommissionsmitglieder dem Parlament zuvor und traten geschlossen zurück (vgl. 353f). Als Grund dafür wurde auch die Weigerung der in Beschuss geratenen Mitglieder (vor allem Cresson) genannt, individuell ihr Amt zurückzulegen. Hix/Høyland (2011: 45) vergleichen die Krise mit der Watergate-Affäre in den USA, bei der Präsident Nixon ebenfalls zurücktrat, bevor ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde.

Judge/Earnshaw (2002: 354, 369f) wollen sich nicht ganz festlegen, ob dieser Vorfall als erfolgreiche Machtdemonstration des Parlaments zu verstehen ist, oder sich eher auf das inkompetente Krisenmanagement der Santer-Kommission zurückführen lässt. Klar ist für sie, dass die Krise die „Parlamentarisierung“ des politischen Systems der EU vorangetrieben hat, die auch weiter unten kurz diskutiert wird.

² Rechtlich gibt es diesbezüglich keine Verbindlichkeiten.

2.3.2 Die Ernennung des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin im rechtlichen Kontext

Berücksichtigt man einige Argumente, die im letzten Abschnitt vorgebracht wurden, muss man den Machtzuwachs der einzig direktdemokratisch³ gewählten europäischen Institution im Rahmen eines Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsprozesses der EU verstehen, dessen jüngster Meilenstein der Vertrag von Lissabon ist. In diesem - sowie schon im gescheiterten Verfassungsvertrag - wurde die für den Forschungsgegenstand dieser Arbeit essentielle „Neuerung“ vorgenommen (die Anführungszeichen werden noch erörtert). Im Vertrag über die Europäische Union (EUV (2010)) heißt es seit Dezember 2009:

Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.
(Art. 17(7) EUV (2010))

Das formale Nominierungsverfahren sieht weder SpitzenkandidatInnen, noch eine automatische Ernennung durch das Parlament vor - wie man aufgrund mancher Medienberichte und der Einleitung dieser Arbeit vielleicht vermuten könnte. Der Nebensatz von der „Berücksichtigung“ lässt viel Interpretationsspielraum, wie auch die Ankündigung der deutschen Kanzlerin zeigte, die noch vor der Wahl einen „Automatismus“ bei der Ernennung des/der Kommissionspräsidenten/-in durch den ER ablehnte (siehe FAZ 2014c). Da aber sowohl die Zustimmung des ER als auch des neugewählten EP erforderlich ist, gibt es zwar keinen „Automatismus“, aber dennoch das Ablehnungspotential eines entschlossenen Parlaments, sollten politische Vereinbarungen nicht eingehalten werden. Benedetto/Hix (2007) beschreiben diese Strategie, die es auch in anderen Bereichen gibt, folgendermaßen:

³ Die demokratische Qualität der Europawahlen soll nicht ausführlich diskutiert werden. Lediglich begründete Zweifel seien hier wiederholt angebracht, da es sich *de facto* um 28 getrennte Wahlen handelt, die zu verschiedenen Zeitpunkten stattfinden, nach anderen Regeln abgehalten werden und - im Sinne der degressiven Proportionalität - BürgerInnen aus großen Mitgliedstaaten benachteiligen, da diese im Europaparlament auf Mandate bezogen unterrepräsentiert sind.

In implementing Treaty reforms, in its Rules of Procedure, the Parliament will try to maximize its influence by forcing the member states to accept its interpretation of the rules. If the member states refuse, the European Parliament can play ‘hardball,’ refusing to cooperate with the governments until they accept its interpretation. (ebd.: 119)

Im juristischen Lehrbuch heißt es ganz lapidar zu dieser Thematik: „Das Europäische Parlament trägt also mit dafür Verantwortung, wie die Kommission zusammengesetzt ist und ob die Ergebnisse der Europawahl hier ihre Berücksichtigung finden.“ (Frenz 2011: 152)

Interessant ist hierbei, dass von „constitutional innovation“ (Hobolt 2014: 1531) im engeren Sinn keine Rede sein kann. Vergleicht man diesen Text mit dem „Vorvorgängerartikel“ im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) in der konsolidierten Fassung nach dem Vertrag von Amsterdam, stellt man fest, dass sich die rechtlichen Befugnisse des EP seit 1997 nicht ausgedehnt haben (siehe auch Benedetto/Hix 2007: 116):

Die Regierungen der Mitgliedstaaten benennen im gegenseitigen Einvernehmen die Persönlichkeit, die sie zum Präsidenten der Kommission zu ernennen beabsichtigen; diese Benennung bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments.
(Art. 214(2) EGV (1997))

Im Vertrag von Nizza wurde zwar statt dem „Einvernehmen“ die „qualifizierte Mehrheit“ als Abstimmungsform im ER festgelegt, der direkte Einfluss des EP blieb jedoch unverändert:

Der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, benennt mit qualifizierter Mehrheit die Persönlichkeit, die er zum Präsidenten der Kommission zu ernennen beabsichtigt; diese Benennung bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments.
(Art. 214(2) EGV (2002))

Die „Innovation“ bestand folglich nur aus dem schwammigen Nebensatz über die „Berücksichtigung des Wahlergebnisses“, der aber, wie erwähnt, keinerlei bindende Wirkung entfaltet. Wie jedoch der holprige Ernennungsprozess gezeigt hat, war die informelle Kraft dieser Worte – natürlich zusätzlich zu den vorab getroffenen politischen

Vereinbarungen – letztendlich ausschlaggebend, weshalb man durchaus von „konstitutioneller Innovation“ sprechen kann, wenn man diesen Terminus etwas großzügiger auf die (ungeschriebene) Realverfassung anwendet.⁴

2.3.3 Die SpitzenkandidatInnen

Nach der Vertragsänderung 2009 fand ein politischer Willensbildungsprozess statt, der schließlich in der Kür der KandidatInnen der großen Europarteien gipfelte. Hier ist u.a. die „Rede zur Lage der Union“ vom 12. September 2012 hervorzuheben, in welcher der damalige Präsident Barroso anmerkte, dass eine „europaweite politische Debatte [...] entscheidend vorangebracht werden [könnte], wenn die europäischen Parteien bei den Europawahlen 2014 ihren eigenen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nominieren würden.“ (Durão Barroso 2012)

Kurze Zeit später, am 22. November 2012, verabschiedete das EP eine Resolution, in der es nach der Bezugnahme auf Art. 17 EUV (2010) heißt (siehe auch Sasmatzoglou 2013: 70; Hobolt 2014: 1532):

⁴ Dies erinnert durchaus an die österreichische Praxis: Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) kennt keine direkte Verbindung zwischen der Ernennung der Bundesregierung und dem Wahlergebnis bzw. den Machtverhältnissen im Nationalrat (NR) (siehe Art. 70(1) B-VG (2015)). Im Gegenteil, der/die BundespräsidentIn agiert hier formal noch unabhängiger vom Parlament als der ER, da die Angelobung der Regierung nicht parlamentarisch bestätigt werden muss. Erst danach kann der NR die neue Bundesregierung durch ein Misstrauensvotum abwählen (siehe Art. 74(1) B-VG (2015)); eine ähnliche Abwahlmöglichkeit gibt es bekanntlich auch im Europarecht, allerdings ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig (siehe Art. 234 EUV (2010)).

Trotz ihrer formalen Autonomie haben die Bundespräsidenten der Zweiten Republik stets die Spitzenkandidaten der stärksten Partei (als erstes) mit der Regierungsbildung beauftragt, was allerdings eine informelle österreichische Praxis ist; einmal wurde, nach gescheiterten Verhandlungen des Siegers, der Kandidat der drittstärksten Partei zum Bundeskanzler ernannt, weil er dem Bundespräsidenten eine parlamentarische Mehrheit präsentieren konnte, die übrigens nicht dessen Willen entsprach.

Der NR ist also trotz seiner „Untätigkeit“ im Ernennungsprozess der dominante Akteur im Hintergrund, welcher dem Bundespräsidenten bzw. der -präsidentin *de facto* wenig Handlungsspielraum lässt, da er ihre/seine Entscheidungen relativ einfach rückgängig machen kann. Ein ähnliches Szenario für die EU ist angesichts der Rechtslage nicht unrealistisch, sofern die handelnden (parlamentarischen) Akteure sich selbstbewusst dafür einsetzen. Dass diese in Partnerschaft mit den Medien durchaus erfolgreich sein können, hat der Ernennungsprozess von Jean-Claude Juncker gezeigt, bei dem der ER zunächst auf seine Autonomie gepocht hatte (siehe unten, vgl. Hobolt 2014: 1537).

Das Europäische Parlament, [...]

1. fordert die europäischen politischen Parteien nachdrücklich auf, Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission zu nominieren, und geht davon aus, dass diese Kandidaten im parlamentarischen Wahlkampf eine führende Rolle spielen, indem sie insbesondere ihr Programm in allen Mitgliedstaaten der Union persönlich vorstellen; hält es für äußerst wichtig, die politische Legitimität sowohl des Parlaments als auch der Kommission zu stärken, indem deren Wahl jeweils unmittelbarer mit der Entscheidung der Wähler verknüpft wird[.]
(EP 2012/2829(RSP))

Beide Texte nehmen auf die Problematik des „Demokratiedefizits“ Bezug, genauer auf die Aspekte der nicht existierenden europäischen Öffentlichkeit und der mangelnden demokratischen Legitimation der EU-Institutionen, welche in dieser Arbeit in einem eigenen Kapitel bearbeitet werden.

Die Parteien reagierten auf diese Impulse in unterschiedlichem Tempo: Erst im März 2014, also weniger als drei Monate vor der Wahl, wählte der Parteikongress der Europäischen Volkspartei (EVP) den ehemaligen Premierminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, in einer „Kampfabstimmung“ gegen den Franzosen Michel Barnier zu ihrem europäischen Spitzenkandidaten (vgl. EVP 2014b). Interessant ist, dass Juncker in keinem Land für einen Sitz im EP zur Wahl stand, aber vor allem, dass die Wahl so spät stattfand, trotz der angeblichen „etablierten Tradition“ der KandidatInnenkür bei den ChristdemokratInnen, wie der EVP-Funktionär Sasmatzoglou (2013: 72) nicht ohne Stolz schreibt. Dass ein/e SpitzenkandidatIn aufgestellt werden sollte, wurde übrigens schon im Oktober 2012 auf einem EVP-Kongress beschlossen (vgl. ebd.).

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hatte einen ähnlichen Beschluss schon im November 2011 gefasst, bei dem nicht ohne Demut festgestellt wurde, dass sich die SPE bei der letzten Wahl 2009 durch das Nicht-Aufstellen eines Spitzenkandidaten eine Chance entgehen ließ, welche ihre Hauptkonkurrentin, die EVP mit ihrem Kandidaten Durão Barroso sehr wohl zu nutzen wusste (vgl. Hertner 2011: 342f; SPE 2011). Wie bereits erwähnt waren die verfassungsrechtlichen Grundlagen damals jenen von 2014 sehr ähnlich.

Die SozialdemokratInnen ernannten schließlich im November 2013 den Europaparlamentspräsidenten Martin Schulz (aus Deutschland) zu ihrem „designierten Kandidaten“, welcher beim Parteikongress in Rom am 1. März 2014 mit 91% Zustimmung der Delegierten nominiert wurde (vgl. LSDP 2013; SPE 2014a). Mit ernstzunehmender

Konkurrenz anderer AnwärterInnen auf europäischer Ebene hatte Schulz, der auch Spitzenkandidat der SPD in Deutschland war, nicht zu kämpfen.

In der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bewarben sich zwei aussichtsreiche Kandidaten für die Spitzenkandidatur bei den Europawahlen: der ehemalige Premierminister von Belgien, Guy Verhofstadt sowie der damalige finnische EU-Kommissar Olli Rehn. Beide einigten sich im Jänner 2014 auf eine gemeinsame Kandidatur mit Verhofstadt an der Spitze, welche beim ALDE-Kongress am 1. Februar 2014 mit fast 80% bestätigt wurde (vgl. ALDE 2014).

Die Europäische Grüne Partei (EGP) versuchte die Neuerung der europäischen SpitzenkandidatInnen mit einer technisch-basisdemokratischen Innovation zu verbinden. Sie veranstaltete Vorwahlen im Internet, bei denen alle EuropäerInnen mitstimmen konnten. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung von nur 22.656 abgegeben Stimmen (bei über 350 Millionen wahlberechtigten EU-BürgerInnen) kann dieses Projekt nicht als erfolgreich bezeichnet werden. Gewählt wurden, ähnlich wie bei den Liberalen als Duo, Ska Keller aus Deutschland und der Franzose José Bové (vgl. EGP 2014; SPON 2014a).

Die Partei der Europäischen Linken (EL) wählte auf ihrem Kongress am 15. Dezember 2013 den Griechen Alexis Tsipras mit 84% Zustimmung zu ihrem gesamteuropäischen Kandidaten (EL 2013).

Alle SpitzenkandidatInnen außer Juncker und Tsipras standen in ihren jeweiligen Heimatländern als nationale AnwärterInnen für einen Sitz im EP zur Wahl. Schulz, Verhofstadt und Bové waren zudem Listenerste (vgl. European Voice 2014).

2.4 Der Wahlkampf 2014, das Wahlergebnis und die Folgen

Wie mehrmals erwähnt wurde, handelt es sich bei Europawahlen um fast gleichzeitig stattfindende Nationalwahlen für das europäische Abgeordnetenhaus. Länderübergreifende Listen oder KandidatInnen, die für alle EU-BürgerInnen wählbar wären, sind gesetzlich nicht vorgesehen. Dies gilt natürlich auch für die SpitzenkandidatInnen, die im Bestfall auf nationalen Parteilisten zu finden waren. Ihre Funktion als AnwärterInnen für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission ist nicht gesetzlich geregelt und basierte auf den Beteuerungen der wichtigsten Akteure, den- oder diejenige, dessen/deren Partei als

Wahlsiegerin hervorgeht, zum Präsidenten bzw. zur Präsidentin zu ernennen. Die ParlamentarierInnen waren bei diesen Zusagen (vor der Wahl) meist deutlicher als die Regierungschefs bzw. -chefinnen; aufgrund der schwammigen Rechtsgrundlage zeichnete sich ein interinstitutioneller Machtkampf bereits vor der Wahl ab (siehe z.B. Der Standard 2014b; Hobolt 2014: 1533). Sogar Martin Schulz interpretierte die Spitzenkandidaturen nach der Wahl scheinbar anders, als er sich öffentlich die (aussichtslose) Möglichkeit offen ließ, als Zweitplatzierter eine eigene Mehrheit zu suchen (vgl. FAZ 2014b).

Die Frage, durch welche Mehrheit sich die Siegerpartei definiert - also in Stimmen oder Mandate - wurde nach Ansicht des Autors ausgeblendet. Äußerungen wichtiger Akteure deuten aber darauf hin, dass der Sieger aufgrund einer parlamentarischen Mandatsmehrheit ausgemacht werden würde (vgl. Der Standard 2014b). Theoretisch kann in dieser Konzeption - ähnlich wie bei den US-Präsidentschaftswahlen - auch die Partei im EP die stärkste sein, die nicht die meisten Stimmen erhalten hat. Aufgrund der degressiven Proportionalität treten erhebliche länder- bzw. (innerstaatlich) wahlkreisspezifische Unterschiede im Verhältnis BürgerIn/Mandat auf. Das Verhältnis Stimme/Mandat wird zusätzlich durch die nationalen/wahlkreisbezogenen Wahlbeteiligungen verzerrt, da den Mitgliedstaaten bzw. manchen Regionalwahlkreisen unabhängig von der Partizipation immer gleich viele Mandate im EP zustehen. So kommen 2014 auf ein deutsches MdEP etwa 850.000 EinwohnerInnen, während ein maltesischer Abgeordneter zirka 70.000 Menschen vertritt (siehe z.B. EP 2014b).

Als eine der interessantesten Neuerungen des Wahlkampfes können die Fernsehdebatten der KandidatInnen gewertet werden (siehe auch Hobolt 2014: 1534). Hobolt (ebd.) schreibt (ohne die Angabe von Quellen) von neun TV-Diskussionen, die in Englisch, Französisch und Deutsch geführt wurden. In fünf Fällen sollen „Duelle“ zwischen Schulz und Juncker stattgefunden haben (vgl. ebd.). Die beste Zusammenstellung, wo und wann diese Debatten stattgefunden haben, findet sich auf der Wahlkampfseite von Jean-Claude Juncker (EVP 2014a). Zu den Höhepunkten im deutschsprachigen Raum gehörten sicherlich die beiden (auf Deutsch geführten) Duelle zwischen Schulz und Juncker in der ARD und im ZDF bzw. ORF (Gemeinschaftsproduktion). Auf europäischer Ebene war die „Elefantenrunde“ der Europäischen Rundfunkunion am bedeutensten, die (im Regelfall) am 15. Mai 2014 um 21:00 *live* aus Brüssel von diversen Fernseh- und Radiosendern in 25 Ländern übertragen wurde, darunter auch in die Ukraine und Kanada. Diese sogenannte „Eurovisions Debatte“ wurde (mit Ausnahme von Tsipras) auf Englisch geführt, für die

Simultanübersetzungen waren die lokalen (sendenden) Rundfunkanstalten zuständig. In Österreich war die Sendung auf dem quotenschwachen Spartenkanal ORF III zu sehen, in anderen Ländern meist auf speziellen Nachrichtensendern (z.B. TVE 24, RAI News, BBC Parliament etc.) (vgl. EBU 2014).

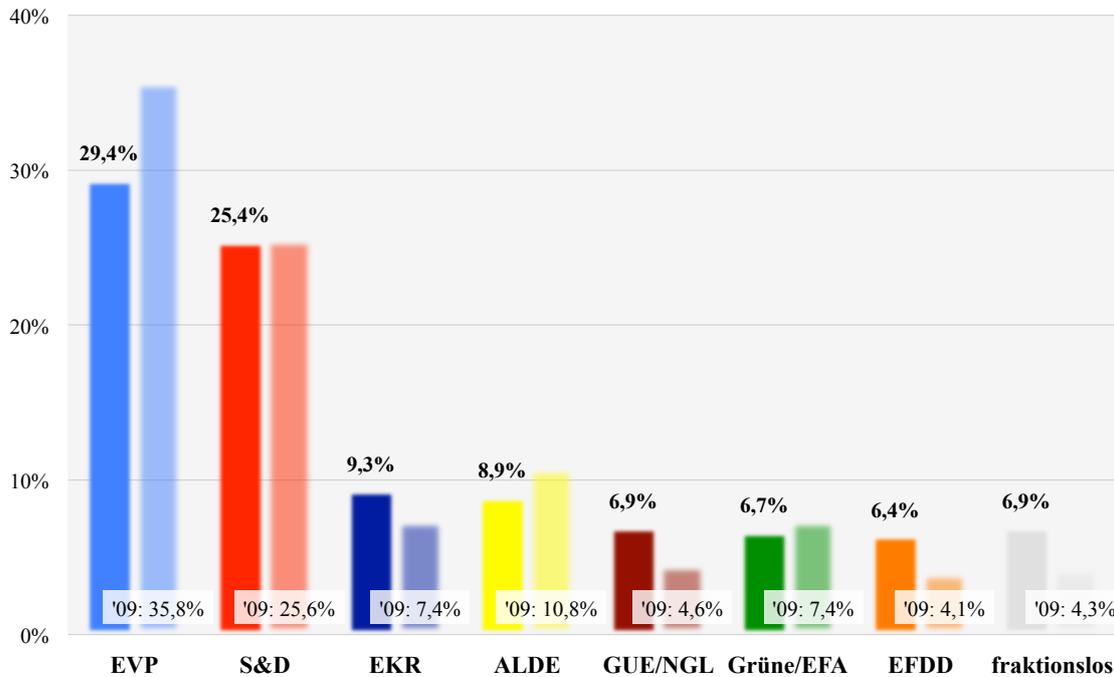


Abbildung 1: prozentuelle Mandatsverteilung im EP nach den Wahlen 2014 und 2009 (rechte bzw. linke Balken) (siehe EP 2014a), eigene Darstellung

Das Wahlergebnis ist auf gesamteuropäischer Ebene als nicht besonders spektakulär zu bezeichnen (siehe Abbildung 1; da die Sitzzahl des Parlaments 2014 verringert wurde, wird hier stets der prozentuelle Anteil der Mandate angegeben): Vom medial angekündigten großen „Rechtsruck“ kann im EP keine Rede sein, wobei dies nicht für Einzelstaaten wie z.B. Frankreich gilt. Bei den „etablierten“ Parteien gehören die EVP und die Liberalen zu den großen Verliererinnen. Die SozialdemokratInnen konnten sich auf niedrigem Niveau stabilisieren; kleinere Bewegungen wie die „EU-Austrittsfraktion“ EFDD und die Linke erreichten starke Zugewinne; auch die Konservativen gewannen. Interessanterweise haben alle Parteien, die SpitzenkandidatInnen aufstellten, mehr oder weniger große Verluste erlitten, mit Ausnahme der Linken. Dahinter einen direkten Zusammenhang zu vermuten, wäre jedoch verfehlt. Die Bewegungen, die beim neuartigen Rennen um die Kommissionspräsidentschaft mitgemacht haben, gelten alle (außer der Linken) als dezidiert proeuropäisch. Die EKR, die EFDD und viele Fraktionslose (z.B. aus

der FPÖ oder dem Front National etc.), die alle Zuwächse verbuchen konnten, vertreten europaskeptische bis europafeindliche Programme. Das Wahlergebnis ist vermutlich als Schwächung der integrationsfreundlichen Parteien zu interpretieren. Die SpitzenkandidatInnen dürften, auf das Gesamtergebnis bezogen, keine großen Stimmenmagneten gewesen sein, wobei zumindest Martin Schulz - der in Deutschland relativ erfolgreich war - nachvollziehbar argumentieren könnte, Schlimmeres für seine Partei verhindert zu haben.

Die Wahlbeteiligung lag 2014 bei 42,54%, der Abwärtstrend seit den ersten Direktwahlen 1979 wurde (vorerst) gestoppt. Weiter unten wird diesbezüglich auch eine andere Interpretationsweise angeboten (vgl. EP 2014a).

2.4.1 Die Bestellung der Kommission 2014

Der Weg Jean-Claude Junckers zur Kommissionspräsidentschaft wurde weiter oben schon als „holrig“ bezeichnet. Nach dem Wahlsieg der EVP gab es zunächst mediale Verwirrung um die Ernennung des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin. Einige Regierungschefs, allen voran der Brite David Cameron, waren mit dem scheinbar „neuen“ Ablauf nach der Wahl sowie der Person Junckers, der als integrationsfreundlicher Establishmentpolitiker gesehen wurde, nicht einverstanden, und stellten sich entweder direkt gegen den christdemokratischen Spitzenkandidaten oder taten wie der niederländische Ministerpräsident Rutte so, als ob die Wahl überhaupt keine Rolle spielen würde. Letzterer behauptete, - man kennt ähnliche Phrasen von Regierungsbildungen in Österreich - dass die „Personalfrage“ erst nach der Erstellung des Arbeitsprogrammes für die Kommission gestellt werden müsse (vgl. BBC 2014a). Auch die deutsche Kanzlerin Merkel dürfte sich unmittelbar nach der Wahl nicht ganz über ihre Umgangsweise mit den neuen Rahmenbedingungen sicher gewesen sein, da sie sich erst etwas verspätet - und nach einer Demokratie-Debatte in den deutschen Medien - offen zu Juncker bekannte (vgl. FAZ 2014c; Hobolt 2014: 1537).

Dass es sich bei Rutte und dem schwedischen Premierminister Reinfeldt eher um politische Schaumschlägerei handelte, zeigte sich beim Gipfeltreffen des ER am 27.6.2014, als Juncker von 26 Regierungschefs bzw. -chefinnen nominiert wurde. Gegen ihn stimmten Cameron und der ungarische Premierminister Viktor Orbán. Letzterer verweigerte wohl aus persönlichen Gründen seinem Parteifreund Juncker die Gefolgschaft,

da seiner FIDESZ-Alleinregierung von der luxemburgischen EU-Kommissarin Viviane Reding bei einigen umstrittenen Reformvorhaben immer wieder Steine in den Weg gelegt worden waren (vgl. NZZ 2014c). In jedem Fall war die Abstimmung ein Novum, da der ER Beschlüsse meist im Konsens fasst und alle Kommissionspräsidenten bis jetzt einstimmig nominiert worden waren (vgl. BBC 2014b).

Der weitere Verlauf der Investitur des Kommissionspräsidenten brachte dagegen nur mehr wenig Ungewohntes: Nach der Zustimmung des EP am 15.7.2014, welche aufgrund der Stimmen der meisten EVP-, S&D- und ALDE-Abgeordneter bzw. einiger grüner ParlamentarierInnen zustande kam, stellte Juncker nach dem üblichen Prozedere in enger Abstimmung mit den Regierungschefs bzw. -chefinnen sein Team zusammen, wobei es hier das nicht unbekannt Problem des geringen Frauenanteils gab. Nach den *hearings*, bei denen eine Kandidatin „durchfiel“ und ausgetauscht werden musste, wurde das „Gesamtpaket“ am 22.10.2014 vom EP (mit ähnlicher Mehrheit wie Juncker einige Monate zuvor) bestätigt, und die neue Kommission konnte mit der Ankündigung, „politischer“ zu sein am 1.11.2014 ihr Amt antreten (vgl. NZZ 2014b; SPON 2014b).

2.5 Conclusio: Das „parlamentarische Modell“ als Zukunft der Union?

Judge/Earnshaw (2002: 369f) betonen am Ende ihres Artikels, dass es zu Beginn der 2000er Jahre (nach der „Santer-Krise“) nicht eindeutig feststellbar war, ob sich das politische System der EU in Richtung des „parlamentarischen Modells“ im Sinne des von ihnen angeführten Idealtypus entwickelt habe. Diesen leiten sie u.a. von Lijphart (1992: 2-5) ab, der drei wesentliche Kriterien der parlamentarischen Regierungsform festlegt:

1. Der Regierungschef bzw. die Regierungschefin ist abhängig von der (möglicherweise indirekten) Zustimmung des Parlaments. Er/sie kann folglich vom legislativen Organ ausgewählt werden.
2. Wer Chef/Chefin der Exekutive wird, leitet sich aus den Machtverhältnissen und Bündnissen im Parlament ab.
3. „Parlamentarische Regierungen“ sind meist - im Gegensatz zu Exekutiven in präsidentiellen Systemen - Kollegialorgane, in denen der Regierungschef bzw. die Regierungschefin als *primus/-a inter pares* fungiert.

Akademisch interessant ist seine Reaffirmation (mit Bezug auf Montesquieu), dass in parlamentarischen Systemen somit keine strikte Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative vorliege (vgl. ebd.: 3). Der historische Überblick in dieser Arbeit hat gezeigt, dass das „parlamentarische Modell“, welches immerhin in fast allen Mitgliedstaaten vorherrschend ist, als „Vorlage“ für die sich ständig weiterentwickelnde Ausgestaltung des europäischen politischen Systems gedient hat.

Der geschilderte Prozess wird jedoch laut Judge/Earnshaw (2002: 357f) paradoxerweise von einer präsidentiellen Gegentendenz begleitet, die vor allem das dritte Regierungskriterium von Lijphart betrifft: Mehr Machtbefugnisse für das EP haben in der Vergangenheit auch eine Stärkung des PräsidentInnenamtes innerhalb des Kollegialorgans Kommission bedeutet. Dies gilt verstärkt seit dem Vertrag von Amsterdam, in welchem dem/der designierten KommissionschefIn mehr Rechte bei Zusammensetzung „seiner“/„ihrer“ „Regierung“ zugestanden wurde, auch in Hinblick auf die Portfolios (vgl. ebd.). Das in dieser Arbeit thematisierte Novum, die Europawahlen mit der Kommissionsbestellung zu verknüpfen, ist ebenfalls in diesem Kontext zu sehen. Immerhin handelt es sich nach der ersten Pseudo-Direktwahl mit Jean-Claude Juncker um das einzige Mitglied der Kommission, das am ehesten glaubwürdig behaupten kann, in der Union demokratisch legitimiert zu sein. Dass Juncker sich dieser Tatsache auch bewusst ist, zeigt u.a. die von ihm initiierte Neustrukturierung der Kommission: Erstmals gibt es mit Frans Timmermans einen (inoffiziellen) Stellvertreter des Präsidenten und die Rolle der sieben VizepräsidentInnen wird gegenüber den ihnen untergeordneten „gewöhnlichen“ Kommissare bzw. Kommissarinnen aufgewertet (vgl. FAZ 2014a). Der Legitimitätsaspekt spiegelt sich sicherlich auch im nicht gerade zurückhaltenden medialen Auftreten (vor allem gegenüber den Regierungschefs bzw. -chefinnen) des Luxemburgers wider, der auf keinen Fall als Anführer einer „Bande von Bürokraten“ (NZZ 2014a) gesehen werden will.

Was Lijpharts erstes Kriterium betrifft, kann festgestellt werden, dass dieses im politischen System der EU im Rahmen der Wahl 2014 volle Gültigkeit erlangt hat. Dies muss aber nicht unbedingt dauerhaft so bleiben, insbesondere wenn man bedenkt, dass das EP die Möglichkeit, einem Kandidaten bzw. einer Kandidatin nicht zuzustimmen bzw. seine/ihre gesamte Kommission aus dem Amt zu entlassen, aufgrund ihrer institutionellen Problematik in der Vergangenheit nie genutzt hat.

Dem zweiten Kriterium wurde - zumindest oberflächlich betrachtet - nach dieser Wahl ebenfalls entsprochen. Dies zeigt nicht zuletzt die oben erwähnte Aussage von Martin

Schulz, der sich eine eigene Mehrheit suchen wollte. Nach Ansicht des Autors schließt jedoch die Idee, dass die Regierung (bzw. ihr/e ChefIn) von den Machtverhältnissen im Parlament abhängt, auch ein, dass sich in dieser auch in irgendeiner Form die parlamentarische Machtaufteilung widerspiegelt - was z.B. durch Koalitionen oder gesetzliche festgelegte Repräsentationsschlüssel (vgl. Konzentrationsregierungen wie z.B. in der Schweiz) erfolgen kann. In der EU gilt dies zurzeit nur für den Kommissionspräsidenten bzw. die -präsidentin - die anderen Kommissare und Kommissarinnen werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten entsandt. *De facto* sind alle Parteien, welche der Kommission zugestimmt haben (siehe oben), im Kollegium vertreten. Da dieser Tatsache aber kein verbindlicher Mechanismus zugrunde liegt, wird das Repräsentativitätskriterium nicht voll erfüllt: Selbst wenn die Grünen im EP - womöglich nach einer Abmachung mit den anderen Fraktionen - voll zugestimmt hätten, wäre ihre Repräsentation in der Kommission (die bei 0% liegt) nicht gestiegen.

Diese Art der Personalauswahl hat zur Konsequenz, dass die Kommission - heute, wie auch vor fast 15 Jahren - keine Form des *party government* ist (vgl. Judge/Earnshaw 2002: 361). Ihre Politikgestaltung ist damit relativ unabhängig von Wahlen, Parteien und deren internen und externen Kompromissen. Wenn Juncker behauptet, er leite eine „politische“ Kommission, und sich damit vermutlich auf die übliche wissenschaftlichen Definition von „Politik“ als der allgemein verbindlichen Werteallokation bezieht (*output* nach Easton), bleibt die Frage offen, wie der „politische“ *input* funktioniert. In „normalen“ Koalitionsregierungen gibt es ein Regierungsprogramm, das meist von den Partnerparteien, die ihre Forderungen vorher zur Wahl gestellt haben, ausgehandelt wird. Die Kommission besitzt zwar auch ein Arbeitsprogramm, das seit 2014 auch in der oben beschriebenen Organisationsstruktur Niederschlag gefunden hat, dennoch ist dessen Erstellungsprozess vorsichtig als „komplex“ zu bezeichnen.

Der Mangel an Parteilichkeit ist auf die Gründung der Institution in den 1950er Jahren zurückzuführen, wo sie als unparteiische, objektive Behörde konzipiert war, die „Gutes“ für die BürgerInnen erreichen sollte (siehe oben bzw. unten). Die „neue Version“ des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin ist in dieser scheinbar sterilen Umgebung das einzige parteiliche Element und als KoordinatorIn gleichzeitig der wichtigste *agenda setter*. Dies hat einen sehr präsidentiellen Beigeschmack und ist aus normativer Sicht als problematisch anzusehen, da sich der (partei-)politische Pluralismus von über 500 Millionen EuropäerInnen in einer Person vereinigt und die anderen 27

Kommissionsmitglieder parteipolitisch bzw. herkunftstechnisch als „neutralisiert“ gelten müssen. Dem Gegenargument, dass für die Meinungsvielfalt das EP zuständig sei, kann mangels Initiativbefugnisse der BürgerInnenkammer nur bedingt zugestimmt werden. Auch die präsidentiellen USA sind hier mit ihrem Zweiparteiensystem mit starker innerer Meinungsvielfalt kein guter Vergleich.

Trotz dieser Bedenken ist es - ganz im Sinne einer sozialkonstruktivistischen Sichtweise - unbestreitbar, dass der „Machtzuwachs“ des EP, der hier besser als allgemeine „Supranationalisierung“ der EU bezeichnet werden sollte, oft von einer Infragestellung der politischen Legitimität der Organisation begleitet worden ist. Einige Beispiele wurden bereits zitiert. Im nächsten Kapitel sollen die wichtigsten theoretischen Argumente dieses Diskurses, die akademisch vor allem im Rahmen der Demokratiedefizitdebatte ausgetauscht wurden, vorgestellt werden.

3. Theoretische Grundlagen

Im folgenden Kapitel werden die für diese Arbeit relevanten wissenschaftlichen Theorien bzw. bisherige Forschungsergebnisse präsentiert. Das betrifft Literatur über die Nebenwahlthese, das sogenannte „Demokratiedefizit“ und Europäisierung (von Parteien). Am Ende des Kapitels werden dann auf Grundlage der vorgestellten Thesen und Ergebnisse ein theoretisches Modell und die Hypothesen dieser Forschungsarbeit ausgearbeitet.

3.1 Die *second-order national elections* These

Bevor auf die moderne politikwissenschaftliche Demokratiedefizitdebatte im eigentlich Sinn eingegangen wird, soll eine klassische These zu den Europawahlen rekapituliert werden, die (nicht notwendigerweise von den Erfindern beabsichtigt) vielen KritikerInnen der mangelnden demokratischen Qualität des politischen Systems der EU als Grundlage dient.

Die *second-order national elections thesis* geht davon aus, dass es in jedem demokratischen Land genau einen Typ von Wahlen ersten Ranges (*first-order*) gibt, nämlich Parlamentswahlen bzw. Präsidentschaftswahlen (in präsidentiellen Systemen). Alle anderen Wahlen (z.B. Landtage, Gemeinden, BundespräsidentIn bzw. House of Representatives, Zweite Kammern, EP) sind Sekundärwahlen (*second-order*), die wesentlich von Faktoren aus der *first-order* Arena beeinflusst werden (siehe Reif/Schmitt 1980: 8f; Marsh/Mikhaylov 2010: 8). *First-order elections* seien die bedeutensten Urnengänge in einem Land; bei allen anderen Wahlen sei stets „less at stake“ (Reif/Schmitt 1980: 9). Dies habe zur Folge, dass einerseits weniger Menschen an solchen Wahlen teilnahmen, diese aber andererseits - da es „nichts zu verlieren“ gebe - eher dazu neigen würden, für Kleinparteien zu stimmen. Je nachdem wie groß der zeitliche Abstand zwischen der letzten Haupt- und einer Nebenwahl sei, müssten auch nationale Regierungsparteien Einbußen befürchten, da sich ihre Popularität in der Mitte der Legislaturperiode auf einem Tiefpunkt befinde (vgl. ebd.: 9f).

Natürlich betonen die Autoren, dass jede *second-order election* ihre Spezifika habe. Bei den Europawahlen nennen sie u.a. die Tatsache, dass es sich um „ungewohnte“ Wahlen

handle, da sie - im Gegensatz zu den meisten anderen Nebenwahlen in europäischen Staaten - nicht auf subnationaler Ebene stattfinden (vgl. ebd.: 11f).

A third aspect of the European Community as an arena of second-order elections is the fact that the representative body which is elected has very little real power, even compared to other second-order elective bodies. Thus even less is at stake. [...] [N]o institution that assumes the role of political leadership of the European Community is at stake in EP-elections.
(ebd.: 12)

Inwieweit das obige Zitat noch zutrifft, kann hier nicht ausführlich diskutiert werden. Es wurde angeführt um zu zeigen, dass einige Annahmen der weit verbreiteten *second-order* These als veraltet gelten. Nach acht Wahlgängen sollte mittlerweile ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten sein. Die Behauptung, das EP habe heute weniger Macht als die Landtage in Österreich kann zumindest als gewagt bezeichnet werden - wobei sicher ist, dass die Gestaltungsbefugnisse letzterer für den *average voter* im täglichen Leben bedeutsamer sein können (Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen, Soziales vs. Marktregulierung, Liberalisierung, Grundrechte oder Währungspolitik).⁵

Interessant für diese Arbeit ist die insbesondere die Kampagnen-Dimension der These (siehe ebd.: 13f): Da die Motivation der potentiellen WählerInnen, überhaupt zur Wahl zu gehen, geringer sei als bei Hauptwahlen, komme den Wahlkampagnen der Parteien eine besondere Bedeutung zu - außer natürlich, eine Partei gehe davon aus, dass eine niedrige Wahlbeteiligung eher nützlich für sie wäre (vgl. ebd.: 28ff).

Die *second-order* These gilt vor allem in den westeuropäischen Staaten als gut belegt, sowohl was die Wahlbeteiligung, als auch die geschilderten Verschiebungen bei den Stimmenanteilen für Parteien betrifft. Eine besondere Bedeutung in den Untersuchungen hatten stets die Kontrollvariablen, die teilweise neue Perspektiven eröffneten (siehe dazu Marsh/Mikhaylov 2010; Hix/Høyland 2011: 146-152). In der veröffentlichten Meinung ist zum Beispiel stets die Rede davon, dass die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen besonders stark gesunken sei, was ein erster Blick auf die von der EU bereitgestellten Daten bestätigt (vgl. EP 2014a). Ein kontrollierter Vergleich mit Kontextfaktoren wie Wahlpflicht und neuer Mitgliedschaft zeigt jedoch, dass die gesamteuropäische Partizipationsrate nicht aufgrund des *second-order* Faktors gesunken ist, sondern sich

⁵ Dies gilt in der derzeitigen Wirtschaftskrise natürlich keinesfalls für die südeuropäischen Länder.

durch den zweimaligen Beitritt neuer Länder und Änderungen in der Wahlgesetzgebung erklären lässt (vgl. Franklin 2001; siehe Hix/Høyland 2011: 147).

Natürlich gab es auch kritischere Beiträge: Als Paradebeispiel werden die Studien von Blondel et al. (1998) angeführt, die feststellen, dass die individuelle Entscheidung, zu einer Europawahl zu gehen, (auch) von der persönlichen Meinung über die europäische Integration abhängt. Diese Erkenntnis widerspricht aber nicht unbedingt der hier vertretenen Ansicht, dass WählerInnen und Parteien die Europawahl als „nicht so wichtig“ wahrnehmen.

Was ist nun die Relevanz der *second-order national election* These für diese Arbeit, in der es hauptsächlich um Wahlkampagnen - und nicht um Wahlbeteiligung oder Stimmenverschiebungen - geht? Zunächst einmal eröffnet sie ein Grundverständnis für den Forschungsgegenstand: Es handelt sich erwiesenermaßen um Wahlen, die national ausgetragen werden. Hix/Høyland (2011: 152) behaupten sogar implizit, dass die „Direktwahl“ des Präsidenten bzw. der Präsidentin der Kommission in der Lage sein könnte, den *second-order* Charakter der Europawahlen in Richtung *first-order* zu beeinflussen.

Der wichtigste *input* der Nebenwahl-Forschung ergibt sich jedoch aus den Kontextfaktoren: Wie schon mehrmals erwähnt, muss man die Europawahlen, die nationale „beauty contests“ (ebd.: 147) sind, als innerstaatliche Wahlen betrachten. Um auf europäischer Ebene Vergleiche der Kampagnen anstellen zu können, liefert die Literatur zur Nebenwahlthese u.a. einen interessanten Ansatz: die Wahlsysteme. Kampagnenführung ist abhängig von letzteren, welche bekanntlich in den Mitgliedstaaten festgelegt werden (vgl. ebd.: 150). Diese unterscheiden sich u.a. in Hinblick auf Wahlkreisgröße oder der Möglichkeit der Vorzugstimmvergabe. Bei kleineren Wahlkreisen innerhalb eines Landes mit der Möglichkeit, bestimmte KandidatInnen zu bevorzugen (z.B. in Irland mit der übertragbaren Einzelstimmgebung), spielen die „lokalen“ AnwärterInnen für das EP eine wesentlich größere Rolle als in Ländern mit „großen“ Wahlkreisen (wie in Österreich oder Deutschland), wo eher auf nationale SpitzenkandidatInnen gesetzt wird (vgl. ebd.).

3.2 Die wissenschaftliche Debatte über das „demokratische Defizit“ der EU

Die drei politikwissenschaftlichen Standardtexte, die das angebliche demokratische Defizit der EU behandeln, stammen von Majone (1998), Moravcsik (2002) und Follesdal/Hix (2006) und nehmen (in logischer zeitlicher Abfolge) Bezug aufeinander. Dass es sich um Beiträge handelt, die vor fast bzw. über zehn Jahren geschrieben wurden, muss man bei einigen dargelegten Argumenten berücksichtigen - in seinem neuesten Artikel stellt u.a. Majone (2014) fest, dass sich die Rahmenbedingungen seit den 1990ern durch die Währungsunion und die Eurokrise wesentlich geändert haben. Besondere Relevanz für diese Studie haben die Positionen bzw. Erwartungen an das EP bzw. die Direktwahl. Zunächst sollen hier die wichtigsten Punkte der „Standardversion“ (Follesdal/Hix 2006: 534) der Kritik am „demokratischen Defizit“ der Union (bewusst im Indikativ) angeführt werden, dann die wichtigsten Antworten der genannten Wissenschaftler (vgl. ebd.: 534-537; Majone 1998: 7-14; Moravcsik 2002: 604f):

- 1) Die EU ist vielen BürgerInnen „fremd“: Sie ist als künstliches Gebilde räumlich und psychologisch weit entfernt, die EuropäerInnen seien weiters zu heterogen (geschichtlich, kulturell, „symbolisch“) um sich mit „Brüssel“ zu identifizieren.
- 2) Im Vergleich mit „normalen“ westlichen demokratischen Systemen ist die Gewaltentrennung in der EU nur schwach ausgeprägt: Für BürgerInnen und WissenschaftlerInnen ist es schwer zu unterscheiden, welche Gewalt welcher Institution zuzuordnen ist, da es viele Überlappungen gibt. Paradebeispiel ist das Initiativmonopol der Kommission.
- 3) Das EP galt als schwache Institution. Es ist nicht in der Lage, ausreichend Kontrolle über die supranationalen Bereiche der EU auszuüben, in denen die gewählten Regierungen keine Veto-Rechte mehr haben. Die Wahlen führen zudem ein Schattendasein, da es sich um Protestwahlen gegen nationale Regierungen handelt (*second-order* These) und europäische Themen oder Persönlichkeiten keine Rolle spielen.
- 4) Die EU, und insbesondere die Kommission ist ein undurchschaubarer, bürokratischer Apparat.
- 5) Ähnliches gilt für den Rat, der zwar demokratische Legitimation besitzt, seine Entscheidungen aber versteckt trifft. Er ist ein legislatives Organ, das aus VertreterInnen der nationalen Exekutiven zusammengesetzt ist. Dies bedeutet eine

Schwächung der nationalen Parlamente zu Gunsten der Regierungen, die über den Umweg der EU (und den Vorrang des Europarechts) versuchen können, die gewählten Volkskammern zu umgehen (Exekutivföderalismus).

- 6) Sozialdemokratische Kritik: Die EU ist vor allem bei Liberalisierungs- und Binnenmarktpolitik aktiv. Soziale Themen - die oft die Basis für die Loyalität zu einem politischen System (wie etwa dem modernen Staat) bilden - spielen keine Rolle. Zudem kann das politische System der EU (im Sinne des Exekutivföderalismus-Arguments in Punkt 5) von den Regierungen dazu benutzt werden, neoliberale *policies* in Kraft zu setzen, die sie in den nationalen Parlamenten niemals durchgebracht hätten. Überhaupt decke sich der *policy output* der EU nicht mit der Mehrheitsmeinung der BürgerInnen (*policy drift* nach rechts).

3.2.1 Majone: Regulatory State

Gleich zu Beginn seines Artikels bemerkt Majone (1998: 6) treffenderweise, dass es in der Auseinandersetzung über das vermeintliche Demokratiedefizit vor allem um „Natur, Funktionen und Ziele“ (ebd.) des - im wörtlichen Sinn - eigenartigen Wesens der Union gehe. Seine weitere Argumentationskette läuft darauf hinaus, dass - betrachtet man die EU durch seine Augen - kein legitimatorisches Defizit bestehe. Die EU ist für ihn im Kontext des *regulatory state* anzusiedeln, der ähnlich wie in den USA als komplementäre vierte Gewalt konstituiert sei und nicht - etwa wie manche behaupten - die anderen Gewalten überlagere und schwäche. Sie fungiere wie unabhängige Regulierungsbehörden (*agencies*), die aus verschiedenen Gründen aus der „politischen Politik“ ausgelagert werden. An letztere sei sie in gewisser Weise aber gleichzeitig eng gebunden (Ernennungen, Grenzen; vgl. *principal-agent* Theorie). Die Vorteile des *outsourcings* ergäben sich daraus, dass dadurch der Tendenz der Mitgliedstaaten, sich selbst zu begünstigen, glaubwürdig und mit langfristigem (d.h. außerhalb der Legislaturzyklen liegendem) Zeithorizont entgegengewirkt werde (vgl. ebd.: 16-19,23). Unabhängige supranationale Organe würden somit auch natürlichen und juristischen Personen bei der Wahrung ihrer unionsweiten Rechte gegenüber den Mitgliedstaaten helfen (vgl. ebd.: 12f).

Das oft kritisierte alleinige Initiativrecht der Kommission sei ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen, da letztere schon vertraglich dazu verpflichtet sei, im Sinne der

in den Verträgen (intergouvernemental) festgelegten allgemeinen Ziele zu handeln (vgl. ebd.: 23): der vier Grundfreiheiten, des freien Wettbewerbs, des Diskriminierungsverbots und des Umweltschutzes. Ähnliches gelte auch für die Europäische Zentralbank (EZB), über die Majone ausführlicher schreibt.

Hierbei handelt es sich nach Ansicht des Autors dieser Arbeit um das stärkste Argument Majones: Die Verträge werden von den Mitgliedstaaten einstimmig ausgearbeitet, Neumitglieder halten in der Regel Volksabstimmungen über den Beitritt ab. Dennoch muss beachtet werden, dass „Ziele“ niemals absolute Vorgaben sind, sondern erst gedeutet werden müssen (siehe auch Follesdal/Hix 2006: 555). Das gilt für die Zehn Gebote ebenso wie das Diskriminierungsverbot. Als Beispiel sei hier die Rechtsprechung des „Integrationsmotors“ EuGH angeführt, der seine Interpretation der Ziele der Union im Zuge der neoliberalen Transformation stark verändert hat und diese in neuester Zeit u.a. dafür nützt, um ArbeitnehmerInnenrechte auszuhöhlen (siehe dazu Oberndorfer 2010).

So wie Majone (1998: 10f) fast aristotelisch vor der Tyrannei der Mehrheit warnt, die dem majoritären Demokratiebegriff vieler EU-KritikerInnen inhärent sei, da sie zu wenig die Notwendigkeit von *checks and balances* berücksichtigten, muss seinem durchaus validen Argument der vorab vereinbarten Ziele entgegengehalten werden, dass eine Tyrannei der Verträge ebenso wenig wünschenswert ist. Die Auslegung von gesellschaftlichen Zielen ist sicher kein Prozess, der vor Gerichten oder auf einigen intergouvernementalen Konferenzen (unter Ausschluss der nationalen Oppositionen) stattfinden soll, sondern erfordert die Beteiligung der Bevölkerung, welche hauptbetroffen ist.

Die prinzipielle Ansicht Majones, dass der *regulatory state* demokratiepolitisch unproblematisch sei, da hier ExpertInnen nur in genau abgegrenzten Bereichen unter staatlicher Kontrolle agierten, ist auch aus anderen Gründen zweifelhaft. Zu sehr klingt dies alles nach dem neoliberalen *mainstream*-Dogma der freien Märkte, die mit politischen Entscheidungen möglichst wenig behelligt werden sollen. Dass dies in der Praxis nicht funktionieren muss, hat der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise gut gezeigt.

Eine zweite Argumentationslinie bezieht sich auf die Art der Politiken, die von *outsourcing* betroffen seien: Dies könne nur „efficiency-oriented policies“ betreffen, die im Gegensatz zu „redistributive policies“ (ebd.: 28) im Prinzip ausschließlich GewinnerInnen produzierten (Positivsummenspiel, Pareto-effizient, siehe Follesdal/Hix 2006: 543). Sollte es dennoch VerliererInnen geben, müssten diese entschädigt werden - wofür sich die Nationalstaaten im Rat ohnehin stark einsetzen würden.

Gerade letzteres muss - nicht nur aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre - stark bezweifelt werden. Was immer „efficiency-oriented policies“ genau sind, der Autor kann hier kein Beispiel anführen, das ohne VerliererInnen auskommt. Dass Marktliberalisierung als Hauptkompetenz der EU ein Positivsummenspiel sei, das man von majoritärer Kontrolle fernhalten könne, ist eine problematische Behauptung, betrachtet man z.B. die Situation der Angestellten in (kürzlich) liberalisierten bzw. von Handelsschranken befreiten Sektoren (in Österreich: Post, Bahn, Luftverkehr, Telekommunikation, Online-Handel). Diese wurden nach Wissen des Autors jedenfalls nicht im Sinne Majones „entschädigt“.

Den spezifischen Kritikpunkten der Demokratiedefizit-VerfechterInnen hält Majone eher beschwichtigende Argumente entgegen: Als *sui generis* Gebilde seien Vergleiche der EU mit Nationalstaaten und ihren demokratischen Institutionen (z.B. Gewaltenteilung) unzulässig (ebd.: 7f), da die EU nur in genau definierten, überschaubaren Politikbereichen tätig werde, ihr Budget gering sei und sie keine Steuern einhebe (vgl. ebd.: 8ff). Dass ihr das „soziale Element“ als legitimatorische Kraft fehle sei - hier muss man Majone zustimmen - eher der Bevölkerung und den Regierungschefs bzw. -chefinnen geschuldet, die nicht bereit seien, ein so sensibles Feld aus der Hand zu geben (vgl. ebd.: 13f).

15 Jahre später schreibt Majone:

Less than twenty years ago it was still possible to argue that a problem of democratic legitimacy in the EC/EU did not really exist. [...]
It is [...] difficult to identify the distinctive institutional competence of the Commission that, in addition to its regulatory tasks over the years, has been assigned a variety of other functions. This multiplicity of functions expands the scope of the Commission's discretionary choice, greatly complicating the task of evaluating the overall quality of its performance. The resulting difficulty of enforcing political accountability [...] means that at least since the 1990s the problem of the democratic deficit could no longer be ignored or minimized.
(Majone 2014: 1216f)

Der Artikel aus dem Jahr 1998 findet keine Erwähnung 2014, auch die Argumente von damals werden nur teilweise wieder aufgegriffen. Hauptkritikpunkt Majones scheint zunächst die Tatsache zu sein, dass die Kommission nicht mehr ausschließlich den oben erwähnten, vermeintlich eng definierten Zielen nachgehe. Dass dies 1998 zumindest schon

absehbar war, deutet er ebenfalls an, dennoch vermeidet er das explizite Revidieren von alten Behauptungen.

Im nächsten Absatz ändert sich das bisher bekannte Argumentationsmuster jedoch unerwarteterweise: Majone - der es 1998 vermied, dem EP eine wichtige Bedeutung beizumessen - spricht nun von einem Parlament, das es nicht geschafft habe, das „demokratische Defizit“ der EU zu mildern (ebd.: 1217). Problem sei hier vor allem der mangelnde gesamteuropäische *demos*:

[I]t does not represent a (nonexistent) European people in the same sense in which a national parliament represents an historically defined demos, and thus it cannot represent, even in theory, a generally recognized European interest that is something more than the sum of the various national interests.
(ebd.)

Die Europawahlen seien als solche auf die *second-order* Bühne verbannt, böten keine Arena für ernsthafte politische Auseinandersetzung, was alles zur Folge habe, dass das EP auch den anderen europäischen Institutionen keine Legitimität verschaffen könne (vgl. ebd.). Der weitere Artikel dreht sich dann hauptsächlich um die undemokratische Eurorettung bzw. die Problematik der Währungsunion allgemein.

Majones Kritik an den DemokratiedefizitkritikerInnen wandelt sich scheinbar in eine Kritik am „demokratischen Defizit“, das man „nicht länger ignorieren“ (ebd.) könne. Aus Sicht des Autors dieser Arbeit fehlt es seinen Argumenten an einer gewissen Einheitlichkeit: Während er noch zu Beginn seines neuesten Artikels seine (fundierte) Ansichten von früher verteidigt, schwenkt er innerhalb eines Absatzes komplett um und führt Standpunkte an (mangelnder *demos*, *second-order* These, keine europäische politische Arena), die von Follesdal/Hix (2006; siehe oben) zu den Standardargumenten gezählt werden.

3.2.2 Moravcsik: Agenturen und intergouvernementale Kontrolle

Andrew Moravcsik bleibt seiner Argumentation über die Jahre hinweg relativ treu. Diese ähnelt jener von Majone in einigen Punkten, läuft jedoch auf eine andere Schlussfolgerung heraus. Während letzterer vor allem argumentiert, dass die EU als *regulatory state*

durchaus aus dem herkömmlichen demokratischen System ausgelagert werden könne, meint Moravcsik (2002), dass das politische System der EU nicht weniger demokratisch sei als jene der Mitgliedstaaten (oder der USA), auch weil, und hier stimmen beide überein, „insulation“ (ebd.: 622) (in dieser Arbeit *outsourcing* genannt) von Regierungsaufgaben bis hin zu *policy making* eine übliche Praxis in westlichen Demokratien sei. Bei der EU handle es sich um eine Art spezialisierte Agentur, die man als Teil der nationalen Regierungssysteme betrachten müsse (vgl. ebd.: 606,613f).

Trotz einiger Schwächen entspreche der Rechtssetzungsprozess in der EU laut Moravcsik den üblichen demokratischen Standards - die er in amerikanischer Tradition - an Kontrolle und Vermeidung von Willkür festmacht (vgl. ebd.: 606). Gesetze könnten nur mit hoher Zustimmung vieler verschiedener Akteure erlassen werden, was Moravcsik als „supermajority“ (ebd.: 610) bezeichnet. Dieser Pluralismus werde durch ein striktes System der Gewaltentrennung ergänzt, dazu komme auch noch die Tatsache, dass die Implementierung in den Mitgliedstaaten stattfinde (vgl. ebd.: 608ff). Der *link* zur Bevölkerung werde weniger über das EP hergestellt, da die Europawahlen für Moravcsik aufgrund mangelnder europäischer Debatte und *demos* nicht sinnvoll seien, sondern über den Rat, in dem RegierungsvertreterInnen entscheiden, die sich gegenüber den nationalen Parlamenten und der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten zu verantworten hätten (vgl. ebd.: 611f). Warum bei derartigen Verhältnissen so viele AnalystInnen von einem „demokratischen Defizit“ sprächen, liege laut Moravcsik (ebd.: 604,621f) daran, dass diese die EU unfairerweise an ihren persönlichen Idealvorstellungen von Demokratie messen würden. Die implizite und sehr pragmatische These ist, dass auch ohne die EU nicht „demokratischer“ (also näher am Idealtypus) regiert würde.

Dieser sehr nachvollziehbaren und klaren Argumentationskette fügt Moravcsik einige Punkte hinzu, die wir schon von Majone kennen: Die Kompetenzen und das Budget der EU seien stark limitiert (vgl. ebd.: 606ff); die inexistente europäische politische Sphäre, da die Kernkompetenzen der EU (Wirtschaft und Handel) einfach irrelevant für den/die *median voter* wären. Dessen/deren politischer *input* wäre somit nicht „sinnvoll“ (ebd.: 616). Die „Auslagerung“ von Politikfeldern aus dem Tagesgeschäft könne aus mehreren Gründen notwendig sein (Kosten/Effizienz, Unparteilichkeit) (vgl. ebd.: 614), Verfassungsgerichte seien ohnehin oft „beliebter“ bei der Bevölkerung als gewählte Legislativorgane. *Insulation* ermögliche die unverzerrte Teilhabe aller *stakeholders*, da Vereinnahmungen durch gewisse Gruppen vermieden würden, woraus Moravcsik folgert:

„To the extent that this is so, the EU may be more ‘representative’ precisely because it is, in a narrow sense, less ‘democratic’.“ (ebd.)

Sehr schwach ist seine Antwort auf die sozialdemokratische Kritik: Einerseits trage die EU ohnehin nicht dazu bei, Wohlfahrtsstaatlichkeit abzubauen, da dies von den nationalen Regierungen nicht zugelassen würde, andererseits meint er lapidar: „In this context, the neo-liberal bias of the EU, if it exists, is justified by the social welfarist bias of current national policies.“ (ebd.: 618) Diese Behauptung war hoffentlich ironisch gemeint, da das mehr oder weniger „zufällige“ gleichzeitige Vorhandensein von gegensätzlichen hegemonialen Ideologien nichts mit Demokratie, Kontrolle oder gar der Korrektur einer *bias* zu tun hat.

Problematisch - und ungewöhnlich im Vergleich zu den Praktiken in den Mitgliedstaaten - sieht Moravcsik die Unabhängigkeit der EZB, aber auch die sehr eigenständige Rechtsauslegung durch den EuGH (vgl. ebd.: 621).

In einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ im Zuge der Europawahlen 2014 weicht der amerikanische Politikwissenschaftler nicht von seiner bisherigen Linie ab, sondern wendet sie konsequent auf die neuen Begebenheiten an:

Ich halte [die Spitzenkandidaturen für die Kommissionspräsidentschaft] für einen Fehler. Das sind Protestwahlen; die Wähler stimmen nicht für, sondern gegen etwas. Und da Eurothemen gar keine Rolle spielen, verstärkt sich der Effekt einer nicht-repräsentativen Abstimmung.

[...]

[Die Stärkung des EP] ist nicht notwendig. Es gibt durch nationalen Regierungen genug demokratische Kontrolle über die EU. Wenn die Wähler Änderungen wollen, können sie ihre Regierungen abwählen. Aber sie kümmern sich nicht um Eurothemen, und daran lässt sich nichts ändern - auch nicht durch den Versuch eines EU-weiten Wahlkampfes. Das war ein völliger Fehlschlag.

[...]

Man lässt die Proteststimmen die demokratische Vertretung Europas wählen.

(Der Standard 2014a)

Zusammenfassend setzt Moravcsik vor allem auf die intergouvernementalen Elemente im europäischen *governance*-System, die aber hauptsächlich zur Kontrolle (*accountability*) dienen und eine gewisse *ex-post* Legitimität erzeugen. Wie bei Majone ist sein Interesse für den *input* und dessen Verknüpfung mit dem *output* gering (siehe Moravcsik 2002:

613). Dass sich die *supermajorities* seit 2002 „gewöhnlichen“ Mehrheiten (vergleichbar mit jenen in föderalen Staaten) angenähert haben, dürfte aus Moravcsiks Sichtweise allerdings ein Problem sein, da dadurch der Einfluss der Mitgliedstaaten geschmälert wird und das Parlament als demokratischer *input* für ihn aus nachvollziehbaren Gründen nichts taugt.

3.2.3 Follesdal/Hix: Responsivität und politischer Wettbewerb

Die Kritik von Follesdal/Hix (2006) an Majone und Moravcsik ist der hier angeführten nicht unähnlich: Einerseits argumentieren die beiden, dass die Abtrennung zwischen *regulatory* und *redistributive policies* empirisch nicht so einfach sei, wie Majone das aus theoretischer Sicht behauptet, da in den meisten Fällen VerliererInnen in irgendeiner Form auftauchen würden (vgl. ebd.: 542). Ihr Beispiel sind jedoch nicht die ArbeitnehmerInnen, sondern kleine- und mittlere Unternehmen, die durch internationale Konkurrenz einem schwierigeren Umfeld ausgesetzt sein können.

Die Kritik an Moravcsik richtet sich u.a. gegen die Passagen, die mit dem obigen - als ironisch vermuteten - Zitat über die neoliberale *bias* der EU-Politik abschließen:

[T]he match between preferences and policies should not only occur as a matter of fact[.]
[...] These are the problems with benevolent but non-accountable rulers: their subjects have no institutionalized mechanisms that make them trustworthy.
(ebd.: 545)

Das System der *checks and balances*, das Moravcsik stark im Sinne von Kontrolle und damit Legitimität befürwortet, sehen Follesdal/Hix (2006: 546) mit Blick auf die USA kritisch. Zu viele Veto-Möglichkeiten seien für kleine, aber mächtige Interessensgruppen eine gute Chance, Gesetze zu verhindern, die eine Mehrheit der Bevölkerung befürworte. Als Beispiele nennen sie die amerikanische Waffenlobby und die privaten Krankenversicherungen.

Follesdal/Hix (2006) sind der Ansicht, dass es ein demokratisches Defizit in der EU gebe, schließen sich aber nur teilweise der obigen „Standardversion“ an. Ihre Argumente haben nach Ansicht des Autors zwei wesentliche Ausgangspunkte:

- 1) Das politische System der EU sei nicht „**responsive**“ (ebd.: 545) genug gegenüber dem *input* der Bevölkerung (vgl. ebd.: 548,553). Dies bezieht sich nicht nur auf *policy preferences*, bei denen ein „*matching by happy coincidence*“ (ebd.: 556) mit dem *output* aus demokratietheoretischer Sicht nicht ausreicht (siehe oben bei der Kritik an Moravcsik), sondern auch auf *accountability* in dem Sinn, dass die Bevölkerung keine Möglichkeit habe, „schlechtes“ politisches Personal (bei Wahlen) effektiv zu bestrafen.
- 2) In der EU fehle es - sicher auch als Konsequenz mangelnder *responsiveness* - an politischem **Wettbewerb** um *leadership* / Persönlichkeiten, Parteien und *policies* (vgl. ebd.: 552). Ein derartiger Wettbewerb würde eine politische **Opposition** erfordern, die Alternativen anbiete; in der EU sei letztere aber (noch) nicht wirklich vorhanden (vgl. ebd.: 548). Ein Grund dafür ist vermutlich die mangelnde politische Arena auf europäischer Ebene.

Wettbewerb habe mehrere positive Auswirkungen auf die Demokratie: Einerseits ermögliche er den BürgerInnen eine - im Sinn von Moravcsik - „sinnvolle“ Meinungsbildung, da verschiedene Parteien ihre Konzepte anbieten bzw. sich (in Zusammenarbeit mit den Medien) gegenseitig kritisieren würden. Erst so könnten sich Mehrheiten für oder gegen etwas bilden, durch offensive Thematisierung würden die „uninteressanten“ EU-Themen auch in der Wahrnehmung der BürgerInnen an Bedeutung (*salience*) gewinnen (vgl. ebd.: 549,551). Erste Anzeichen für eine „Normalisierung“ des politischen Wettbewerbs sehen die Wissenschaftler im EP, aber auch im Rat, wo transnationale Parteikohäsion und (ideologisch nachvollziehbare) Koalitionsbildungen festgestellt werden können (vgl. ebd.: 552f).

Zusätzlich wäre politischer Wettbewerb in den europäischen Massengesellschaften - ähnlich wie in den Nationalstaaten im 19./20. Jahrhundert - die Gelegenheit zur Herausbildung eines *demos* (inkl. Arena, gesamteuropäischer Debatte etc.) (vgl. ebd.: 550). Follesdal/Hix (2006) verneinen nämlich die gängige Ansicht, dass zuerst der *demos* (als Voraussetzung), und dann der („sinnvolle“) politische Wettbewerb kommen müsse.

Um die europäische Demokratie voranzubringen, fordern Follesdal/Hix (2006: 554,557) als ersten Schritt, den Posten des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin im Rahmen des politischen Wettbewerbs zu vergeben. Hierzu gäbe es einige Möglichkeiten (u.a. Direktwahl), die Autoren wären jedoch mit der im Verfassungskonvent diskutierten

Variante der Nominierung durch das EP auch zufrieden gewesen (vgl. ebd.: 556). Die jetzige Lösung habe zumindest den Vorteil, dass keine wesentliche Vertragsänderung notwendig waren.

Die „Politisierung“ der Präsidentschaft hätte laut Follesdal/Hix (2006: 554) einige positive *spill-over* Effekte auf den politischen Wettbewerb: Die KandidatInnen müssten gemeinsam mit ihren Parteien Wahlprogramme aufstellen und die nationalen Parteien würden (gezwungenermaßen) eingebunden werden. Auch wenn dies zunächst keine großartigen Neuerungen brächte, prognostizieren die beiden nachhaltige langfristige Veränderungen:

European Parliament elections would continue to be primarily ‘second-order’ for some time. But, if there are new incentives for national party leaders to compete in these contests on European-level issues rather than purely national concerns, over time EU-wide coalitions and alignments between national and European actors would begin to solidify.
(ebd.: 557)

3.2.4 Conclusio: *Supranationale Demokratie im 21. Jahrhundert*

Dass die EU gewisse Probleme mit der demokratischen Qualität ihres politischen Systems hat, kann nach Meinung des Autors nicht geleugnet werden. Die Argumente Majones und Moravcsiks waren vermutlich schon vor 15 Jahren teilweise veraltet - mit dem Vertrag von Lissabon sind sie es definitiv. In Europa wird heutzutage immerhin über budget- und fiskalpolitische Doktrinen, Währungspolitik oder Asylregime entschieden. In Österreich oder Deutschland spürt man die Auswirkung europäischer Politik vielleicht schwächer, in Südeuropa sind europäische *issues* aber sicher auf der *salience*-Skala stark aufgestiegen.

In Anlehnung an Moravcsik muss konstatiert werden, dass intergouvernementale Kontrolle prinzipiell ein effektives Mittel ist, wären nicht die supranationalen Entscheidungsbefugnisse stark ausgedehnt worden. Als neue Kontrollinstanz ist das EP vorgesehen, das jedoch noch immer unter dem alten Ruf der Schwäche und Unwichtigkeit leidet, was sich regelmäßig bei den Wahlen anhand der beschriebenen *second-order* Merkmale zeigt.

Die Vision von Follesdal/Hix ist sehr optimistisch, ein bisschen unrealistisch scheinen die vermuteten Folgeeffekte des Wettbewerbs um die Kommissionspräsidentschaft

(Wettbewerb und europäische Themen, Diskussionen, Alternativen, *demos*). Inwieweit sich diese schon in der ersten Runde der „EP-Direktwahlen 2.0“ manifestiert haben, soll in dieser Arbeit gezeigt werden - auch anhand der vergleichenden Überprüfung klassischer *second-order national election* Merkmale.

Zumindest den halbwegs aufmerksamen BeobachterInnen des Wahlkampfes 2014 wird jedoch nicht entgangen sein, dass zumindest die beiden realistischen Anwärter des PräsidentInnenpostens inhaltlich kaum unterscheidbar waren: Zu festgefahren scheint der großkoalitionäre europäische Konsens, zu ungewohnt der Streit zwischen EU-Eliten zu sein, um den WählerInnen politische Alternativen - trotz des Wettbewerbs um Persönlichkeiten - zu bieten. Wie Hix (2005: 176) richtig feststellt, können neue Regeln alleine das „demokratische Defizit“ der EU ohne eine Anpassung der Praktiken der wesentlichen Akteure nicht beheben.

3.3 Europäisierung im Kontext europäischer Demokratie

3.3.1 *Europäisierung allgemein*

Das Forschungsfeld „Europäisierung“ gilt als relativ jung: In den 1990er Jahren war der Begriff in der wissenschaftlichen Literatur immer häufiger anzutreffen - was sicher nicht zufällig mit der Entwicklung der Union nach dem Vertrag von Maastricht zusammenhängt. Davor wurde die europäische Integration vor allem innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen erforscht. Ausgangspunkt war die Zusammenarbeit zwischen Staaten und die sich daraus ergebende Dynamik; wichtige theoretische Schulen waren der Intergouvernementalismus/Realismus und der Funktionalismus mit ihren klassischen Fragen nach den Ursachen und Dynamiken von internationaler Zusammenarbeit (vgl. Caporaso 2008: 23-25).

Als die Europäischen Gemeinschaften (EGen) in den 1980ern durch erhöhte Aktivität in der Rechtssetzung und -anwendung immer mehr zur „Normalität“ wurden, also als „institutionalized“ bzw. „taken for granted“ (ebd.: 25) galten, wurden neue Forschungsfragen aktuell (vgl. ebd.: 25-27). Europa wandelte sich von der abhängigen zur unabhängigen Variable, das Interesse lag nun auf den Auswirkungen, welche die autonome europäische Ebene auf die Mitgliedstaaten hat.

Laut Caporaso (ebd.: 27) werden unter dem Begriff der Europäisierung sowohl die Auswirkungen europäischer Rechtsproduktion auf nationaler Ebene, als auch die Anpassungsprozesse in den einzelnen Ländern zusammengefasst. Er vertritt ein Drei-Stufen-Modell der Europäisierung, das für das in dieser Arbeit zu untersuchende Phänomen am passendsten erscheint (vgl. ebd.: 27-33):

- 1) *input* aus Europa: Europäische Institutionen (EP, Kommission, EuGH, EZB etc.) sind politisch aktiv und produzieren spezifischen *output*: Das können Gesetze oder Urteile, aber auch Praktiken, Symbole oder *policy frames* sein (siehe auch Bulmer 2008: 53).
- 2) *goodness of fit*: Für die „Umsetzung“ (um bewusst nicht von Implementierung zu sprechen) des europäischen *input* sind prinzipiell die Mitgliedstaaten zuständig, die die EU besitzt hierfür weder exekutive Kompetenzen noch Ressourcen. Es entsteht so ein Anpassungsdruck auf die zuständigen inländischen Institutionen. Dessen Stärke hängt vom *status quo* der durch die EU neu geregelten Materien im Inland ab: Entsprechen z.B. Umweltschutzgesetze bereits einer europäischen Richtlinie, ist der Anpassungsdruck nur gering. Ist der sogenannte *misfit* größer, steigt auch der Druck, Änderungen an nationalen Gesetzen, Praktiken etc. vorzunehmen.
- 3) *mediating factors*: Hier geht es um spezifische Einflussfaktoren in den Mitgliedstaaten. Diese umfassen z.B. territoriale Organisation, politische Kultur, Interessensgruppen und potentielle *veto groups*. Gibt es in einem Land eine starke Umweltbewegung, werden - bei entsprechendem *misfit* - Umweltrichtlinien aus Brüssel anders umgesetzt als in Staaten, in denen Umweltpolitik für die Zivilgesellschaft keine Rolle spielt. Potentiell starke *veto players* sind Gewerkschaften, ArbeitgeberInnenverbände oder *lobbies*.

Caporaso (ebd.: 32) schildert den interessanten Fall einer EU-Regulierung zu Geschlechtergerechtigkeit, bei der es in Frankreich einen geringen und im Vereinigten Königreich einen großen *misfit* gab. Da sich britische Frauenorganisationen stark für die korrekte Umsetzung der Richtlinie engagierten, gelang diese auch. In Frankreich waren die NGOs aufgrund der besseren Situation von Frauen am Arbeitsmarkt nicht besonders „motiviert“ für eine ordentliche Umsetzung der Richtlinie zu kämpfen - obwohl vermutlich kleinere Änderungen als in Großbritannien verabschiedet hätten werden müssen.

Schließlich wurde Frankreich für die mangelhafte Implementierung der Richtlinie vom EuGH verurteilt.

Dieses Beispiel soll u.a. zeigen, dass die Größe des *misfit*, also auch des Anpassungsdrucks, nicht mit der Stärke der Reaktion in den Mitgliedstaaten korreliert. Neben einer gewissen Ignoranz gibt es natürlich auch die Möglichkeit der bewussten Fehlimplementierung.

KritikerInnen meinen u.a., dass das *misfit*-Modell nicht universell für jede Form der Europäisierung gelte, so z.B. nicht im Falle der offenen Methode der Koordinierung, wo man es mit anderen Mechanismen zu tun hätte, z.B. Sozialisierungseffekten oder *policy learning* (vgl. Bulmer 2008: 52f). Weiters wird angebracht, dass es neben dem oben geschilderten *top-down* Modell auch noch eine *bottom-up* Variante gebe, bei der Mitgliedstaaten bewusst versuchen, ihr Modell zur europäischen Vorlage zu machen („uploading“, ebd.: 48).

Für das Duell um die Kommissionspräsidentschaft ist jedoch der alternative Ansatz nicht relevant, da hier eine relativ klare *top-down* Situation vorliegt, wie im historischen Teil gezeigt wurde: Interesse an der Demokratisierung wurde vor allem „aus Brüssel“ bekundet. Für nationale Parteien bietet die demokratisierende Innovation ebenfalls keine bedeutenden Möglichkeiten, die sie motivieren würde, *bottom-up* zu agieren (siehe unten). Bei der Übertragung des Europäisierungskonzeptes auf die Europawahlen erinnert uns die Kritik jedoch daran, bei der Anwendung von vermeintlich präzisen Modellen großzügig vorzugehen: So darf nicht vergessen werden, dass es sich um einen Ansatz handelt, der aus der Disziplin der vergleichenden Politikanalyse stammt (vgl. Bulmer 2008: 57) und ursprünglich auf die *policy*-Dimension zugeschnitten ist: *Misfit* entsteht, wenn aus Brüssel (oder Luxemburg) die rechtliche Forderung kommt, etwas zu verändern. Im Falle von *politics* muss man einige Besonderheiten berücksichtigen.

3.3.2 Europäisierung und nationale Parteien

Zunächst ist es wichtig zu bedenken, dass die EU keinen direkten Einfluss auf nationale Parteien ausübt (vgl. Ladrech 2009: 8) - abgesehen von der Tatsache, dass die EU-Mitgliedschaft Europawahlen erforderlich macht, bei denen etablierte nationale Parteien in

der Regel antreten. Auch bietet die EU nationalen Parteien kaum *opportunity structures*: Europa vergibt an nationale Parteien nur wenige Posten oder gar Gelder, ein Mehrwert im Heimatland ergibt sich durch europäische Aktivitäten kaum (die Distanz der EU wurde schon erwähnt) (vgl. ebd.).

Obwohl Ladrech (ebd.: 9) und Mair (2008: 156f) eine neue Europa-*cleavage* zu den direkten Einflüssen zählen, hat der Autor sie hier der Kategorie „indirekt“ zugeteilt, da dies für die meisten europäischen Parteien eher zutrifft. Die Mitgliedschaft in der EU beeinflusst Parteiensysteme insofern, als sie eine neue unterscheidende Dimension eröffnet: Parteien können für oder gegen (mehr) Integration sein. Dies hat u.a. zur Folge, dass neue *single issue* Parteien gegründet werden (wie die UKIP, aber auch die AfD oder die Liste Martin); dass Parteien, insbesondere im linken und rechten Spektrum, im Sinne von *issue ownership* die Ablehnung der europäischen Integration zu einem ihrer Schlüsselthemen machen (z.B. der Front National oder die FPÖ); oder, dass die Gretchenfrage über Europa eine Partei intern spaltet (so wie die Tories). All dies verändert den Parteienwettbewerb insgesamt; integrationsfreundliche Parteien müssen sich eventuell rechtfertigen oder auf den Kurs der politischen GegnerInnen einlenken (z.B. indem sie Volksabstimmungen fordern) (siehe auch Mair 2008: 157f).

Ein weiterer indirekter Einfluss ergebe sich daraus, dass durch den EU-Beitritt die Nationalstaaten gewisse Entscheidungsbefugnisse abgegeben mussten (vgl. ebd.: 9f). Dies habe vor allem einen Effekt auf potentielle Regierungsparteien, deren Handlungsspielraum eingeschränkter sei und die den WählerInnen somit weniger „anzubieten“ (ebd.: 10) hätten. Als Konsequenz sollten - so eine These - die Positionen solcher Parteien, die in der Regel als mitte-rechts und mitte-links klassifiziert werden, konvergieren.

Mair (2008: 156) bevorzugt ein etwas anderes Modell der Europäisierung als oben beschrieben: Für ihn gibt es „institutionalization“ und „penetration“ (ebd.), welche als Gegenpole betrachtet werden müssen. Mit ersterem ist ein Prozess auf europäischer Ebene gemeint, der z.B. zur Pseudo-Direktwahl der KommissionspräsidentInnen führt; letzteres bezieht sich (klassisch *top-down*) darauf, wie sich Europa „lokal“ auswirkt (vgl. ebd.).

3.3.3 Europäisierung und „Europarteien“

Die Gründung der sogenannten Europarteien lässt sich im Sinne von Mairs (2008) Europäisierungs-Dimension als *institutionalization* bezeichnen. Bei diesen handelt es sich um Zusammenschlüsse nationaler Parteien in Europa (auch aus Nicht-EU-Ländern) in einer Art von Dachorganisation (vgl. Hix/Høyland 2011: 140f). Oft werden diese - auch in der wissenschaftlichen Literatur - mit den Fraktionen im EP „vermischt“, um nicht zu sagen verwechselt, was jedoch aus forschungspragmatischer Sicht - wie z.B. in dieser Arbeit - nützlich sein kann. Vor der Einführung der europäischen Parteiförderung (siehe unten) haben die Parteien die Ressourcen (Büros, Angestellte) der Fraktionen „ausgeborgt“ (vgl. Hertner 2011: 327).

Prinzipiell ähnelt die Unterscheidung Partei-Fraktion jener zwischen Partei-Klub in Österreich. Vergleicht man die Informationen auf der Homepage des europäischen Parlaments, VoteWatch Europe und der Homepage der SPE bzw. der EVP stellt man fest, dass fast alle MdEP dieser beiden Fraktionen Mitglieder in der dazugehörigen Europartei sind (vgl. EP 2015c; EVP 2015; SPE 2015; VoteWatch Europe 2015). Beide Institutionen verfügen über Förderinstrumente, wobei folgende Grundsätze hervorzuheben sind (vgl. EP 2014c; EP 2015b):

1. Fraktionen und Parteien müssen Fördergelder für die ihnen zugedachten spezifischen Aufgaben verwenden. Die Finanzierung nationaler Parteien bzw. des Klubs durch die Europarteien *vice versa* ist verboten.
2. Nur die Europarteien sind dazu berechtigt, Fördergelder für europäische Wahlkampagnen einzusetzen. Auch hier ist das Finanzierungsverbot nationaler Parteien zu berücksichtigen.

Während es die Fraktionen schon in der Gemeinsamen Versammlung gab, sind die Europarteien im Sinne der Europäisierungstheorie eine jüngere Institution (vgl. Hix/Høyland 2011: 140f). Bartolini (2012: 157,162) sieht ihre Entwicklung im Kontext einer Zentralisierungstendenz der EU. Sie wurden mit dem Vertrag von Maastricht erstmals gesetzlich berücksichtigt und mit dem Vertrag von Nizza bekamen sie die erwähnten Gelder zugestanden. Dass es Europarteien überhaupt gibt, ist laut Bartolini „überraschend“ (ebd.: 157). Zu groß seien die Unterschiede zwischen den nationalen

Parteien (vor allem was die Integrationsfreundlichkeit, aber auch ideologische Standpunkte betrifft) und zu ungemütlich die politischen Rahmenbedingungen (vgl. Bartolini 2012: 158-160): Als *bottom-up* Organisationen sei ihre Eigenständigkeit stark beschränkt; es sei unwahrscheinlich, dass sie jemals als Zentrum ihrer Mitglieder agieren könnten; es gebe keine effektiven Sanktionsmöglichkeiten gegenüber abweichenden Individuen bzw. Mitgliedsparteien; ihre KandidatInnen/MdEP könnten sie sich natürlich ebenfalls nicht aussuchen und ihr Budget sei so gering, dass sie nationalen Parteien auch im Sinne von *downloading* nicht viel zu bieten hätten (vgl. Hertner 2011: 329).

Warum sich Parteien, wie die spanische Partido Popular (PP), die britischen Tories, die deutschen ChristdemokratInnen (CDU) und die ungarische FIDESZ dennoch zusammenschließen (bzw. dann auch teilweise wieder auseinandergehen), ist für Bartolini (2012.: 160f) ein *puzzle*: Liegt es ausschließlich daran, sich eindeutig auf der links/rechts Achse anzuordnen? Oder spielt auch eine gewisse Ignoranz der Parteichefs bzw. -chefinnen eine Rolle, die sehr fragwürdige Allianzen in Kauf nähmen um „größer“ zu werden, da der „Preis“ aufgrund des geringen Interesses der Öffentlichkeit ohnehin gering - und nicht vergleichbar mit jenem in nationalen *polities* - sei?

Für diese Arbeit ist bezüglich der Heterogenität der Europarteien folgende Erkenntnis relevant: Bartolini (ebd.: 164f) stellt die empirisch gestützte These auf, dass Europarteien vor allem auf der links/rechts Dimension, nicht aber auf der *pro/contra* Integrations-Achse übereinstimmen (siehe auch Hix et al. 2005: 214). Deshalb würden „EU constitutive issues“ (ebd.: 165) („Wie soll die EU *polity* aussehen?“) bewusst nicht thematisiert, da dies den Zusammenhalt der Europarteien, und somit die Stabilität des gesamten europäischen politischen Systems, erheblich gefährden würde. „Isomorphe“ (ebd.) Themen, die jenen *issues* entsprechen, die auch auf nationaler Ebene üblicherweise im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzung stehen („Welche *policies* sollen Parlament und Regierung beschließen, um Problem x zu lösen?“), seien wesentlich unproblematischer, wie z.B. Wirtschaftspolitik, Fremdenpolitik etc. Ob Europarteien - selbst wenn es rechtlich möglich wäre - überhaupt zur „Demokratisierung“ im Sinne einer authentischen Repräsentation des Volkswillens fähig wären, bezweifelt Bartolini (ebd.: 166) aufgrund dieser Heterogenität stark. Eine Europäisierung des EU-Parteiensystems ist für ihn somit ein unwahrscheinliches Szenario.

Als Schnittstelle zwischen nationalen und europäischen Parteien können die MdEP gesehen werden, die gewissermaßen „agents with two principals“ (Hix/Høyland 2011: 54) sind: Zunächst werden sie von den nationalen Parteien auf Listen gesetzt, die aber Loyalität oder Erfahrung in der europäischen Arena aufgrund mangelnder Bedeutung im Inland nicht honorieren würden. Auf eine Wiederwahl könnten sich die MdEP demnach nicht verlassen (vgl. ebd.: 54f).⁶ Als Ausweg versuchten sie auf europäischer Ebene aufzusteigen, wo sich sowohl auf parlamentarischer, als auch parteipolitischer Ebene (Europarteien) Gelegenheiten böten (vgl. ebd.). Ihr parlamentarisches Verhalten könnte somit ein guter, und leicht erhebbarer Indikator dafür sein, inwieweit ihre nationale Partei zu den Konformistinnen oder Abweichlerinnen in der EP-Fraktion (und somit auch in der dazugehörigen Europartei) gehört.

Hix et al. (2005) haben sich der Frage der *voting cohesion* im EP in einer etwas älteren Studie angenommen. Damals wurden alle *roll-call votes*, die in etwa ein Drittel der Gesamtzahl der Abstimmungen ausmachen, einer umfassenden statistischen Analyse unterzogen (vgl. ebd.: 215). Im Gegensatz zu Bartolini (2012) sind Hix et al. (2005) der Meinung, dass Europarteien, oder zumindest ihre Parlamentsfraktionen, einen „disziplinierenden Effekt auf ihre nationalen Mitgliedsparteien“ (ebd.: 231) ausüben würden, da die Kohäsion bei den Abstimmungen im EP seit 1979 immer weiter gestiegen sei - trotz der Aufnahme neuer Parteien (u.a. durch neue Beitritte). Sie konstatieren weiters, dass im EP ein ideologisch determinierter Parteienwettbewerb anzutreffen sei (vgl. ebd.). Einstimmigkeit bei Abstimmungen nehme ab und die Koalitionsbildung finde anhand ideologischer Nähe statt. All dies analysieren sie auch im Zusammenhang mit der Stärkung des EP, welche den Parteien mehr Einflussmöglichkeiten verschaffe. Der Anreiz geschlossen vorzugehen steige dadurch, was auch einen positiven Effekt in Richtung eines parteizentrierten, demokratischen Systems habe (vgl. ebd.: 211ff).

⁶ In Österreich gab es mehrere Beispiele: Othmar Karas und Johannes Voggenhuber wurden beide 2009 von ihren jeweiligen Parteien unerwarteterweise nicht mehr als Spitzenkandidaten aufgestellt. Im Fall der ÖVP kann man unverblümt von einer Fehlentscheidung sprechen: Der neue Kandidat Ernst Strasser verlor nicht nur einen Vorzugsstimmenwahlkampf gegen Karas, sondern wurde auch wegen Bestechlichkeit verurteilt.

3.3.4 Europäisierung und Europawahlen

Europeanization has never been systematically applied to European election campaigns, and at first sight this idea might seem paradoxical: would an election campaign to the European Parliament not be Europeanized by nature? (Hertner 2011: 323)

Diese wohl bewusst naiv gestellte Frage wurde in den vorherigen Abschnitten ausführlich beantwortet. Der letzte Teil des Theorieteils soll hauptsächlich thematisieren, was eine europäisierte Europawahlkampagne ausmacht, und welche *mediating factors* relevant sein können.

Hertner (2011: 325) betont *uploading* und *downloading* zwischen nationalen und Europarteien. „Werte“ und „Kampagnenerfahrung“ (ebd.) sind jedoch für den hier geplanten politikwissenschaftlichen Forschungsprozess zu abstrakt. Etwas später wird die Forscherin jedoch konkreter:

A Europeanized election campaign would focus on ‘European’ topics, that is, topics which are or should be in the sphere of control of the European institutions. (ebd.: 329)

A Europeanized election campaign would be an integrated one: Europarties and their national member parties would campaign together at all levels of the party organization. In practice, this would mean that PES officials, MEPs, MPs, local politicians and activists from European sister parties would together attend campaign rallies, television shows, debates and online chats to name but a few. (ebd.: 338)

Hier wurden die zwei wesentlichen - aber keineswegs überraschenden - Elemente genannt, anhand derer Europäisierung gemessen werden soll: Die Präsenz von Persönlichkeiten und Themen. Auch Hertner (2011) unterscheidet zwischen „isomorphen“ (*policy*-orientierten) und den „konstitutionellen“ (*polity*-orientierten) Themen. Interessanter ist jedoch ihr Kommentar zu den Personen, die - wie sie zweimal erwähnt - gemeinsam auftreten sollten. Auch die Wahlprogramme der Europarteien und ihre Einbindung in die nationalen Kampagnen erwähnt sie mehrmals. Beide Aspekte werden in dieser Untersuchung Berücksichtigung finden.

Hertner (2011: 341) schließt sich übrigens dem Argument der DemokratiedefizitkritikerInnen (siehe oben) an, dass Personalisierung auf EU-Ebene als

treibende Kraft für eine effektive Kampagne seitens der Europarteien wirken könnte. Sie betont, dass ein/e SpitzenkandidatIn die Europäisierung in beide Richtungen (*top-down* und *bottom-up*) bewirken könnte. Mit letzterem meint sie vermutlich die Tatsache, dass eine solche Persönlichkeit von den nationalen Parteien gemeinsam gesucht und nominiert werden müsste (vgl. ebd.: 343).

Ihre qualitative Untersuchung über die Europäisierung von drei sozialdemokratischen Europawahlkämpfen 2009 bietet zwar einige interessante Details über die spezifischen Fälle, dafür aber wenig generalisierbare Ergebnisse. Dennoch wird durch ihre Arbeit deutlich, dass qualitative Forschung, insbesondere durch Interviews mit den handelnden Akteuren, eine unerlässliche Methode ist, um die Gründe für die spezifische Wahlkampfführung besser zu verstehen.

Adam/Maier (2011: 441f) benutzen als Indikatoren für Europäisierung (ohne den Begriff anfangs explizit zu nennen) ebenfalls das Vorkommen von europäischen Themen und Persönlichkeiten im Europawahlkampf (2009). Die Definition letzterer ist jedoch für diese Arbeit ungeeignet, da hier auch zwischen „nationalen europäischen“ (z.B. Eugen Freund) und „supranational europäischen“ Personen (z.B. Juncker, Barroso, Van Rompuy) unterschieden werden muss. Martin Schulz ist „unpraktischerweise“ beides, Lösungsversuche dieser Zweideutigkeit werden weiter unten vorgestellt.

Die Forschungsergebnisse von Adam/Maier (2011: 441ff) sind für diese Studie hochrelevant: In den untersuchten Wahlwerbungen aus sechs Ländern kommen überwiegend europäische (vermutlich im Sinne von „national-europäisch“) PolitikerInnen vor; was die Themen betrifft, sind die Unterschiede zwischen den Staaten aber groß. Hierzu stellen die Forscherinnen zwei zusammenhängende Thesen auf:

- 1) Thematisierung von EU-Themen sei potentiell „ansteckend“: Bringt eine Partei EU-bezogene Positionen erfolgreich auf der Agenda ein, wollen die anderen nicht zurückbleiben (sogenannte „co-orientation“, ebd.: 437).
- 2) Tendenziell seien es eher euroskeptische Parteien, die als erste Eurothemen ansprechen. Andere Parteien - auch proeuropäische - folgten dann. Dieser zeitliche Aspekt ist allerdings weniger gut belegt (siehe ebd.: 443).

Adam/Maier (ebd.) verbinden - wie andere auch (siehe oben) - die Europäisierung der Wahlen mit der Demokratisierung der EU.

3.4 Schlussfolgerungen und theoretisches Modell

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurde anhand geschichtlicher und politikwissenschaftlich-theoretischer Anhaltspunkte die Entstehung des zu untersuchenden Phänomens der Pseudo-Direktwahl des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin dargelegt sowie die wichtigsten Erwartungen daran diskutiert. Das EP war nicht erst seit der Einführung der Direktwahlen 1979 ein Stiefkind der europäischen Integration, das im institutionellen Gefecht zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus lange Zeit im Schatten stand, und teilweise auch bewusst nicht aus diesem heraustrat, um das politische Gefüge nicht zu beschädigen. Der Kampf des EP für mehr Macht und Bedeutung im politischen System hat gezeigt, dass neben *power grabbing* auch Ideen von Legitimität bedeutend sind (sozialkonstruktivistische Thesen). Es wurde auch demonstriert, dass das EP bei einer wesentlichen Aufgabe gescheitert ist, die repräsentative Versammlungen in parlamentarischen Systemen üblicherweise erfüllen, nämlich der effektiven Vertretung der (europäischen) BürgerInnen, deren *input* durch den parlamentarischen Prozess in einen rechtlichen *output* umgewandelt werden sollte.

Das oft gebrachte Argument des *sui generis* Charakters der EU hat seine Gültigkeit mittlerweile vermutlich verloren: Zu bedeutend sind die Politikfelder der EU geworden, um sie einer „unparteiischen“ Kommission zu überlassen, was übrigens auch der neue Kommissionspräsident so sieht. Aufgrund der „Parlamentarisierung“ des politischen Systems der EU kann man dieses aus analytischer Sicht ähnlich wie nationale Systeme betrachten, mit der wesentlichen Einschränkung, dass der „konstitutionelle“ Konflikt zwischen Institutionen und Akteuren in Europa vermutlich wesentlich stärker ist, da von einer „Finalität“ der EU noch keine Rede sein kann.

Erklärte Ziele der demokratischeren Wahl des Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin waren vor allem zwei Entwicklungen:

- 1) Die Legitimierung und Politisierung der „apolitischen“ Kommission;
- 2) die Aufwertung der Europawahlen und des EP, wodurch ihr *second-order* Charakter abgemildert werden sollte.

Beide Punkte wurden in Abbildung 2 angeführt, die vor der Hypothesenbildung eine übersichtliche Darstellung der Zusammenhänge, die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellt wurden, innerhalb eines einheitlichen Modells bietet. Ein interessantes Spannungsfeld ergibt sich durch die Tatsache, dass *top-down* Europäisierung auf die *bottom-up* Organisationsstruktur der Europarteien trifft.

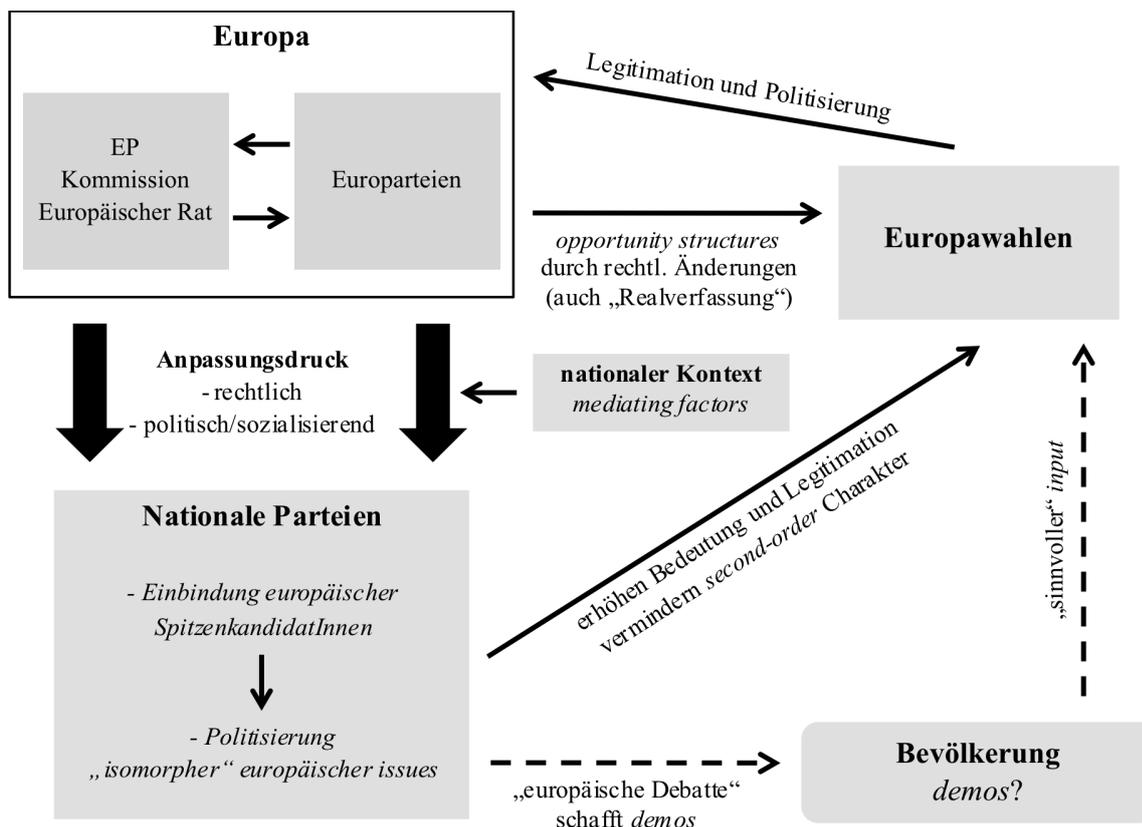


Abbildung 2: Europäisierungs- und Demokratisierungsmodell; Pfeile stehen prinzipiell für kausale Einflüsse; gestrichelte Pfeile deuten unwahrscheinlichere/langfristige Einflüsse an; Blockpfeile stehen für Anpassungsdruck (*misfit*), der natürlich ebenfalls kausale Effekte hat; eigene Darstellung.

Zwei Aspekte stechen bei Betrachtung des Schemas hervor: Erstens werden die nationalen Parteien als „Instrumente“ der europäischen Ebene zur Selbstlegitimierung eingesetzt. Zweitens dienen die SpitzenkandidatInnen als „Katalysatoren“, um Politisierung und Aufwertung der Europawahlen voranzutreiben. Aus der Perspektive des Modells, in dem natürlich nur die nach Ansicht des Forschers wichtigsten Einflüsse dargestellt werden, ist die „Direktwahl“ des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin vor allem ein Projekt, mit dem die DemokratiedefizitkritikerInnen beschwichtigt werden sollen; gleichzeitig bedeutet es eine weitere Supranationalisierung zugunsten der Kommission und des EP, die mit dem demokratisierenden „Nebeneffekt“ argumentiert wird. Beide europäischen Institutionen können in Zukunft - wie auch gezeigt wurde - wesentlich selbstbewusster mit

Verweis auf ihre neugewonnene Legitimität gegenüber den nationalen Regierungen agieren.

Die Herausbildung eines gesamteuropäischen *demos* oder einer Debatte muss - sofern es von den Akteuren ernst gemeint ist - als längerfristige (oder unwahrscheinlichere) Aufgabe verstanden werden, die zeitlich über die Europawahl 2014 hinausgeht.

Weitere Kritik an den Wahlen wurde auch vorgestellt: Proteststimmen sollen hier über Europas Führung entscheiden; die anderen 27 Kommissionsmitglieder sind weiterhin nur mangelhaft demokratisch legitimiert; die wachsende Autonomie europäischer Institutionen von den Mitgliedstaaten hängt nicht kausal mit der Demokratisierung der Union zusammen; die Europawahlen, aus denen der/die PräsidentIn hervorgehen soll, sind in demokratiertechnischer Hinsicht zumindest zweifelhaft (degressive Proportionalität, verschiedene Wahlsysteme).

3.5 Hypothesen

In dieser Arbeit geht es fast ausschließlich um den *input* der politischen Parteien vor den Europawahlen 2014. Forschungsgegenstand und Untersuchungseinheit sind nationale Europawahlkämpfe mit besonderem Interesse auf ihre Europäisierung. Wie weiter unten erläutert wird, werden nur die beiden „Großparteien“ analysiert.⁷

Aufgrund der präsentierten Fakten und Forschungsergebnisse lassen sich folgende Hypothesen formulieren:

H1) Die Spitzenkandidaten müssen theoretisch Wahlkampf in 28 Staaten betreiben. Aus Effizienzgründen werden sie sich vor allem auf Parteien in größeren Ländern konzentrieren, da sie dort mit demselben Aufwand mehr WählerInnen ansprechen können.

H2) Je kleiner die durchschnittliche Wahlkreisgröße in einem Land ist, desto weniger wird mit Schulz bzw. Juncker kampagnisiert. Dies hängt mit der Effizienzhypothese H1 zusammen, andererseits haben lokale KandidatInnen mit „eigenen“ Wahlkreisen ein bevorzugtes Interesse, sich selbst zu inszenieren.

⁷ Geschlechtsneutrale Formulierungen sind aufgrund der beiden männlichen Kandidaten ab hier in der Regel nicht mehr notwendig.

Im Sinne der Europäisierungsliteratur stellen die SpitzenkandidatInnen einen *top-down input* aus Europa dar. Alle nationalen Parteien sehen sich also mit einem *misfit* konfrontiert. Inwieweit der Anpassungsdruck überhaupt wahrgenommen wird, bzw. konkrete Maßnahmen getroffen werden, hängt vom nationalen Kontext ab:

H3) Die Spitzenkandidaten sind in den Staaten präserter, deren Landessprachen sie sprechen. Schulz spricht (verhandlungssicher) Deutsch, Englisch und Französisch (sowie auf niedrigerem Niveau Italienisch, Spanisch und Niederländisch); Juncker spricht Luxemburgisch, Englisch, Deutsch und Französisch (vgl. EurActiv 2014).

H4) In Ländern mit „eigenen“ Fernsehduellen werden die europäischen Spitzenkandidaten mehr in die nationalen Kampagnen miteinbezogen.

Sprache ist essentielles Mittel politischer Kommunikation. Ein Teil der Distanzthese (siehe oben) beruht darauf, dass europäische PolitikerInnen als kulturell und sprachlich „fremd“ wahrgenommen werden. Weiters ist es für nationale Parteien schlicht zu aufwändig, Kandidaten in ihre Kampagnen einzubauen, welche der jeweiligen Landessprache nicht mächtig sind.

Europarteien gelten als uneinig, was die europäische Integration betrifft. So gibt es sozialdemokratische Parteien, die einer Stärkung der supranationalen Organe der EU positiver gegenüber stehen als andere (das gilt natürlich auch für die ChristdemokratInnen). Wie gezeigt wurde, ist die Pseudo-Direktwahl des Kommissionschefs bzw. der -chefin als Supranationalisierungsversuch zu betrachten. Nicht-Einbindung kann also auch als Ablehnung eines Machttransfers nach Brüssel verstanden werden. Uneinigkeit zeigt sich u.a. am Abstimmungsverhalten im EP, aber auch in der Positionierung auf der Integrationsachse.

H5) Je positiver eine Partei einer tieferen europäischen Integration gegenüber steht, desto eher wird sie die Spitzenkandidaten in die Wahlkampagnen einbinden.

H6) Die Spitzenkandidaten werden eher von den Parteien in die Wahlkampagnen miteinbezogen, die im EP zu Fraktionsdisziplin neigen („Konformistinnen“).

Europa bietet nationalen Parteien in der Regel keinerlei *incentives*. Wird Wahlwerbung mit einem starken nationalen Akteur gemacht (z.B. der deutschen Bundeskanzlerin), verzichtet

die jeweilige Partei eher auf die Inszenierung des europäischen Kandidaten, da sie nicht „notwendig“ ist, und Europawahlen der *second-order* These zu folge immer noch nationale „Schönheitswettbewerbe“ (Hix/Høyland 2011: 147) seien.

H7) Je häufiger nationale Akteure in einer Kampagne inszeniert werden, desto weniger präsent sind Schulz bzw. Juncker.

H8) Bei gleichzeitig stattfindenden nationalen/regionalen/kommunalen Wahlen werden Juncker bzw. Schulz weniger Beachtung der nationalen Parteien finden, da diese sich auf innerstaatliche Persönlichkeiten konzentrieren und ihre Kampagnen nicht mit „unwichtigen“ europäischen Politikern überfrachten wollen.

Misfit wird natürlich auch aufgrund von politischer Konkurrenz stärker wahrgenommen - politischer Wettbewerb soll einen demokratisierenden Effekt auf die EU haben (siehe oben). Dies kann natürlich auch in Form von *negative campaigning* erfolgen:

H9) Je präsenter ein Kandidat in einem Land ist, desto häufiger wird auch der andere inszeniert werden.

Hohe Erwartungen wurden teilweise an den Europäisierungseffekt *qua* Personalisierung gerichtet. Europawahlen sollen nationalen Wahlen ähnlicher werden (z.B. durch Praktiken wie Negativwerbung, Fernsehduelle, Auftritte), Persönlichkeiten einen *spill-over* Effekt auf Themen und Debatten bewirken. Diskussionen über die *polity*-Dimension europäischer Politik müssen jedoch vermieden werden, da sich die Mitglieder der Europarteien diesbezüglich nicht einig sind. Die Spitzenkandidaten, wechseln ab H10 ihre Rolle: Statt wie bis H8 (bzw. H9 als Mischfall) als abhängige (AV), fungieren sie nun als unabhängige Variablen (UV).

H10) Die Präsenz europäischer Spitzenkandidaten wirkt sich positiv auf die Erwähnungen „isomorpher“ europäischer *issues* aus.

H11) Die Präsenz europäischer Spitzenkandidaten wirkt sich negativ auf die Erwähnungen „konstitutioneller“ europäischer *issues* aus.

H12) Die Präsenz europäischer Spitzenkandidaten wirkt sich positiv auf die Erwähnungen der Europarteien aus.

H13) Die Präsenz europäischer Spitzenkandidaten wirkt sich positiv auf die Erwähnungen des gegnerischen europäischen Spitzenkandidaten aus.

Zusätzlich soll es noch eine *large-scale* Hypothese geben, die sich stark an das obige theoretische Modell anlehnt und als „Klammer“ für H9-H13 dient:

H14) Die Einbindung europäischer Spitzenkandidaten ist ein „Katalysator“⁸ für weitergehende Europäisierung seitens der nationalen Parteien.

⁸ Dieser naturwissenschaftliche Begriff wird in dieser Arbeit unscharf in die Politikwissenschaft übernommen: Katalysatoren beschleunigen chemische Reaktionen, ohne dabei Teil der Gesamtreaktion zu sein. Ein Katalysator, den man einer Reaktion hinzufügt ist an dessen Ende wieder genauso verfügbar. Auf die Spitzenkandidaten bezogen „beschleunigen“ diese den Europäisierungsprozess insofern, als letzterer auf lange Frist gesehen ohnehin als unvermeidbar betrachtet wird. Sie sind auch nicht Teil der Reaktion, da die Operationalisierung der abhängigen Variable Europäisierung in dieser Arbeit logischerweise ohne die Spitzenkandidaten auskommt, die in diesem Fall unabhängige Variablen sind.

4. Research design

	Wahlkreise	durchschnittliche Wahlkreisgröße	Wahltag	Untersuchungszeitraum	parallele Wahlen	Kurzname (SPE)	SPE	Mandate im EP	Kurzname (EVP)	EVP	Mandate im EP	Kommentar
Österreich	1	18	SO	7.4.-24.5.	-	SPOE	Sozialdemokratische Partei Österreichs	5	OEVP	Österreichische Volkspartei	5	
Luxemburg	1	6	SO	7.4.-24.5.	-	LSAP	Parti ouvrier socialiste luxembourgeois	1	CSV	Parti chrétien social	3	
Italien (Wahlkreis Nord-Ost)	1	14	SO	7.4.-24.5.	-				SVP	Südtiroler Volkspartei	1	Wahlverbund mit PD - trotzdem Konkurrentinnen
Vereinigtes Königreich	12	6,1	DO	4.4.-21.5.	1	LAB_GB	Labour Party	20				
Irland	3	3,67	FR	5.4.-22.5.	l+n	LAB_IRL	Labour Party	0	FG	Fine Gael Party	4	Labour war in der vorhergehenden Periode noch im EP vertreten
Frankreich	8	9,3	SO	7.4.-24.5.	-	PS_F	Parti Socialiste	12	UMP	Union pour un Mouvement Populaire	20	PS ist verbündet mit Parti Radicale de Gauche
Belgien (Franz.)	1	8	SO	7.4.-24.5.	n+r	PS_B	Parti Socialiste	3	CDH	Centre Démocrate Humaniste	1	
Belgien (Deu.)	1	1	SO	7.4.-24.5.					CSP	Christlich Soziale Partei	1	PS_B auch hier aktiv
Spanien	1	54	SO	7.4.-24.5.	-	PSOE	Partido Socialista Obrero Español	13	PP	Partido Popular	16	PSOE gibt es in Katalonien nicht
						PSC	Partit dels Socialistes de Catalunya	1	UDC	Unió Democràtica de Catalunya	1	UDC tritt gegen PP an
Deutschland	1	96	SO	7.4.-24.5.	-	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	27	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	29	CDU tritt nicht in Bayern an
									CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	5	

Tabelle 1: Fallauswahl (Daten siehe Hix/Høyland 2011; EP 2014a); l = lokal, r = regional, n = national (Spalte „parallele Wahlen“), eigene Darstellung

4.1 Fallauswahl

Ziel dieser Studie ist es, einen Einblick die in die Europäisierungssituation der EP-Wahlkämpfe in möglichst vielen Ländern zu erhalten. Da es sich im Rahmen der Masterarbeit um ein Ein-Mann-Projekt handelt, sind die Möglichkeiten in Hinblick auf den Umfang und die Sprache des zu verarbeitenden Materials beschränkt.

Es werden nur Wahlkämpfe der EVP- bzw. SPE-Mitgliedsparteien untersucht (im weitesten Sinne: EVP-Fraktions- bzw. S&D-Mitglieder). Über das Problem von *misfit* und *incentives* wurde ausführlich diskutiert. Die anderen Parteien mit SpitzenkandidatInnen konnten realistischerweise davon ausgehen, dass sie nicht zum Zug kommen. Zwischen SozialdemokratInnen und ChristdemokratInnen ist dagegen eine Art unterschwelliges bipolares Rennen um den PräsidentInnenposten entstanden, das sich auch in jenen Fernsehduellen widerspiegelt hat, in denen nur Juncker und Schulz auftraten. Für nationale Parteien ist - im Kontext der prinzipiellen Unattraktivität europäischer Personen - der Anreiz wesentlich höher, für eine/n aussichtsreiche/n Kandidaten bzw. Kandidatin wie Schulz oder Juncker zu werben, als für Tsipras, Keller oder andere. Deshalb erschien es im Rahmen dieser Arbeit sinnvoll, sich auf die SPE und EVP zu konzentrieren.

Wie in Tabelle 1 ersichtlich, wurden nur Parteien eingebunden, deren Sprache entweder Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch oder Katalanisch ist. Um unbedeutendere, und für Schulz und Juncker weniger relevante Parteien möglichst auszuschließen, wurden nur diejenigen ausgewählt, die zumindest einen Sitz im alten oder neuen EP hatten und die als eigene Liste antraten. In sieben Ländern konnten damit immerhin alle inländischen EVP bzw. SPE-Parteien erfasst werden (sieht man von der französischen Parti Radical de Gauche, die als Wahlpartei „deckungsgleich“ gemeinsam mit der Parti socialiste angetreten ist, sowie von drei französischen Rechtsparteien, die von der EVP zur ALDE gewechselt sind, ab).

Belgien ist ein Sonderfall: Das Parteiensystem ist dort auch entlang der sprachlichen *cleavage* gegliedert, welche allerdings mit der Aufteilung der Wahlkreise zusammenfällt. Belgien kann deshalb wie drei verschiedene Länder betrachtet werden, da es zwischen den Wahlkreisen keine wesentlichen Überschneidungen/Gemeinsamkeiten gibt (so haben flämische und wallonische SozialistInnen/ChristdemokratInnen miteinander organisationstechnisch - außer der „Verbindung“ über die SPE/EVP - nichts miteinander

zu tun). Deshalb wurden nur der französisch- und der deutschsprachige Wahlkreis miteinbezogen;⁹ in letzterem trat die PS zwar als eigenständige Ortsgruppe an, allerdings in den Jahren 2009 und 2014 erfolglos. Sie wurde deshalb nicht berücksichtigt, auch da die französischsprachige Mutterpartei ohnehin Teil der Untersuchung ist.

Italien ist ebenfalls ein Sonderfall: Die Südtiroler Volkspartei musste als halb-eigenständige¹⁰, deutschsprachige Partei mit einem Abgeordneten im EP miteinbezogen werden; dies hat leider einen etwas künstlichen Charakter (da keine andere italienische Partei untersucht wird).

In Spanien wurden am meisten Parteien untersucht. Dies liegt an katalanischen Besonderheiten: Dort gibt es eine eigene sozialistische Partei (PSC), die bei den Europawahlen mit den spanischen SozialistInnen (PSOE) als Wahlpartei gemeinsam antritt. Dennoch ist die PSC eine eigenständige Partei, die ähnlich dem CDU/CSU Modell ausschließlich für Katalonien zuständig ist - wo es folglich keine PSOE gibt. Deshalb wurde die PSC, mit Blick auf die CSU, trotz gemeinsamer nationaler Liste, miteinbezogen. Etwas komplexer ist der Fall der UDC, die zur Europawahl in einer Art „Doppelkoalition“ antritt: Sie ist Teil der katalanischen CiU,¹¹ die bei Europawahlen üblicherweise mit anderen regionalistischen Parteien in Spanien ein Wahlbündnis (Coalición por Europa) eingeht. Alle anderen Parteien dieser Koalition sind Mitglieder der liberalen Fraktion im EP. Da die „Coalición“ drei Sitze bei den Europawahlen 2014 erreicht hat, und auf Listenplatz drei Francesc Gambús von der UDC gereiht war, der im Parlament Mitglied der EVP-Fraktion ist, werden die katalanischen ChristdemokratInnen in dieser Arbeit als eigenständige, erfolgreiche Partei gewertet. Untersucht wurde der (kleinere) Facebook-Auftritt der UDC und nicht jener der CiU, wo das liberale Element dominiert.

Diese Einschränkungen, welche sich vor allem durch das sprachliche Kriterium ergeben, wirken ein wenig willkürlich. Ein großer Nachteil ist sicher auch das Fehlen osteuropäischer Parteien. Deren Einschluss hätte aber nach derzeitigem Wissensstand eine

⁹ Oesch (2008) „interpretiert“ Belgien in seiner Untersuchung ähnlich, um ein Beispiel dafür zu nennen, dass die hier angewandte Herangehensweise nicht unüblich ist.

¹⁰ Aus Wahlrechtsgründen musste sie eine Listenverbindung mit dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) eingehen; Details siehe unten.

¹¹ Seit der spanischen Demokratie ist die christdemokratische UDC in einem Parteien- und Wahlverbund mit der liberalen CDC (Convergència Democràtica de Catalunya) namens CiU (Convergència i Unió) zusammengeschlossen, die als einheitliche Marke ähnlich wie eine eigene Partei auftritt.

erweiterte theoretische Herangehensweise gefordert, da in den neuen Mitgliedsländern teilweise andere Rahmenbedingungen vorherrschen, was Europäisierung (siehe z.B. Ladrech 2009) und Europawahlen betrifft (man vergleiche z.B. die Wahlbeteiligung zwischen Ost- und Westeuropa).

Dennoch schließt die Fallauswahl größere und kleinere Länder mit verschiedenen Wahlkreisgrößen, unterschiedlichen europäischen Traditionen und Beitrittsdaten ein. Die Zahl der untersuchten Parteien liegt immerhin bei 20.

4.2 Daten

A direct way to measure domestic parties' public articulation of and contestation over EU integration is to analyse their own campaign communications.
(Adam/Maier 2011: 438)

Die Frage, wie „Wahlkampagne“ am besten erfassbar ist, beschäftigt nicht nur den Autor dieser Arbeit. Unbestritten ist sicher, dass Plakate, Flyer, kleine Geschenke, Fernsehwerbung, Inserate, Wahlprogramme, Wahlkampfveranstaltungen, persönliche Werbung vor der Haustür, Auftritte von KandidatInnen in Medien, Internetaktivitäten, und vermutlich noch einiges mehr zu einem vollwertigen Kampagnenkonzept gehören. Aus diesen Komponenten eine Art integralen Medienkorpus zu erstellen, ist aufgrund der Verschiedenartigkeit der Daten schwierig. Bei der Analyse kommt noch das Problem der Gewichtung dazu: Plakate haben vielleicht weniger Text als Wahlprogramme, aber „zählt“ jener nicht mehr, da letztere ohnehin von niemandem gelesen werden? Im Rahmen einer Masterarbeit wäre so ein umfassender Korpus für 20 Parteien ohnehin ein unbewältigbarer Arbeitsaufwand, zu dem noch das prinzipielle Problem kommt, dass Parteien - wie sich auch bei der Datensammlung dieser Arbeit gezeigt hat - nicht besonders kooperativ sind und das im Internet zur Verfügung stehende Material in der Regel nicht vollständig ist.¹²

¹² Ein Beispiel sei hierzu angeführt: Bei einer privaten Reise vor der Wahl entdeckte der Autor, neben den auch im Internet verfügbaren Merkel- und McAllister-Plakaten, einige kleinere Sujets mit dem Konterfei Jean-Claude Junckers und dem *corporate design* der EVP auf den Straßen Berlins. Diese waren auf der CDU-Homepage, auf welche die Partei auf Anfrage nach digitalen Kopien verwiesen hatte, jedoch nicht auffindbar; bei genauerem Hinsehen stellte sich heraus, dass es sich um eine Plakatkampagne der Jungen Union handelte. Ob diese in ein Forschungsprojekt miteinbezogen werden müsste, ist fraglich - vor allem, da die Entdeckung des Plakats Zufall war und ungewiss ist, welche halboffiziellen Kampagnen in den anderen Ländern lanciert wurden.

Sich nur auf einige „Materialien“ zu beschränken ist ebenfalls problematisch, da z.B. im Fall der Wahlplakate Schulz bzw. Juncker nie auftauchen. Sie getrennt zu analysieren ist zwar in einer qualitativ ausgerichteten Arbeit in Ordnung, bei Studien mit minimalem Anspruch auf Generalisierbarkeit inkl. statistischer Analysen aber unüblich und nicht zielführend.

Der Ausweg, der in dieser Arbeit gewählt wurde, ist Facebook. Wir haben es hier mit einem „integralen Korpus“ zu tun, der sich aus verschiedenen Medien (Text, Bild, Video, Ton) zusammensetzt, die alle (in der Regel) in quantitativ beschränkter Form vorkommen - seitenlange Auszüge aus dem Parteiprogramm wird man dort nicht finden. Als Quelle werden die Facebook-Seiten der Parteien herangezogen (und keine eventuellen Spezialseiten): Diese sind „immer“ aktiv (auch außerhalb des Wahlkampfes) und genießen somit vermutlich die höchste Aufmerksamkeit und Vernetzung sowohl autorInnen- als auch leserInnenseitig. Alle 20 untersuchten Parteien verfügen über Facebook-Auftritte, die herkunftsunabhängig immer gleichartig aufgebaut sind, was die Codierung wesentlich erleichtert. Um auf das obige Zitat anzuspielen handelt es sich bei Facebook-Seiten um zu 100% von den Parteien kontrolliertes Material; was dort hochgeladen wird (und was nicht) obliegt den Vorstellungen der KampagnenmitarbeiterInnen. Vor allem aber treffen wir auf Facebook auf alle Formen (siehe oben) von Kampagnenmaterial: Es werden Plakate ebenso „gepostet“ wie Hinweise auf bzw. Fotos von Veranstaltungen etc. Codiert wurde nur, was ohne zusätzliche Klicks sichtbar ist, also Texte und Bilder. Videos erscheinen - wenn man sie nicht anklickt - als Bilder, in der Regel war auch immer eine kurze Beschreibung darunter.

Im Untersuchungszeitraum (7.4. bis 24.5.2014) wurden insgesamt 2117 *postings* codiert. Der „Hauptwahltag“ wurde ausgenommen. Die früheren Urnengänge im Vereinigten Königreich und Irland wurden berücksichtigt (siehe Tabelle 1).

Die grundsätzliche Frage ist, ob ein Facebook-Wahlkampf mit dem *offline*-Pendant, vergleichbar ist. Immerhin sollen in dieser Arbeit allgemeinere Aussagen über die Europawahlkampagnen gemacht werden. Resnick (1998) gilt als Begründer der gut belegten „Normalisierungsthese“, die behauptet, dass, im Gegensatz zu manchen positiven Erwartungen an einen offenen symmetrischen *online*-Diskurs, die üblichen Kampagnenpraktiken und „klassische“ Inhalte im Internet anzutreffen seien. Im Sinne von „Normalisierung“ sei das Netz nur ein weiteres Instrument altbewährter *top-down*

Kampagnenführung, dessen interaktiv-kommunikatives Potential nicht ausgeschöpft werde und das als kostengünstiges Sprachrohr für Parteien diene (siehe z.B. Druckman et al. 2010; Schweitzer 2011; Trent et al. 2011).

Um den *offline*-Bereich dennoch gesondert zu berücksichtigen, wurde eine Datensammlung von Wahlplakaten und Wahlprogrammen angelegt. Manche Parteien, wie die britische Labour Party oder die französische Parti socialiste, haben jedoch auf Anfragen nicht geantwortet und auch keine diesbezüglichen Materialien auf ihren Homepages zur Verfügung gestellt. Hier wurde mithilfe von Google-Suchen improvisiert. Das Zusatzmaterial - das keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat - soll aber ohnehin dazu dienen, der sehr quantitativen Facebook-Untersuchung einen qualitativen *input* zu geben.

Kontextbezogene Daten, die hier als *mediating factors* eingeführt wurden, werden aus externen Quellen herangezogen: Wahlkreise (vgl. EP 2014a), Sprachen (siehe oben), EinwohnerInnen nach Region¹³ (vgl. Eurostat 2015); die Stellung nationaler Delegationen in den EP-Fraktionen (Konformistinnen oder „Rebellinnen“; siehe VoteWatch Europe 2015); Integrationsfreundlichkeit und EU-Feinde. Die beiden letzten Variablen wurden aus einem externen Datensatz importiert (Chapel Hill Expert Survey, CHES), in dem für fast alle europäischen Parteien ein durchschnittlicher „Integrationsfreundlichkeitsindex“ berechnet wurde (siehe Bakker et al. 2012). Die dichotome Variable bezüglich der „EU-Feinde“ im Parteiensystem gilt als positiv, wenn zumindest eine Partei mit mehr als 8% Stimmenanteil bei der Europawahl 2014 einen CHES-Integrationsfreundlichkeitswert von unter 2 aufweisen konnte. Die ordinale Skala reicht von 1 bis 7, höhere Werte entsprechen einer wohlwillenderen Einstellung gegenüber der EU. Diese Grenzwerte wurden ausgewählt, weil sie „klassische“ EU-Feinde wie die FPÖ, den FN und UKIP, nicht aber „europaskeptischere“ Parteien wie die Tories, die Lega Nord oder Sinn Féin, einschließen.

4.3 Methode und Operationalisierung

Herzstück dieser Arbeit stellt eine quantitative Inhaltsanalyse der Facebook-Seiten der Parteien da. Diese werden zu diesem Zweck zunächst codiert; dann sollen - unter

¹³ Jeder Partei wurde die EinwohnerInnenzahl der Region(en) (der Einfachheit wegen als „Ländergröße“ bezeichnet) zugewiesen, in der sie antrat.

selektiver Einbeziehung des genannten zusätzlichen Materials - allgemeine Ergebnisse (pro Land) vorgestellt werden; schließlich werden Regressionsmodelle (inkl. der Kontextfaktoren) und eindimensionale Grafiken/Tabellen vorgelegt, um die Hypothesen zu bestätigen bzw. zu falsifizieren. Es wird bewusst auf das Wort „verifizieren“ verzichtet, um zu betonen, dass eine Robustheit der Hypothesen in dieser Arbeit kein Finden von „Wahrheiten“ bedeuten kann.¹⁴ Details zu den einzelnen Modellen finden sich weiter unten.

Die Codierung erfolgt u.a. anhand aller bereits genannten Variablen (eine Gesamtübersicht findet sich im Anhang), die gemeinsam mit den theoretischen Erörterungen auch die Operationalisierung des Europäisierungskonzeptes vorweg genommen haben. Es handelt sich um Indikatoren, die messen, ob „europäische“ oder „nationale“ Elemente in den Wahlkämpfen vorkommen. Das betrifft Akteure (in Text oder Bild), Themen („konstitutionell“¹⁵ und „isomorph“), Symbole und Parteiprogramme.

Die Variablen wurden auf Ebene der sogenannten *postings* erfasst, da diese die logische Untersuchungseinheit auf Facebook sind, und danach mithilfe von SPSS auf die *unit of analysis* dieser Arbeit, die Parteebene, aggregiert.

Die „Präsenzvariablen“ (aller Arten von Personen) sind dichotom konzipiert und geben somit an, ob ein Mensch in einem *posting* zumindest einmal vorkommt. Auf Aggregatebene soll der Vergleich z.B. zwischen europäischen und nationalen SpitzenkandidatInnen ein Bewusstsein schaffen, welche Werte als „hoch“ und „niedrig“ gelten können.

Ähnlich wurde bei der dichotomen Europäisierungsvariablen verfahren, wo ebenfalls das Vorkommen eines indizierten Merkmals (Liste siehe unten) ausreicht, um den Wert auf 1 zu setzen.

¹⁴ Die Verwendung des Verbs „bestätigen“ kann aus semantischen Gründen durchaus kritisiert werden, der Autor ist sich dessen bewusst. Da das zugrundeliegende Verständnis und der Gegensatz zur „Wahrheit“ offengelegt wurde, ist der weitere Gebrauch des Wortes unproblematisch.

¹⁵ Die Definition dieser *polity*-bezogenen Themen, wurde großzügig ausgelegt: Die Erwähnung der EU als Friedensprojekt oder Bürokratiemonster wurden beide als „konstitutionelle“ *issues* codiert.

ABSCHNITT II.: MITTE

5. Forschungsergebnisse

5.1 Allgemeine Erkenntnisse

Land	Partei	<i>postings</i> mit EU-Bezug	eigener eSK	eigener eSK auf Bild	gegn. eSK	gegn. eSK negativ	eigene nat. Person	eigene/r nat. KandidatIn	eigene/r nat. KandidatIn auf Bild	nat. Person/KandidatIn und eSK gemeinsam	Thema EU-„konsitutionell“	Thema EU-„isomorph“	Thema nat.	Themen EU ohne Thema nat.	Europäisierung (ohne eSK)
A	SPOE	98	,12	,07	,01	,00	,26	,50	,36	,05	,07	,43	,05	,43	,53
A	OEVP	34	,18	,12	,12	,06	,32	,79	,53	,15	,03	,15	,06	,12	,38
B	PS_B	2	,50	,00	,00	,00	,50	,00	,00	,50	,50	,50	,00	,50	,50
B	CDH	5	,20	,20	,00	,00	,40	,60	,40	,20	,20	,20	,20	,40	,40
B	CSP	19	,21	,21	,00	,00	,32	,74	,68	,16	,05	,11	,16	,05	,53
D	SPD	173	,65	,36	,11	,06	,23	,87	,58	,65	,25	,45	,08	,50	,69
D	CDU	94	,27	,13	,06	,00	,47	,30	,14	,12	,12	,24	,07	,31	,50
D	CSU	69	,00	,00	,00	,00	,64	,26	,25	,00	,41	,12	,07	,43	,45
E	PSOE	173	,04	,02	,01	,00	,21	,46	,34	,03	,07	,44	,17	,40	,54
E	PSC	125	,06	,02	,03	,03	,52	,67	,26	,06	,11	,18	,16	,20	,34
E	PP	146	,01	,00	,00	,00	,45	,73	,49	,01	,02	,04	,24	,05	,08
E	UDC	8	,00	,00	,00	,00	,50	,75	,75	,00	,25	,50	,13	,50	,63
F	PS_F	85	,33	,18	,04	,00	,53	,26	,18	,14	,05	,15	,06	,18	,40
F	UMP	65	,00	,00	,00	,00	,31	,34	,28	,00	,17	,18	,17	,11	,29
GB	LAB_GB	19	,00	,00	,00	,00	,26	,00	,00	,00	,00	,00	,11	,00	,00
I	SVP	32	,03	,00	,00	,00	,50	,72	,38	,03	,19	,09	,06	,22	,31
IRL	LAB_IRL	40	,05	,05	,00	,00	,33	,85	,65	,03	,00	,08	,10	,08	,18
IRL	FG	24	,00	,00	,00	,00	,38	,54	,50	,00	,00	,38	,17	,25	,38
L	LSAP	85	,12	,07	,01	,01	,07	,64	,59	,02	,06	,12	,04	,11	,19
L	CSV	74	,27	,18	,05	,00	,20	,69	,66	,18	,01	,15	,01	,15	,31
mean (-SPD)		1197	,13	,07	,02	,01	,38	,52	,39	,09	,12	,21	,11	,24	,37
mean VP		570	,11	,08	,02	,01	,41	,59	,46	,08	,13	,20	,12	,24	,39
mean SP (-SPD)		627	,15	,05	,01	,01	,34	,42	,30	,10	,11	,24	,09	,24	,34

Tabelle 2: Wie oft kamen die europäischen Spitzenkandidaten (eSK), andere PolitikerInnen und *issues* auf den Facebook-Profilen der Parteien vor (Angaben in Prozent), wie „europäisch“ sind die Wahlkämpfe (Angaben in Prozent, eigene Darstellung)?

Tabelle 2 soll eine erste Übersicht über das codierte Material geben. Wie bereits erwähnt waren 2117 *postings* im Datensatz, 1370 davon hatten einen Bezug zur Europawahl (oder im weitesten Sinn zu Europa bzw. zur „Wahl“) und wurden daher in Hinblick auf alle Variablen (siehe Anhang) codiert. Die (kursiven) Prozentwerte sind der Anteil der

postings, in denen das jeweilige Merkmal mindestens ein Mal vorkommt (relativ zu allen Europa-*postings* einer Partei).

Postings ohne Europabezug waren z.B. Oster- oder Muttertagswünsche, Kondolenzmitteilungen, aber auch politische Meldungen z.B. über die gute/schlechte Regierungsperformance, eine andere, parallel stattfindende Wahl etc. Diese sind im weitesten Sinn sicherlich Teil der Kampagne, da im Wahlkampf alles mit „Hintergedanken“ veröffentlicht wird. Derartige *postings* hätten aber die Prozentsätze unnötig verringert und verzerrt. Zudem ist es nicht sicher, ob Osterwünsche oder Ähnliches nicht auch ohne die Europawahl ihren Weg auf die Facebook-Profile der Parteien gefunden hätten, weshalb es kontraproduktiv erschien, solche Meldungen in die Untersuchung miteinzubeziehen.

Das erste Problem, das beim Betrachten von Tabelle 2 auffällt, sind die geringen Fallzahlen bei zwei belgischen Parteien (mehr dazu siehe im länderspezifischen Teil). Aus Teilen der statistischen Analysen werden diese Parteien deshalb ausgeschlossen werden. Die katalanische UDC und die britische Labour Party wurden, da es sich scheinbar um repräsentative Ergebnisse handelt, und um die Fallzahl nicht weiter zu senken, miteinbezogen.

Zweitens fällt auf, dass Schulz (wie erwartet) von „seinen“ Parteien wesentlich öfters erwähnt wurde als Juncker (bei den Abbildungen ist es genau umgekehrt). Man muss jedoch berücksichtigen, dass es mit der CDH und der UDC zwei „Ausreißer“ gab, die relativ wenig europabezogenes auf Facebook bereitstellten. Die SPD wurde in den SPE-Durchschnitt nicht miteinberechnet, da Schulz gleichzeitig nationaler und europäischer Spitzenkandidat war.

Die europäischen Spitzenkandidaten wurden auch stets in weniger *postings* erwähnt, als nationale Akteure / KandidatInnen. Gegnerische europäische Kandidaten kamen fast nie vor, *negative campaigning* fand somit auch nicht in nennenswertem Ausmaß statt - H13 und H9, die behaupten, dass ein Kandidat auch immer den anderen in Spiel bringt - scheinen sich nicht zu bestätigen.

Zu den Abbildungen ist generell noch zu bemerken, dass nationale KandidatInnen bei einer „Erwähnung“ meist auch sichtbar waren (in etwa 66% der Fälle). Dies trifft auf Schulz und

Juncker nicht zu, die im Verhältnis zu ihren Erwähnungen weniger zu sehen waren (vgl. Spalten 4/5 mit 9/10).

Drittens ist hervorstechend, dass einige große Parteien wie die UMP oder die britische Labour Party ganz auf die Einbindung „ihrer“ europäischer Spitzenkandidaten verzichtet haben.

Was die *issues* betrifft, ist es interessant festzustellen, dass die Annahme der *second-order* These hier nicht hält: EU-Themen wurden am häufigsten erwähnt, meist sogar „isomorphe“. Oft wurden europäische Themen jedoch mit nationalen vermischt, weshalb in Spalte 15 der Anteil der *postings* mit EU-Themenbezug angezeigt wird, in denen kein nationaler Aspekt direkt angesprochen wurde.

Eine gewisse Problematik sind diesbezüglich die bereits erwähnten *postings* ohne Europabezug, die nicht codiert werden, aber dennoch als Teil des Wahlkampfes betrachtet werden könnten. Dennoch ist zu beachten, dass es einen Unterschied macht, ob die EU-Wahl mit einem nationalen *issue* in Verbindung gebracht wird, oder ob ein nationales Thema ohne Wahlkontext präsentiert wird. Letzteres soll möglicherweise unterschwellige Werbung imitieren, hat aber nichts mit themenbezogener politischer Debatte zu tun, um die es hier und in der *second-order* These geht.

In Spalte 16 wird der Anteil an „europäisierten“ *postings* dargestellt, was bedeutet, dass mindestens eine europäische Partei, Person (z.B. KommissarInnen, aber auch ehemalige MdEP), ein SPE oder EVP Parteiprogramm oder ein EU-bezogenes Thema (aber nicht zwingenderweise ein Spitzenkandidat) vorkam. Auffällig ist hier, dass EVP-Wahlkämpfe im Durchschnitt „europäisierter“ sind, berücksichtigt werden muss aber, dass die stark „europäische“ SPD nicht miteinberechnet ist. Ein Zusammenhang zwischen Spitzenkandidaten und Europäisierung lässt sich aus Tabelle 2 jedenfalls nicht herleiten.

5.2 Länderspezifische Ergebnisse

5.2.1 Österreich (A)

Die Einbindung der Spitzenkandidaten in Österreich liegt im unteren Mittelfeld (vgl. Tabelle 2). Die ÖVP hat im Untersuchungszeitraum nur sehr wenige *postings* der Europawahl gewidmet, was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass die Strategie des Spitzenkandidaten Othmar Karas ganz bewusst darauf abgezielt hat, sich von der Mutterpartei abzugrenzen: So war auf seinen Plakaten kein ÖVP-Logo zu sehen, stattdessen entwarf er eine eigene *corporate identity* unter dem Titel „OK“.

Auf Facebook wurden auch ÖVP-Plakate/Inserate hochgeladen, die Juncker zeigen - in der *offline*-Welt sind diese dem Autor jedoch nicht aufgefallen. In jedem Fall handelt es sich bei dem besagten Sujet kurioserweise um den Teil einer Serie, in der Prominente für Karas warben. Juncker sprach auf diesen „Plakaten“ seinem Parteifreund Karas Kompetenz zu, seine Rolle als europäischer Spitzenkandidat wurde nicht erwähnt. Schulz wurde in der ÖVP-Kampagne ebenfalls als *testimonial* verwendet, das für die Kompetenz und Integrität von Karas bürgen sollte. Dies wurde nicht als *negative campaigning* codiert, da sonst ein Paradoxon entstanden wäre (das an jenes des Epimenides erinnert). Dennoch war die ÖVP unter den Parteien, die am meisten Negativwerbung gegen den anderen europäischen Spitzenkandidaten betrieben haben - es ging dabei u.a. auch um ein klassisches nationales Thema: das christliche Kreuz in öffentlichen Räumen.

Die Europakompetenzstrategie der ÖVP zeigt sich auch in Tabelle 2, Spalte 11 deutlich: Karas hat bewusst versucht, sich gemeinsam mit Juncker zu inszenieren (schriftlich/bildlich) und damit einen der höchsten „Gemeinsamkeitswerte“ aller untersuchter Parteien erreicht. Das Einbringen vieler Sachthemen erlaubte diese Strategie nicht, weshalb auch der Europäisierungswert des ÖVP-Wahlkampfes relativ gering ist. Im Wahlprogramm wurden die europäischen Spitzenkandidaten nicht erwähnt (siehe ÖVP 2014b).

Die SPÖ setzte eher unterdurchschnittlich auf ihren Spitzenkandidaten Eugen Freund, was sicher daran liegt, dass dieser als Nicht-Parteimitglied erst vor der Wahl „aus dem Hut gezaubert“ wurde. Dafür waren - im Gegensatz zur ÖVP - die anderen KandidatInnen präsenter. Der Vergleich des *feedbacks* (in Form von sogenannten „gefällt mir“-Meldungen bzw. *likes*) hat auch gezeigt, dass *postings* mit Freund meist weniger gut

„gefallen“ haben als jene mit Schulz. Letzterer war im Gegensatz zu Juncker in eine „klassische“ Wahlkampfveranstaltung mit Bundeskanzler und nationalen KandidatInnen integriert. Im Wahlprogramm begrüßte die SPÖ Einführung europäischer SpitzenkandidatInnen (siehe SPÖ 2014b: 17). Daneben setzten die SozialdemokratInnen stark auf „isomorphe“ Themen, ihr Europäisierungsgrad ist also relativ hoch. Beide Parteien verzichteten auf das Erwähnen „konstitutioneller“ Aspekte.

5.2.2 Belgien / Wallonien (B)

Belgien ist, wie schon erwähnt, bei den Europawahlen in drei getrennte Wahlkreise unterteilt, welche den drei Bevölkerungsgruppen entsprechen. Untersucht wurden nur der französisch- und der deutschsprachige. Die Parteien der jeweiligen Wahlkreise haben nichts miteinander zu tun - so gibt es eigene niederländische, französische und deutsche ChristdemokratInnen. Im deutschsprachigen Wahlkreis gibt es keine SozialistInnen, da hier die französischsprachige PS - die ebenfalls untersucht wird - antritt. Es herrschte Wahlpflicht.

Besonders bedeutend für diese Untersuchung ist die Tatsache, dass am 25. Mai auch die belgischen National- und Regionalwahlen stattfanden - beide sind im stark föderalisierten Land sehr wichtig. Die Konsequenz daraus war, dass nur ganz wenige *postings* der beiden französischsprachigen SPE/EVP-Mitgliedsparteien mit der Europawahl zu tun hatten. Dies deckt sich auch mit bisherigen Untersuchungen, in denen festgestellt wurde, dass die Europawahl im Heimatland der meisten EU-Institutionen schon 2004 unbemerkt vorüber ging, trotz der europaweit höchsten Wahlbeteiligung von über 90% (vgl. Delwit 2006: 319f; EP 2014a).

Die PS stach mit nur zwei *postings* besonders hervor, in einem wurde Martin Schulz erwähnt - nationale KandidatInnen gar nicht. Im Wahlprogramm spricht sich die PS für die „Erfindung“ der europäischen SpitzenkandidatInnen aus (siehe PS_B 2014b: 484).

Die CDH widmete immerhin fünf *postings* den Europawahlen; in einem davon war Jean-Claude Juncker zu sehen. In ihrem Programm erwähnen die ChristdemokratInnen die Wahl

des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin durch das EP sowie die Einführung „transnationaler“ KandidatInnen als Forderung (siehe CDH 2014b: 366).

Etwas anders gestaltete sich der Wahlkampf der kleinen deutschsprachigen CSP, die versuchte, einen europäisierten Wahlkampf zu betreiben. Eingebunden waren vor allem die Junge EVP und ein lokaler Zusammenschluss von Parteien in der Grenzregion mit den Niederlanden und Deutschland. Der Spitzenkandidat Pascal Arimont bemühte sich ähnlich wie Karas, seine guten europäischen Kontakte zu zeigen: Er war öfters mit Juncker gemeinsam zu sehen, die CSP erreichte hier den höchsten Wert aller Parteien. Arimont war ebenfalls auf unwählbarer Position auf der nationalen Wahlliste aufgestellt. In der deutschsprachigen Region war nur ein Mandat für das EP zu wählen, das die CSP auch gewann.

Themenmäßig war der Wahlkampf eher schwach, meistens gab es einen lokalen/nationalen Bezug („Europa der Regionen“; „Europa muss etwas für die Grenzregionen tun“ etc.). In ihren „Leitlinien“ erwähnt die CSP den „Spitzenkandidaten“ Juncker, ohne auf die Wahl bzw. die Ernennung näher einzugehen (siehe CSP 2014b: 14).

5.2.3 Deutschland (D)

In Deutschland trat Martin Schulz auch als nationaler Spitzenkandidat an - er hatte somit eine Doppelfunktion. Codiert wurde er deshalb immer als europäischer und nationaler Kandidat. Die TV-Duelle mit Jean-Claude Juncker, von denen es eines in der ARD und eines im ZDF gab, dürften (zumindest auf Facebook) wesentlich bedeutender als nationale Wahlauseinandersetzungen in den Medien gewesen sein.

Da es in Deutschland um viele Mandate geht, stellte die SPD auch ihre weiteren KandidatInnen relativ ausführlich vor. Wie der Vergleich von Spalte 4 (nur Schulz) und 9 (alle KandidatInnen) in Tabelle 2 zeigt, war Schulz der dominante Akteur. Bei den Bildern scheint er etwas „unterrepräsentiert“ zu sein, was aber daran liegt, dass die „anderen“ KandidatInnen, von denen es einige gab, jeweils mit Foto präsentiert wurden. Auch der SPD Wahlkampf setzte stark auf europäische Themen und - im Vergleich zu den anderen - auf *negative campaigning* gegen Juncker, auch mit Bildern. Nationale Akteure (wie Sigmar Gabriel) waren im Europawahlkampf viel weniger präsent als bei anderen Parteien. Im Wahlmanifest wird Schulz als europäischer Spitzenkandidat erwähnt; zudem

befürwortet die SPD, dass der Präsident bzw. die Präsidentin der Kommission erstmals von den WählerInnen bestimmt wird (siehe SPD 2014b: 3,14).

Die CDU setzte voll auf die deutsche Kanzlerin Merkel. Der nationale Spitzenkandidat David McAllister war praktisch unsichtbar, was nicht nur Spott seitens der SPD provozierte, sondern auch zu den niedrigsten Werten in den Spalten 9 und 10 in Tabelle 2 geführt hat. Themenbezogene *postings* gab es bei der CDU wenige. Jean-Claude Juncker wurde vor allem im Rahmen der TV-Duelle inszeniert. Gemeinsame Auftritte mit nationalen Persönlichkeiten waren rar. Im Wahlprogramm spricht sich die CDU für eine „Direktwahl“ (CDU 2014b: 8) des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin aus.

Ein Sonderfall in mehrfacher Hinsicht war die CSU. Diese tritt als Schwester der CDU bekanntlich nur in Bayern an, ihre Wahlkämpfe waren jedoch sehr unterschiedlich. Bei der CSU wurde weder der eigene Kandidat Juncker, noch der „doppelte“ Gegenkandidat Schulz erwähnt. Themenmäßig setzte die CSU mehr als alle übrigen Parteien auf „konstitutionelle“ *issues*, zu denen u.a. auch die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei oder des angeblichen europäischen Zentralismus gehört.

Ministerpräsident Seehofer war der präsenteste nationale Akteur aller untersuchten Parteien; EP-KandidatInnen, insbesondere der nationale Spitzenkandidat Markus Färber, waren im Vergleich zu den anderen Parteien stark unterrepräsentiert. Die öffentlichen Auftritte der KandidatInnen, die auf Facebook vorgestellt wurden, fanden stets im Beisein Seehofers statt.

Im Wahlprogramm war die Kommission eher ein Feindbild, SpitzenkandidatInnen etc. wurden nicht erwähnt (siehe CSU 2014b).

5.2.4 Spanien (E)

Die spanischen SozialistInnen der PSOE führten einen sehr thematisch zentrierten Wahlkampf auf Facebook. Martin Schulz war trotz eines Auftrittes in Barcelona wenig präsent und kaum integriert. Auch die Listenerste Elena Valenciano und die anderen PSOE-KandidatInnen kamen nicht so häufig vor wie ihre Pendants aus anderen Parteien.

Wie bei allen spanischen Parteien waren nationale Aspekte überproportional vertreten - insbesondere gegen Ende des Wahlkampfes, wo viel Negativwerbung gegenüber der PP

betrieben wurde. Diese bezog sich auch auf eine als machistisch eingestufte Beleidigung Valencianos durch den PP-Kandidaten nach dem nationalen TV-Duell.

Interessant ist das Wahlprogramm der PSOE, das aus zwei Teilen besteht: Zunächst wurden die zehn Punkte des SPE-Programms übernommen, dann eigene hinzugefügt. Der Europäisierungsgrad gehört auch aus diesem Grund zu einem der höchsten der analysierten Parteien. Im „eigenen“ Teil des Programms wird die erstmalige Wahl der „Regierung“ (PSOE 2014b: 3) Europas positiv erwähnt.

Die katalanische PSC verfügte wie ihre spanische „Schwester“ PSOE über zwei Wahlprogramme: die Übersetzung des SPE-Manifests ins Katalanische und einen eigenen Text. Verwirrend war, dass sich die katalanischen SozialistInnen oft „socialistes europeus“ genannt haben, womit aber nicht die SPE, sondern eine Unterorganisation der PSC gemeint gewesen sein dürfte. Dauerpräsent war die Kampagne gegen die PP und den Ministerpräsidenten Rajoy, der sogar ihm Wahlslogan „Aturem Rajoy“ („Wir halten Rajoy auf“) vorkommt und dementsprechend oft codiert wurde.

Martin Schulz kam zwar häufiger vor als bei der PSOE, durch den erwähnten Auftritt in der katalanischen Hauptstadt wären jedoch höhere Werte zu erwarten gewesen - vor allem bei den Bildern. Bedacht werden muss aber in jedem Fall, wie umfangreich die spanischen Wahlkämpfe in Hinsicht auf ihre *posting*-Anzahl sind, und dass die Daten in Tabelle 2 relativ sind. Schulz wurde in absoluten Zahlen von der PSC und der PSOE wesentlich häufiger erwähnt als z.B. von der belgischen PS. Die PSC steht in ihrem Wahlprogramm für einen parlamentarisch gewählten „neuen“ Präsidenten der EU (siehe PSC 2014b: 7).

Aus technischen Gründen wurden die PSC und die PP erst ab 12.4. codiert.

Jean-Claude Juncker war in der umfangreichen Kampagne der spanischen Volkspartei PP nicht präsent, dafür umso mehr der nationale Kandidat Miguel Arias Cañete und Mariano Rajoy. Themenmäßig präsentierte die PP ihre nationalen Errungenschaften bei der Krisenbekämpfung und erreichte damit in Spalte 14 in Tabelle 2 den höchsten Wert aller Parteien - Europa spielte keine Rolle. Daraus ergibt sich auch der äußerst geringe Europäisierungsgrad der PP. Im Wahlprogramm fand die neue PräsidentInnenkür keine Erwähnung (siehe PP 2014b).

Da es sich bei der UDC um eine Art Sub-Partei handelt (siehe oben), war ihr eigenständiger Wahlkampf nicht sehr umfangreich (8 *postings*). Jean-Claude Juncker kam

nicht vor, dafür viele nationale Akteure und europäische Themen. Das Wahlprogramm ist ein Gemeinschaftsprodukt UDC/CDC unter CiU-Logo (siehe oben) und befürwortet die parlamentarische Ernennung des Kommissionspräsidenten bzw. der -präsidentin (siehe CiU 2014: 8).

5.2.5 Frankreich (F)

Die französischen SozialistInnen hatten - ebenso wie die UMP - keine/n nationale/n Spitzenkandidaten bzw. -kandidatin, was vermutlich auf die Einteilung des Landes in unabhängige Wahlkreise zurückzuführen ist. Martin Schulz übernahm die symbolische Rolle des nationalen Kandidaten in einem wenig thematisch orientiertem Wahlkampf unter dem Motto „Mon candidat c’est Martin Schulz“. Er wurde sogar häufiger erwähnt und abgebildet als die nationalen KandidatInnen aus den Wahlkreisen. Nationale Akteure wie Premierminister Manuel Valls oder „lokalere“ Persönlichkeiten waren jedoch am präsentesten.

Trotz des vergleichsweise niedrigen Europäisierungsgrades (Tabelle 2, Spalte 16), der darauf zurückzuführen ist, dass andere Parteien mit mehr Themen gearbeitet haben, kann die Kampagne der französischen PS als eine der „europäischsten“ angesehen werden: Das SPE-Logo wurde systematisch verwendet, Schulz war auf Flyern und Bussen, möglicherweise auch klassischen Plakaten, zu sehen. Schulz sollte sogar mit Marine Le Pen (FN) in ein Fernsehduell gehen, das dann von ihr abgesagt wurde; stattdessen fanden zwei TV-Konfrontationen mit Jean-Claude Juncker auf den Informationssendern France 24 und TV5Monde statt (vgl. EVP 2014b). Wahlprogramm scheint es wie schon 2009 kein eigenes gegeben zu haben (siehe Hertner 2011: 337), auf der Internetseite fand sich nur das SPE-Manifest, in dem natürlich von der „PräsidentInnenwahl“ die Rede war (siehe SPE 2014b: 4).

Die christdemokratische UMP verzichtete dagegen komplett auf „ihren“ Spitzenkandidaten Juncker. Ob dies mit der Niederlage des französischen Anwärters beim EVP-Kongress zusammenhängt, kann hier nicht belegt werden (siehe oben). Die Kampagne war sowohl personell, als auch thematisch sehr schwach (geringe Werte in den Spalten 8, 9, 12, 13, 14 in Tabelle 2), was darauf zurückzuführen ist, dass ein Fokus auf Negativwerbung gegenüber dem sozialistischen Präsidenten François Hollande lag. Bemerkenswert ist

weitere, dass nationale Themen oft mit europäischen verknüpft wurden.¹⁶ Der Europäisierungsgrad ist deshalb auch eher gering, im Wahlprogramm wurde die Ernennung des Präsidenten bzw. der Präsidentin nicht erwähnt (siehe UMP 2014b).

5.2.6 Großbritannien (GB)

Da die Tories schon vor einigen Jahren aus der EVP ausgetreten sind, ist in Britannien zurzeit nur die SPE mit der Labour Party vertreten. Wie schon 2009 fand die Europawahl dort gleichzeitig mit den Lokalwahlen statt.

Der Facebook-Auftritt der Labour Party im Untersuchungszeitraum mutete bizarr an: Die Europawahl wurde nur drei Mal explizit erwähnt, *campaigning* dafür war keines ersichtlich. Beim Codieren kamen dennoch 19 *postings* mit „Wahlbezug“ zustande, da großzügig vorgegangen wurde und z.B. „Vote Labour“ ebenfalls als Anspielung auf die Europawahl verstanden wurde.

Martin Schulz wurde ebenso wenig erwähnt wie die diversen britischen KandidatInnen oder EU-Themen. Auch die Lokalwahlen waren nicht so präsent wie die große, professionell aufgesetzte Anti-David-Cameron-Kampagne mit Blick auf die Unterhauswahlen 2015, in welcher der Parteivorsitzende Ed Miliband oft persönlich auftrat. Im Wahlprogramm, das es überraschenderweise gab, wurde die PräsidentInnenwahl nicht erwähnt (siehe LAB_GB 2014b).

Der britische Fall ist vermutlich einer, wo die hier angewandte Methode nicht greift, die Ergebnisse also nicht valide sind. Es ist zu erwarten, dass im Vereinigten Königreich der EU-Wahlkampf eine unbedeutendere Rolle spielt als anderswo. Dass er gar nicht stattfinden würde, ist jedoch nicht glaubwürdig, und stimmt auch nicht mit bisheriger Literatur überein (siehe z.B. Odmalm 2006; Negrine et al. 2011). Dennoch war es schon 2009 der Fall, dass Labour in ihren Fernsehwerbespots die Europawahl mit keinem Wort erwähnte (vgl. Negrine et al. 2011: 85), weshalb zumindest dieses Ergebnis der vorliegenden Studie plausibel ist.

¹⁶ In diesen Fällen wurde bei allen Parteien „europafreundlich“ vorgegangen, d.h. das Thema so europäisch wie möglich interpretiert. Bei offensichtlichen Mischungen von europäischer und nationaler Ebene wurden beide Variablen positiv codiert.

5.2.7 Italien / Südtirol (I)

Die SVP ist die einzige deutschsprachige Partei Italiens, die in der EVP vertreten ist. Die SPE tritt in Südtirol als Partito Democratico (PD) auf, eine der italienischen Großparteien. Die Besonderheit in Südtirol ist, dass die SVP und die PD aufgrund des italienischen Wahlrechts eine Listenverbindung eingegangen sind, was der SVP ermöglicht, die Vierprozenthürde zu überwinden, wenn ihr Kandidat Herbert Dorfmann sich entweder bei den Vorzugsstimmen gegen die PD-KandidatInnen durchsetzt oder zumindest 50.000 erreicht, was ihm gelang (siehe Art. 21f Legge 24 gennaio 1979 n. 18 (2006); SVP 2014a). Juncker wurde im Wahlkampf nur einmal bei einem Besuch der EVP-Jugend erwähnt, sonst war die Kampagne nachvollziehbarerweise auf den Vorzugsstimmenwahlkampf von Dorfmann zentriert. Im Allgemeinen war diese stark regionalistisch ausgerichtet, was sich auch in dem hohem Anteil „konstitutioneller“ Themen widerspiegelt (nach dem Motto: „Was kann/soll Europa für kleine Regionen tun?“). Insgesamt ist jedoch mangels anderer Themen der Europäisierungsgrad relativ gering ausgefallen. Im Wahlprogramm wurden die SpitzenkandidatInnen nicht erwähnt (siehe SVP 2014b).

5.2.8 Irland (IRL)

Irland war eines der untersuchten Länder, in denen es Wahlkreise und gleichzeitig stattfindende Lokal- bzw. nationale Nachwahlen gab. Der Anteil an *postings* mit nationalen KandidatInnen war folglich bei beiden Parteien, Labour und FG, eher hoch. Schulz und Juncker kamen fast gar nicht vor, was bei FG erstaunt, da der EVP-Parteikongress immerhin in Dublin stattfand.

Bei Labour war die KandidatInnenfokussierung höher, was zu Lasten der *issues* ging. FG sprach mehr „isomorphe“, aber auch nationale Themen (vor allem den Aufschwung nach der Krise) an, was sich auch im Europäisierungswert zeigt. Labour druckte das S&D-, FG das EPP-Logo auf ihren Wahlplakaten, welche aber auf Facebook wenig zu sehen waren.

Labour erwähnte „ihren“ Anwärter für die Kommissionspräsidentschaft als solchen zwei Mal im Parteiprogramm (siehe LAB_IRL 2014: 2,6); bei FG findet sich kein Verweis auf Juncker oder die neuartige Prozedur (siehe FG 2014b).

5.2.9 Luxemburg (L)

Luxemburg ist das kleinste hier untersuchte Land, sieht man von Südtirol ab. Beide Parteien, die linke LSAP und die rechte CSV, führten den Wahlkampf in den drei Landessprachen. Der Autor beherrscht Luxemburgisch nicht, eine für die Untersuchung ausreichende Verständlichkeit war jedoch gegeben. Allgemein fiel auf, dass sehr stark auf Fotos der KandidatInnen gesetzt wurde, aber die dazugehörigen Namen wenig vorkamen - was möglicherweise damit zusammenhängt, dass diese in einem Land mit der EinwohnerInnenzahl einer mittelgroßen europäischen Stadt ohnehin sehr bekannt waren.

Jean-Claude Juncker, selbst Luxemburger, trat nicht für die CSV an, wurde aber im Wahlkampf als *asset* benutzt: Der Anteil an Fotos von ihm (Spalte 5 in Tabelle 2) gehört - ebenso wie die gemeinsame Inszenierung mit nationalen Akteuren - zu den höchsten. Die LSAP setzte Schulz nur unterdurchschnittlich ein, gemeinsame Auftritte dürfte es keine gegeben haben. Thematisch waren beide Wahlkämpfe schwach; die Europäisierungswerte beider Parteien sind ebenfalls unterdurchschnittlich, jener der CSV jedoch signifikant höher, was sich auf die häufigen Nennungen der EVP zurückführen lässt.

Im LSAP-Wahlmanifest findet sich sowohl der Name Schulz, als auch eine Erläuterung zur Demokratisierung der Kommission (siehe LSAP 2014b: 3,12). Die CSV erwähnt Juncker als Präsidentschaftskandidaten (siehe CSV 2014b: 2).

5.3 Daten- und Methodenprobleme

Der vorangegangene deskriptive Abschnitt hat einige Problematiken aufgezeigt. Einerseits wurde ein prinzipielles Validitäts- bzw. Sensitivitätsproblem offengelegt: In Großbritannien gab es sicher irgendeine Art von Europawahlkampf - immerhin findet sich im Internet sogar ein Wahlmanifest. Dennoch hat die hier angewandte Methode das Ergebnis geliefert, dass die britische Labour Party die Europawahl einfach ignoriert hätte. Offenbar misst sie im britischen Fall tatsächlich ausschließlich den Facebook-Auftritt und lässt weniger Schlüsse auf den *offline*-Wahlkampf zu, der vermutlich trotzdem nicht zu den engagiertesten gezählt hat (siehe oben).

In abgeschwächter Form gilt dies auch für die beiden wallonischen Parteien, wobei hier noch der zusätzliche Aspekt der Irreführung durch Prozentzahlen hinzu kommt: Nur weil ein einziges Facebook-*posting* Schulz gezeigt hat, bedeutet dies nicht, dass Schulz gut in die Kampagne integriert wäre, wie es der relative Wert von 50% (siehe Tabelle 2) vermuten lässt.

Diese „Ausreißer“ diskreditieren jedoch nicht die Methode an sich, wenn man bei der Interpretation der Ergebnisse vorsichtig bleibt. Die „Schwankungsbreite“ in Verbindung mit der Generalisierbarkeit der Facebook-Ergebnisse ist vermutlich sehr hoch: Vergleicht man ÖVP und SPÖ in Hinblick auf das Vorkommen des eigenen europäischen Spitzenkandidaten (18% vs. 12%, siehe Tabelle 2), muss man seriöserweise eingestehen, dass die vorliegende Differenz nicht aussagekräftig ist und damit nicht bewiesen wäre, dass Juncker „stärker“ eingebunden war als Schulz.

Dennoch entsprechen die Zahlen in Tabelle 2 den erwarteten „Trends“: Dass die französischen SozialistInnen bei der Einbindung von Schulz an der Spitze liegen würden, war für den/die politikwissenschaftliche/n BeobachterIn genauso vorhersehbar, wie das Nicht-Erwähnen von Schulz durch Labour (und dieses Ergebnis kann trotz Validitätsproblem als gültig angesehen werden, siehe auch oben).

Was statistische Tests betrifft, ergibt sich eine weitere Schwierigkeit: Es handelt sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine Art Vollerhebung. Natürlich wurden nicht alle SPE- und EVP-Mitgliedsparteien untersucht (deren Zahl bei über 60 liegen müsste), anders als bei klassischen Stichprobenanalysen hat diese Untersuchung aber nicht zum Hauptziel, allgemeine Aussagen über diese mehr als 60 Parteien zu machen - insbesondere nicht über osteuropäische, wie oben kurz angesprochen wurde.

Weiters sind die westeuropäischen Parteien zu individuell, wie oben gezeigt wurde, um allgemeine „Gesetzmäßigkeiten“ herauszufinden. Die Generalisierbarkeit der Ergebnisse und der Determinismus der Hypothesen sind folglich stark eingeschränkt. Die Resultate sollten im Wesentlichen nur auf den konkreten Sachverhalt (Zeitpunkt, Partei) bezogen werden.

Inwieweit die Ergebnisse der statistischen Tests relevant (um nicht „signifikant“ zu sagen) sind, muss sehr kritisch beleuchtet werden. Bei einer Vollerhebung, bestehend aus 20 Fällen mit geringem Aussageanspruch über die nicht untersuchten Parteien, sind an sich - anders als in der Inferenzstatistik - keine Signifikanztests von Zusammenhangs- und Regressionsmaßen notwendig. Diese geben an, wie unwahrscheinlich es ist, dass ein in der Grundgesamtheit vermuteter Zusammenhang nur zufälligerweise in der Stichprobe auftritt. Im hier vorliegenden Fall macht das wenig Sinn. Broscheid/Gschwend (2005) argumentieren jedoch nachvollziehbar, dass Signifikanztests zusätzlich vor anderen Unsicherheiten in der quantitativen Forschung schützen, die auch bei Vollerhebungen auftreten können: u.a. betreffe dies Messfehler und Operationalisierungsprobleme, aber vor allem den notwendigen und gewollten vereinfachenden Charakter von (sozialwissenschaftlichen) Modellen, die bestimmte Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) bewusst oder unbewusst nicht miteinbeziehen (siehe ebd.: O-18).

5.4 Juncker/Schulz als abhängige Variable (H1-H9): lineares Regressionsmodell

In Tabelle 3 finden sich lineare Regressionsmodelle, die sich auf H1 bis H8 beziehen. Die jeweiligen abhängigen Variablen entsprechen jenen, die in den Hypothesen genannt wurden. Zusätzlich wurde noch die dichotome Variable „EVP-Mitglied“ eingebaut, da sich aufgrund der deskriptiven Untersuchung vermuten lässt, dass diese eine wichtige Rolle spielen könnte. Tatsächlich zeigen die Koeffizienten aus allen Modellen, dass eine EVP-Mitgliedschaft einen relevanten Einfluss auf die Präsenz der europäischen Spitzenkandidaten hatte (siehe Tabelle 3). Drei verschiedene Modelle wurden erstellt, um methodenkritisch arbeiten zu können und aufzuzeigen, dass - auch aufgrund der wechselnden geringen Fallzahlen - die Ergebnisse teilweise stark schwanken (z.B. die Variable „parallele nationale Wahlen“).

Die Daten wurden auf Ebene der Parteien aggregiert. Deren Anzahl pro Modell variiert, da die Integrationsfreundlichkeitsvariable auf dem Chapel Hill Datensatz (siehe Bakker et al. 2012) basiert, welcher die luxemburgischen Parteien sowie die belgische CSP nicht beinhaltet. Die Werte für die UDC sowie die PSC wurden von ihren „Mutterparteien“ CiU bzw. PSOE kopiert (mehr zu den Parteibeziehungen siehe oben), um mehr Fälle einschließen zu können. Die SPD wurde aus offensichtlichen Gründen nicht miteinbezogen: Schulz agiert hier in einer Doppelfunktion. Analytisch ist unmöglich zu unterscheiden, welche „Rolle“ er wann einnimmt, was auch theoretisch nicht sinnvoll wäre, da er meist beides gleichzeitig verkörpert. Die wallonischen Parteien wurden aufgrund der geringen Fallzahlen ausgeschlossen. Die britische Labour Party wurde einbezogen, da der Wert (0) der abhängigen Variable (die Schulz betrifft) und die Nichterwähnung der Europawahlen, wie erläutert wurde, plausibel erscheinen, und fast alle restlichen Variablen der Modelle nicht aus der Facebookanalyse stammen. Wie dem Anhang zu entnehmen ist, bedeutet 0 bei dichotomen Variablen immer „Merkmal nicht vorhanden“.

Die üblichen Anwendungsvoraussetzungen (linearer Zusammenhang, Homoskedastizität, Multikollinearität, Normalverteilung der Residuen) linearer Regression wurden überprüft, es ergaben sich kleinere Probleme, die in der Tabelle vermerkt sind. Bei Modell 1 und 2 halten sich diese in sehr akzeptablen Grenzen, bei Modell 3 ist die Linearität der Beziehung mit den meisten Variablen nicht mehr gegeben, was die Aussagekraft stärker einschränkt.

Das erste Modell sollte eigentlich alle Variablen inkludieren - aufgrund zu hoher Multikollinearität der drei *dummy*-Variablen musste zumindest eine ausgeschlossen werden. Betrachtet man den theoretischen Aspekt dieser Multikollinearität, stellt man fest, dass Sprache und TV-Duell vermutlich zusammenhängen und eine Korrelation mit der Nationale-Wahlen-Variable zufällig ist. „Eigene“ TV-Duelle mit Schulz und Juncker wurden im Datensatz nur in Ländern veranstaltet, deren Landessprache die beiden sprechen, was nicht bedeutet, dass in allen diesen Staaten eine Fernsehkonfrontation stattfand. Prinzipiell ist die Unterscheidung der beiden Variablen nach wie vor sinnvoll, es handelt sich um ein valides Konzept. Aufgrund der geringen Fallzahl und drei dichotomer Variablen ergibt sich jedoch das mathematische Problem. Die „Lösung“ ist, dass TV-Duell und Sprache zu „Konkurrenzvariablen“ werden, die in unterschiedlichen Modellen (1 und 2) einbezogen werden. Die Multikollinearität ist daran ersichtlich, dass die Erklärungskraft

sowie alle Koeffizienten (mit Ausnahme der dritten *dummy*-Variable) in beiden Modellen gleich hoch sind. In Modell 3 gab es keine Probleme mit den VIF-Werten, was an der höheren Fallzahl und dem Ausschluss der CHES-Variablen liegt.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
EVP-Mitglied	-,742**	-,742**	-,256
Ländergröße	,954**	,954**	,445
durchschn. Wahlkreisgröße	,983*	,983*	,066
Sprachenkenntnisse		1,470**	1,095
eigenes „Euro-TV-Duell“	1,627**		-,612
Integrationsfreundlichkeit	,718*	,718*	
Fraktionsloyalität	-,849*	-,849*	,160
Präsenz nationaler Personen	1,300*	1,300*	,427
parallele nationale Wahlen	1,108*	-,227	-,608
angepasstes R2	,781*	,781*	-,229
n	14	14	17
Kommentar	keine Sprache	kein TV-Duell	kein CHS
Anwendungsvoraussetzungen	kleineres VIF-Problem, Residuen nicht normalverteilt	kleineres VIF-Problem, Residuen nicht normalverteilt, Linearität (nat. Wahlen)	Linearitätsprobleme
ausgeschlossene Parteien	PS_B, CDH, SPD, CSP, CSV, LSAP	PS_B, CDH, SPD, CSP, CSV, LSAP	PS_B, CDH, SPD

Tabelle 3: lineare Regressionsmodelle mit Schulz/Junker („eigener eSK“ in Tabelle 2) als abhängige Variable; dargestellt werden - wenn nicht anders angegeben - die beta-Koeffizienten inkl. deren Signifikanzwerte (* = $p \leq 0,05$; ** = $p \leq 0,01$; *** = $p \leq 0,001$), eigene Darstellung.

Warum in Modell 3 die Erklärungskraft (angepasstes R2) im Gegensatz zu den Vormodellen extrem absinkt, ließe sich durch zwei Faktoren begründen: Entweder durch die höhere Fallzahl (die luxemburgischen Fälle würden folglich den modellierten Zusammenhängen in den Modellen 1 und 2 nicht entsprechen), oder durch das Fehlen der (metrischen) Integrationsfreundlichkeitsvariable. Hierzu wurden zwei (hier nicht abgebildete) Experimente gemacht:

- 1) Aus Modell 1/2 wurden beliebige Variablen bei gleichbleibender Fallzahl versuchsweise entfernt (jeweils nur eine). Die Erklärungskraft und die Signifikanzwerte sanken dadurch auf ein ähnliches Niveau wie in Modell 3.
- 2) Modell 3 wurde mit einem manipulierten Datensatz Neuberechnet: Um die LSAP, die CSV und die CSP einbinden zu können (und damit die Fallzahl, aber nicht die

eingebundenen Variablen zu ändern), wurden deren Werte „geschätzt“. Nach Bewertung der Daten (Facebook und Programme) handelt es sich um integrationsfreundliche Parteien, es wurden Werte vergleichbarer Parteien (SPD, CDH) herangezogen. Das manipulierte Modell schnitt ebenso schlecht ab wie Modell 3.

Es zeigt sich nochmals, dass die Modelle sehr fragil sind. Die „traumhaften“ Gütekriterien der Modelle 1 und 2 sind vermutlich schlichter Zufall, da nur geringfügige Änderungen (luxemburgische Parteien oder eine Variable weniger) des Dateninputs zu Insignifikanz und „negativer“ Erklärungskraft führen, manche Vorzeichen der Koeffizienten (und somit den vermuteten Zusammenhang) umdrehen sowie vermeintlich lineare Zusammenhänge zu „Wolken“ in den (nicht abgebildeten) Streudiagrammen verwandeln.

Vorsicht ist bei der Interpretation der Daten unbedingt angebracht, weshalb nun Schritt für Schritt die jeweiligen Hypothesen mit Unterstützung eindimensionaler Grafiken diskutiert werden. Der Ausschluss von PS_B, CDH und SPD bleibt aus den oben genannten Gründen weiterhin aufrecht.

5.4.1 H1: Große und kleine Länder

Tabelle 3 zeigt für alle Modelle relativ deutlich: Je größer das Gebiet, in dem eine Partei operiert, desto eher findet man Schulz oder Juncker auf Facebook. Durch Einbeziehung von Kleinparteien in Modell 3 sinkt der Koeffizient, z.B. weil Juncker in der CSP sehr präsent war.

Abbildung 3 veranschaulicht den unkontrollierten Zusammenhang: Es ist klar ersichtlich, dass es viele großen Parteien gibt, die keine europäischen Spitzenkandidaten verwendet haben, während diese bei einigen kleinen Parteien sehr präsent waren (CSV, CSP, ÖVP, SPÖ, LSAP). In Modell 2 (ohne die CSV) haben es die anderen Variablen offensichtlich „geschafft“, den Zusammenhang zu linearisieren. Einiges spricht dafür, dass größere Länder für Juncker und Schulz interessanter waren, und die beiden ihre begrenzte Zeit und Ressourcen eher Parteien gewidmet haben, die viele potentielle WählerInnen haben. Der empirische Beweis ist zwar nicht einwandfrei, dennoch kann H1 vorsichtig bestätigt werden: Die Ländergröße hat tendenziell einen positiven Einfluss auf die Einbindung der Spitzenkandidaten.

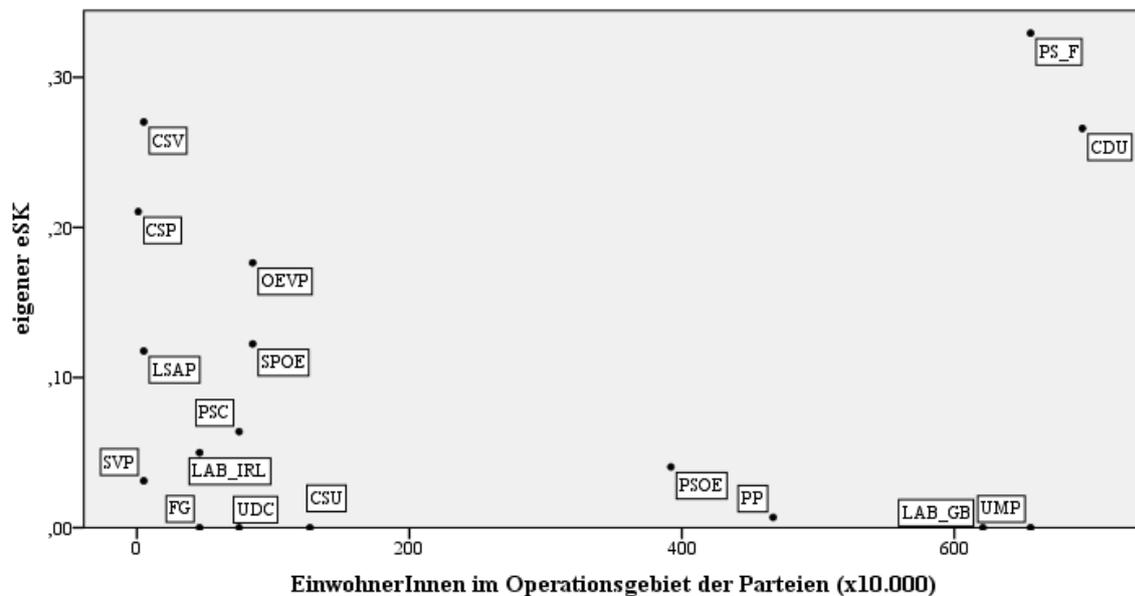


Abbildung 3: EinwohnerInnenzahl und relativer Anteil von Schulz/Juncker („eigener eSK“), eigene Darstellung

5.4.2 H2: Wahlkreise

Abbildung 4 zeigt die durchschnittliche Größe der Wahlkreise, in denen eine Partei antritt, in Zusammenhang mit der Einbindung der europäischen Spitzenkandidaten. Hier liegt offensichtlich kein linearer Zusammenhang vor. Parteien aus denselben Ländern haben immer dieselbe Position auf der x-Achse und sind deshalb genau übereinander angeordnet. Die Wahlkreisgrößen der katalanischen UDC und PSC sowie der CSU sind problematisch, da es in Spanien und Deutschland Nationalwahlkreise gibt, die Parteien aber nur in einem Teil der Länder antraten. Hier mittels Interpolation eine Pseudowerte zu berechnen schien zu künstlich.

Im kontrollierten Vergleich (Tabelle 3) zeigt sich, dass in den Modellen mit geringerer Fallzahl der Zusammenhang wie erwartet auftritt. Im Modell mit erhöhter Fallzahl geht die Stärke gegen 0, die Linearität ist auch nicht gegeben. H2 muss aufgrund erheblicher Zweifel vorerst verworfen werden. Es liegt auch ein Datenproblem vor, da wenige Parteien mit (tatsächlich) großen Wahlkreisen in der Studie vorhanden sind.

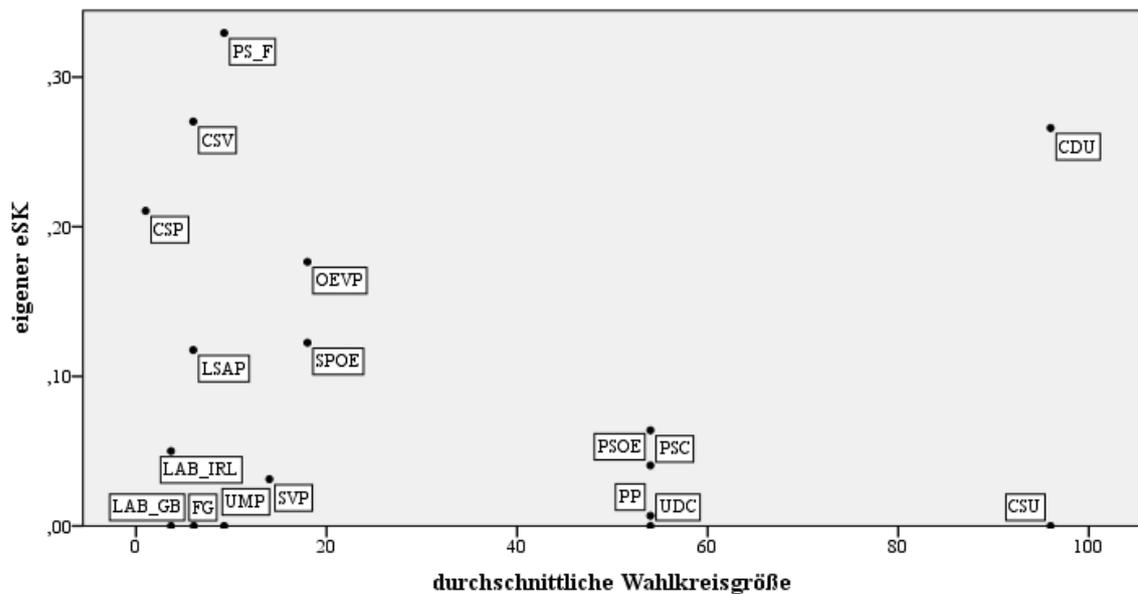


Abbildung 4: Schulz/Juncker („eigener eSK“) und die unterschiedliche Wahlkreisgröße, eigene Darstellung

5.4.3 H3 und H4: Sprachen und TV-Duelle

Die Sprach- und TV-Duell-Variablen sind wie erwähnt als „Konkurrentinnen“ angetreten. Die Erklärungskraft beider Modelle ist gleich, bei den Koeffizienten zeigte sich, dass jener der Sprachenkenntnisse trotz Fallzahlerhöhung in Modell 3 relativ konstant bleibt. Der TV-Duell Koeffizient „dreht sich“ in diesem Modell jedoch um, was abermals auf die luxemburgischen Parteien und die CSP zurückzuführen ist, die Schulz und Juncker ohne eigene TV-Duelle gut einbanden. In Tabelle 4 werden (unkontrolliert) die Mittelwertsunterschiede verglichen, die zeigen, dass die Differenz der durchschnittlichen Einbindung der europäischen Spitzenkandidaten in Zusammenhang mit ihrer Sprachkompetenz viel größer ist als in Hinblick darauf, ob es ein „nationales“ TV-Duell mit ihnen gab.

Sprachkenntnisse und TV-Duell hängen eng zusammen, wie die Regression gezeigt hat – sonst wäre die Multikollinearität nicht aufgetreten. Dennoch handelt es sich (siehe auch Tabelle 4) offenbar nicht um „ähnliche“ Variablen. Die Sprachvariable hat zudem noch das Fallproblem: Nur in Spanien konnten sich Schulz und Juncker nicht in der Muttersprache der dortigen BürgerInnen – sei es Spanisch oder Katalanisch – verständigen. Der Wert bei Sprache/nein (0,028) in Tabelle 4 entspricht also dem Durchschnitt der vier südeuropäischen Parteien.

durchschnittliche Einbindung der eSK		
	nein	ja
Sprache	,028	,121
Euro-TV-Duell	,076	,132
Parallelwahlen	,110	,065

Tabelle 4: durchschnittliche Einbindung der eSK auf Basis der Parteiwerte, eigene Darstellung

Den Koeffizienten von Modell 3 ist aufgrund fehlender Linearität zu misstrauen, weshalb in Verbindung mit den TV-Duellen ein nicht publiziertes logistisches Regressionsmodell auf *posting*-Ebene (mit denselben Variablen wie im linearen Modell) berechnet wurde. Die Erwähnung der Medienkonfrontation erhöhte die Wahrscheinlichkeit (gemäß dem Modell), in einer Meldung auf Schulz oder Juncker zu treffen, beinahe um das Achtfache (Wert signifikant).

Die Datenlage erlaubt in diesem Fall - trotz einleuchtender Theoretisierung - nicht, die beiden Hypothesen vorbehaltlos zu bestätigen. Es hat sich aber gezeigt, dass weitere Untersuchungen durchaus lohnenswert wären.

5.4.4 H5 und H6: Integrationsfreundlichkeit und Loyalität

H5 und H6 beinhalten Indikatoren, die ein ähnliches Konzept messbar machen wollen: Inwieweit hat eine wohlwollende Grundeinstellung zur eigenen Europartei, die Teil des supranationalen politischen Systems ist, mit der Einbindung der Kandidaten zu tun?

Die Integrationsfreundlichkeit wurde nur in zwei Modellen eingebaut, da sie die Fallzahl einschränkte. In beiden Modellen lässt sich ein positiver Einfluss auf das Vorkommen der Spitzenkandidaten feststellen. Abbildung 5 zeigt uns keinen (einfachen) linearen Zusammenhang. Zumindest handelt es sich bei Parteien mit höherem Anteil an Spitzenkandidaten immer um jene, die auch integrationsfreundlicher sind.

Bei der SPÖ liegt sicherlich ein Problem mit der Datenqualität vor: Ihr Integrationsfreundlichkeitswert ist ungewöhnlich niedrig, was auf den Brief der Parteispitze an die Kronenzeitung über Volksabstimmungen bei EU-Vertragsänderungen zurückzuführen ist, welcher dem europapolitischen Profil der SPÖ stark geschadet hat. Dieselbe Studie gibt der Partei im Jahr 2006 noch 6 (hier: 60.000) Punkte in der genannten

Kategorie (vgl. CHES 2010). H5 gilt somit als bestätigt.

Bei H6 liefern Modell 1 und 2 Regressionskoeffizienten, deren Vorzeichen nicht den Erwartungen entsprechen. Höhere Fraktionsdisziplin sollte eigentlich zu mehr Schulz bzw. Juncker führen. In Modell 3 dreht sich das Vorzeichen dann wieder in die prognostizierte Richtung. Abbildung 6 hinterlässt einen ähnlichen Eindruck wie Abbildung 5, die Hypothese ist – vor allem aufgrund der Regressionsmodelle – vorerst zu verwerfen.

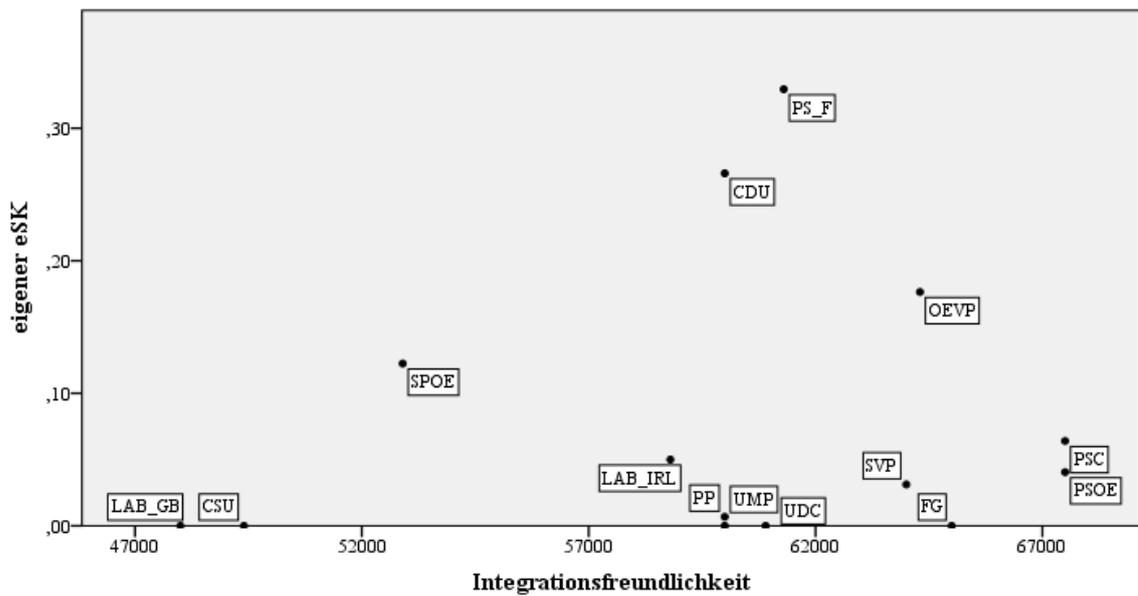


Abbildung 5: Schulz/Juncker und die Integrationsfreundlichkeit der Parteien, eigene Darstellung

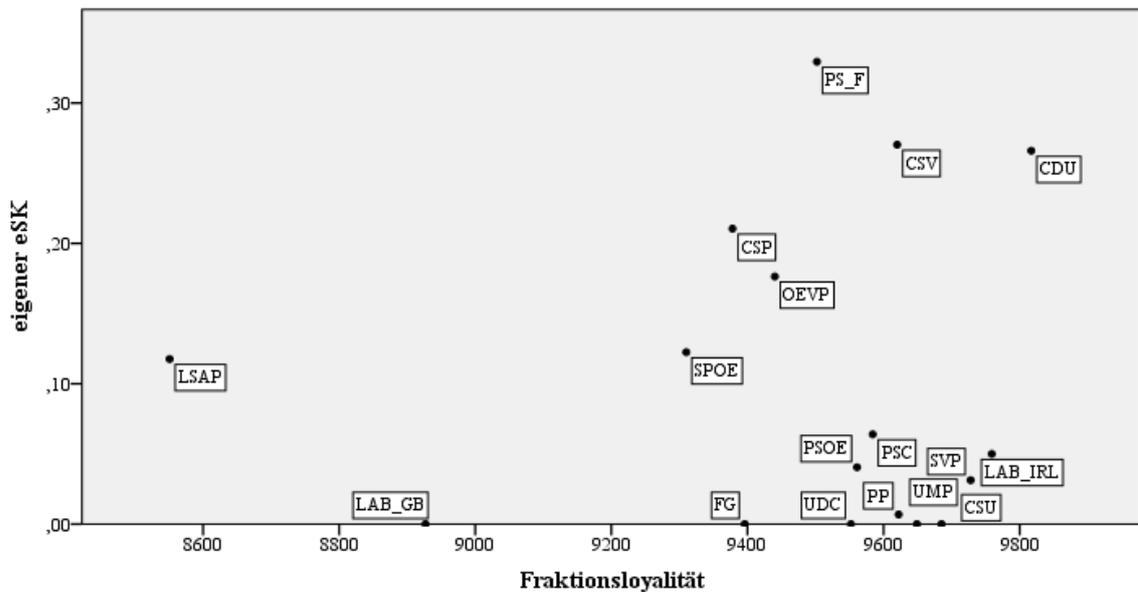


Abbildung 6: Schulz/Juncker und die Fraktionsloyalität der Parteien, eigene Darstellung

5.4.5 H7: Nationale Personen

In H7 wurde behauptet, dass nationale Personen die Präsenz von Spitzenkandidaten schmälerten, da sie als *first-order* Akteure gut auf die *second-order* Persönlichkeiten verzichten können. Die Regressionsmodelle zeigen genau in die umgekehrte Richtung. Abbildung 7 lässt dagegen keinen Zusammenhang vermuten. Tatsächlich ist vorstellbar, dass der Personalisierungsgrad einer Partei von ihrer generellen Strategie abhängt, die auf nationale und europäische KandidatInnen gleich angewandt wird. Weiters könnte auch behauptet werden, dass die europäischen Spitzenkandidaten stets die „Unterstützung“ nationaler Personen verordnet bekamen. Eine Kreuztabelle auf Ebene der *postings* deutet dies an (nicht abgebildet): Schulz oder Juncker wurden in 238 Meldungen erwähnt, auf 181 davon (das entspricht 76%) gemeinsam mit nationalen Personen. H7 muss klar verworfen werden, die neue Strategietheorie scheint jetzt plausibler.

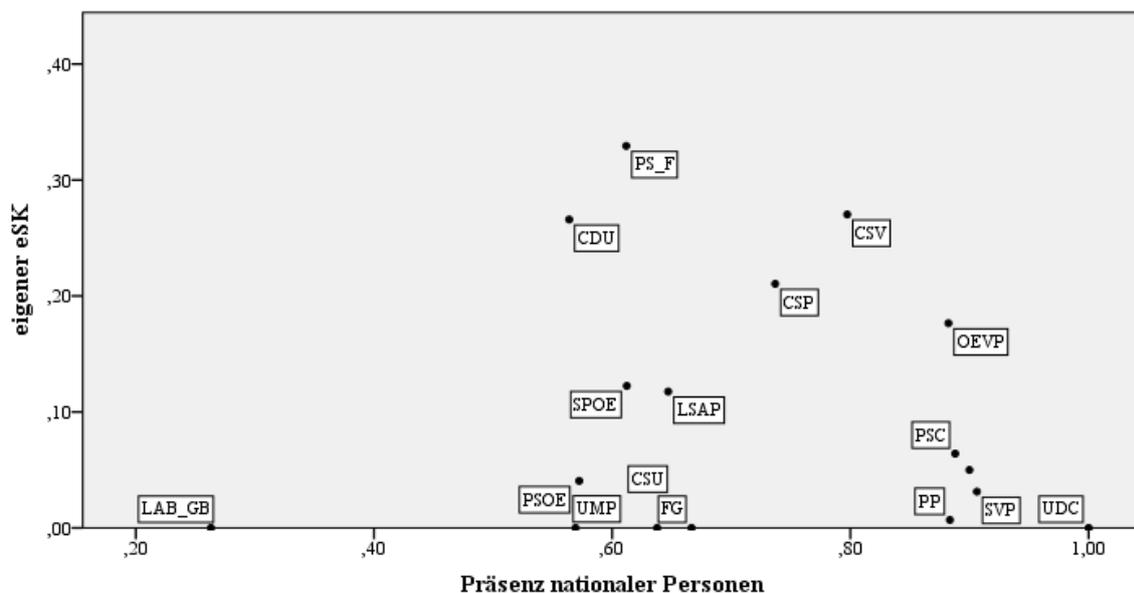


Abbildung 7: Schulz/Juncker und die Präsenz „nationaler“ Personen, eigene Darstellung

5.4.6 H8: Parallelwahlen

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen liefern widersprüchliche Ergebnisse bezüglich der These, dass nationale Parallelwahlen (auch auf regionaler Ebene) zu weniger Präsenz von Schulz und Juncker führen würden (siehe Tabelle 3). Auf deskriptiver Ebene (Tabelle 4) glaubt man jedoch zunächst, dass so ein Mittelwertsunterschied nicht zufällig sein könne.

Bedenken muss man aber, dass es nur vier Parteien gab, die mehrere Wahlen gleichzeitig ausfechten mussten. Zu dieser kleinen Gruppe gehörte u.a. die britische Labour Party, die Schulz vermutlich aus anderen Gründen nicht anführte. H8 wird folglich verworfen.

5.4.7 H9: Duell der europäischen Spitzenkandidaten

Obwohl europäische KandidatInnen in *second-order national elections* keine besonderen *assets* sind, könnte die Möglichkeit bestehen, dass sich die zwei großen Parteien gegenseitig anspornen: Wenn die SPD Schulz hat, muss die CDU Juncker nach Deutschland holen. Entstehen würde daraus eine Duellsituation in den einzelnen Staaten. Dass sich diese These zumindest im Internet nicht erfüllt hat, zeigt Abbildung 8, in der die Erwähnungen der eigenen Spitzenkandidaten in absoluten Zahlen nach Ländern abgetragen wurden. Eine Gerade ist hier nicht auszumachen, in den meisten Ländern wird entweder Schulz, oder Juncker häufig angeführt. Deutschland, Österreich und möglicherweise auch Spanien (ohne Katalonien) sind diesbezüglich Ausnahmen, die aber nicht verhindern können, dass H9 bei dieser Wahl zu verwerfen ist.

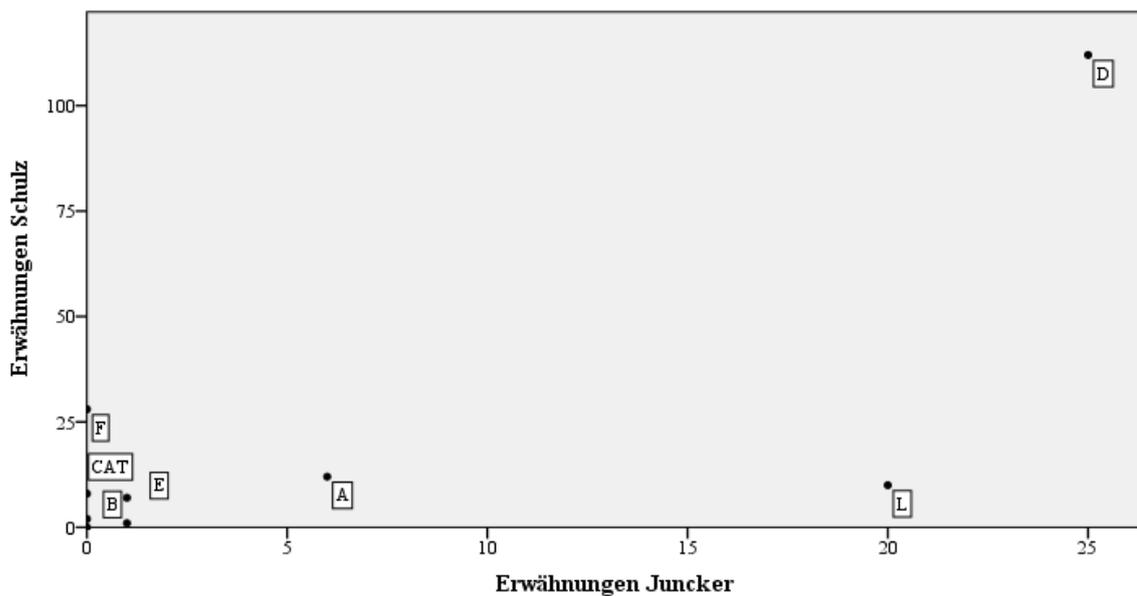


Abbildung 8: *postings* mit Schulz bzw. Juncker als eigene Kandidaten, gruppiert nach Land, nur die beiden wichtigsten EVP/SPE-Parteien im Staat/Land wurden berücksichtigt; „CAT“ steht für Katalonien, „B“ für Wallonien; die beiden unbeschrifteten Länder im bzw. in der Umgebung des Nullpunktes sind Großbritannien und Irland, eigene Darstellung.

5.5 Rollentausch der Kandidaten (H10-H13): logistische Regressionsmodelle

Um empirisch fundierte Aussagen über H10 bis H13 machen zu können, wurden weitere Modelle erstellt. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die vier Hypothesen vier verschiedene abhängige Variablen beinhalten. Die folglich notwendigen vier Modelle werden nach dem möglichst gleichen Muster erstellt.

Die abhängigen Variablen finden sich in den Hypothesen: der Anteil „isomorpher“ und „konstitutioneller“ *issues* bzw. das Vorkommen der eigenen Europartei sowie des gegnerischen europäischen Spitzenkandidaten (Duellcharakter). Unabhängige Variablen waren das bereits bekannte Vorkommen des eigenen europäischen Kandidaten, das Vorkommen eurokritischer Parteien, das bezüglich der Thematisierung von EU-Themen eine Rolle spielen kann (Koorientierung, siehe oben), sowie andere Faktoren, die in Verbindung mit Europäisierung gebracht werden können (EVP-Mitgliedschaft, Integrationsfreundlichkeit, Erwähnung des TV-Duells, Vorkommen nationaler Personen). Als zusätzliche Kontrollvariable wurde noch eingefügt, ob ein *posting* von der SPD stammt, da diese ein Sonderfall ist, der in der Regression berücksichtigt werden muss. Problematisch ist, dass somit Variablen, die im vorigen Teil erklärend wirken sollten, in den neuen Modellen mit Variablen interagieren, die vorher erklärt wurden. Dadurch ist es aber möglich, den spezifischen, genuinen Effekt der Spitzenkandidaten auf die fraglichen abhängigen Variablen herauszuarbeiten. Alle Modelle weisen Pseudo-R²-Werte im niedrigen Bereich auf, wobei jenes, das die „konstitutionellen“ Themen erklären soll das „schwächste“ ist.

Im Sinne des Methodenpluralismus sollten ursprünglich zwei verschiedene Arten von Modellen präsentiert werden: logistische auf *posting*-Ebene, die den spezifischen Effekt von Schulz und Juncker angeben („Wenn Schulz in einer Meldung vorkommt, ist die Wahrscheinlichkeit, auf ein ‚isomorphes‘ Thema zu stoßen...“) sowie aggregierte lineare Modelle, die ein allgemeineres Bild über die Parteien liefern. Letztere hatten aber alle zu starke Probleme mit den Anwendungsvoraussetzungen und zudem keine Erklärungskraft, weswegen sie hier nicht abgebildet wurden. Ohnehin soll es bei den normativ inspirierten Hypothesen H10 bis H13 vor allem um den direkten Effekt der Spitzenkandidaten gehen, der sich auf *posting*-Ebene besser nachweisen lässt.

Zusätzlich wurde ein „Europäisierungsmodell“ berechnet, das Europäisierung allgemein

(siehe auch Tabelle 2) zu erklären versucht. Da die TV-Duelle ein Teil dieser Indexvariable waren, wurden sie als unabhängige Variablen ausgeschlossen.

	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
abhängige Variable	isomorphe <i>issues</i>	konstitutionelle <i>issues</i>	Europarteien	gegnerischer eSK in eigener Kampagne	Europäisierung
eigener eSK	,406***	,437*	11,233***	1,749	1,638**
EVP-Mitglied	,481***	1,430	,568	2,395	,656**
eurokritische Parteien	1,153	,564*	2,044*	5,624**	,961
Integrationsfreundlichkeit	1,402*	,500***	1,981*	21,149**	1,105
Erwähnung europ. TV-Duell	1,589	,696	1,202	58,037***	
Präsenz nationaler Personen	,416***	,719	1,124	,508	0,447***
SPD	4,676***	5,107***	,190**	11,553**	2,981***
Cox & Snell R2	0,092***	0,053***	0,076***	0,109***	,093***
korrekte Prognose ohne Modell	,742	,879	,938	,968	,585
korrekte Prognose mit Modell	,760	,879	,939	,969	,677
n	1192	1192	1192	1192	1192
Anwendungsvoraussetzungen	OK	OK	OK	OK	OK
ausgeschlossene Parteien	CSP, CSV, LSAP	CSP, CSV, LSAP	CSP, CSV, LSAP	CSP, CSV, LSAP	CSP, CSV, LSAP

Tabelle 5: logistische Regressionsmodelle mit unterschiedlichen abhängigen Variablen, die Werte in den Spalten der unabhängigen Variablen die sind dazugehörigen *odds ratios* inkl. Signifikanzwerte (* = $p \leq 0,05$; ** = $p \leq 0,01$; *** = $p \leq 0,001$), eigene Darstellung.

5.5.1 H10 und H11: Spitzenkandidaten und issues

Die Modelle 4 und 5 in Tabelle 5 zeigen, dass die Erwähnung des eigenen europäischen Spitzenkandidaten in einem *posting* die Wahrscheinlichkeit mehr als halbiert, auf ein europabezogenes *issue* zu treffen. Dabei ist es unerheblich, um welche Art - „isomorph“ oder „konstitutionell“ – es sich handelt. Ein Vergleich der *odds ratio* von Schulz/Juncker und den nationalen Akteuren lässt den Schluss zu, dass Personalisierung (auf *posting*-Ebene) generell einen negativen Effekt auf die Erwähnung von Themen hat.

Auf Parteebene gibt es zwar keine eigenen Modelle, ein Blick auf Abbildung 9 zeigt jedoch – unkontrolliert – dass Parteien, die Schulz/Juncker „verwenden“ nicht unbedingt mehr „isomorphe“ *issues* ansprechen. Bei den „konstitutionellen“ Themen erkennt man zumindest ein leichtes Muster im Sinn der Hypothese: Parteien, welche die europäischen Spitzenkandidaten häufiger inszenierten, sprachen weniger oft *polity-issues* an. Ohne einen verlässlichen kontrollierten Vergleich ist es jedoch nicht möglich, die Hypothese zu bestätigen, vor allem da der scheinbare Zusammenhang (wie schon erwähnt) auch auf Dethematisierung *qua* Personalisierung zurückgeführt werden könnte.

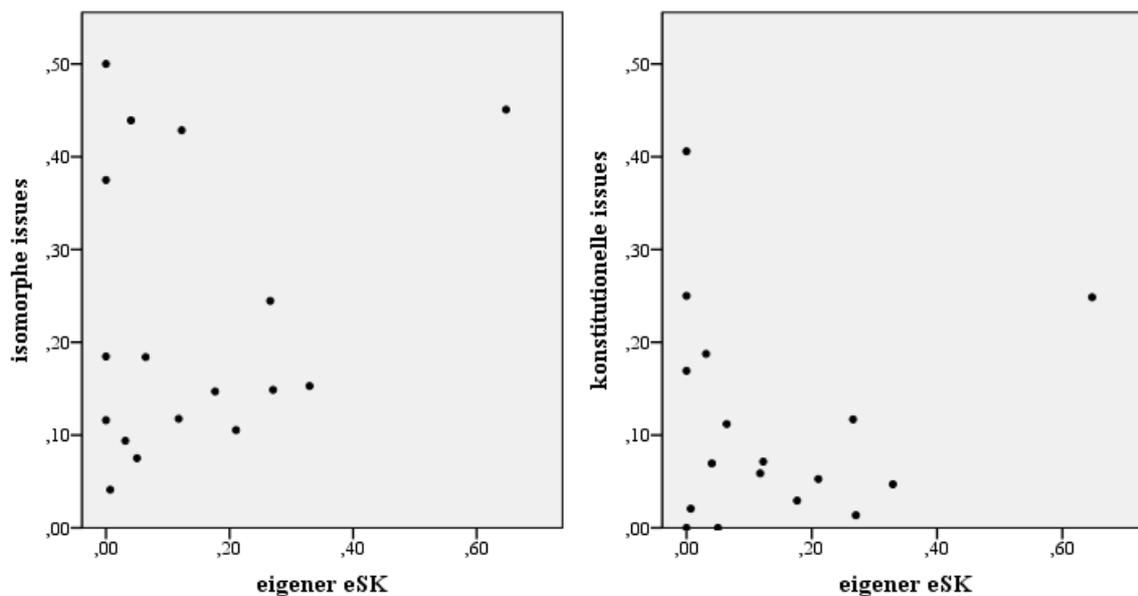


Abbildung 9: *issues* und europäische Spitzenkandidaten auf Parteebene (ohne Labour_GB, CDH und PS_B), der Ausreißer ist die SPD, eigene Darstellung

H10 muss also verworfen werden, für H11 gibt es lediglich Hinweise, dass ein besseres Modell einen gewissen Zusammenhang zeigen könnte.

5.5.2 H12: Spitzenkandidaten und Europarteien

Modell 6 zeigt eindeutig, dass Schulz und Juncker ihre Europarteien „ins Spiel bringen“. Die Chance, dass SPD oder EVP im *posting* erwähnt werden, ist über elf Mal höher, wenn der eigene europäische Spitzenkandidat vorkommt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Schulz und Juncker auf Facebook meist als „SPE/EVP-Kandidaten“ (oder ähnlich) präsentiert wurden.

Auch auf Aggregatebene zeigt sich relativ klar (Abbildung 10), dass Parteien mit häufigerer Präsenz der europäischen Kandidaten auch die Europarteien öfter erwähnen. H12 ist folglich, trotz schwachem Pseudo-R²-Wert als bestätigt zu betrachten.

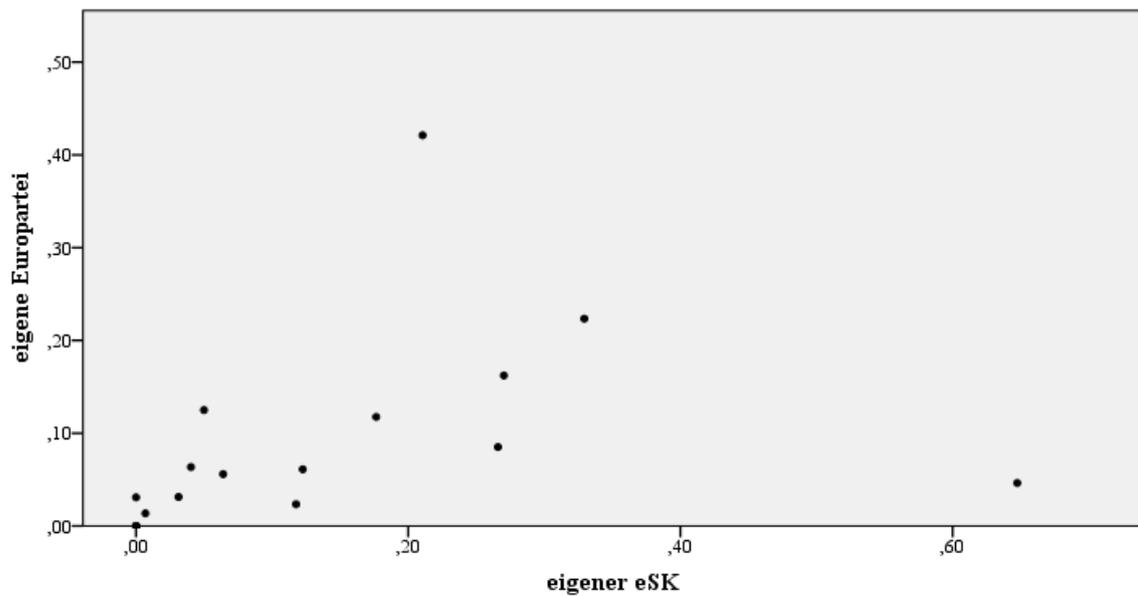


Abbildung 10: Spitzenkandidaten und Europarteien, der Ausreißer ist die SPD, eigene Darstellung

5.5.3 H13: Duell um die Kommissionspräsidentschaft

Im Kampf um politische Posten treten normalerweise mehrere KandidatInnen gegeneinander an. In dieser Arbeit wurde auf den Duellcharakter gesetzt, weil dieser im politischen Wettbewerb in der westlichen Welt üblich ist, egal ob es sich um ein Zwei- oder Mehrparteiensystem handelt. Der Kampf zwischen Labour und Tories weist – wenn es um den Posten des Regierungschefs bzw. der –chefin geht, viele Ähnlichkeiten mit jenem zwischen ÖVP und SPÖ, oder PP und PSOE etc. auf. Duellcharakter entsteht in einer Kampagne somit dadurch, dass diese auch den/die GegnerIn aufgreift, und ihn/sie womöglich sogar negativ inszeniert. Dass dies im Fall Schulz/Juncker eher die Ausnahme war, wurde im deskriptiven Teil gezeigt. Im Fall des Duellcharakters muss noch angemerkt werden, dass die Herangehensweise auf *posting*-Ebene möglicherweise nicht ganz adäquat ist, da man, wenn die Nachteile des Gegners (bzw. der Gegnerin) kenntlich gemacht werden soll, nicht unbedingt seinen eigenen Kandidaten (bzw. Kandidatin) einbringen muss.

Modell 7 zeigt keinen nennenswerten Zusammenhang zwischen eigenem und gegnerischem europäischen Spitzenkandidaten. Bemerkenswert ist aber der *odds ratio*-Wert der unabhängigen Variablen TV-Duell: Wird ein solches angeführt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auch der gegnerische Kandidat vorkommt um das 58fache. Der

Vorteil der Kontrollvariablen wird nochmals offensichtlich, da in Fernsehkonfrontations-*postings* sicherlich auch die eigenen Kandidaten vorkommen. So findet sich in Abbildung 11 eine scheinbare Bestätigung des behaupteten Zusammenhangs auf Aggregatebene: Parteien, die vermehrt die eigenen Kandidaten erwähnten, taten dies auch mit den gegnerischen.

Ob man H13 deshalb bestätigen kann, ist fraglich. Wie gezeigt wurde (siehe oben), kamen auch eigene europäische Spitzenkandidaten stark in Verbindung mit TV-Sendungen in *postings* vor. Es handelt sich höchstwahrscheinlich um einen Scheineffekt (siehe Modell 7): Nicht aufgrund einer geplanten Duell-Inszenierung waren Schulz und Juncker gleichzeitig in einem *posting* (oder der gesamten Kampagne) präsent, sondern weil die Parteien ein Fernsehereignis aufgriffen, in dem beide Personen vorkamen. Während der Codierung hat sich dieser Eindruck zusätzlich verfestigt (in Verbindung mit Diskussionsformaten wurden sogar oft alle SpitzenkandidatInnen erwähnt), weswegen H13 verworfen werden muss.

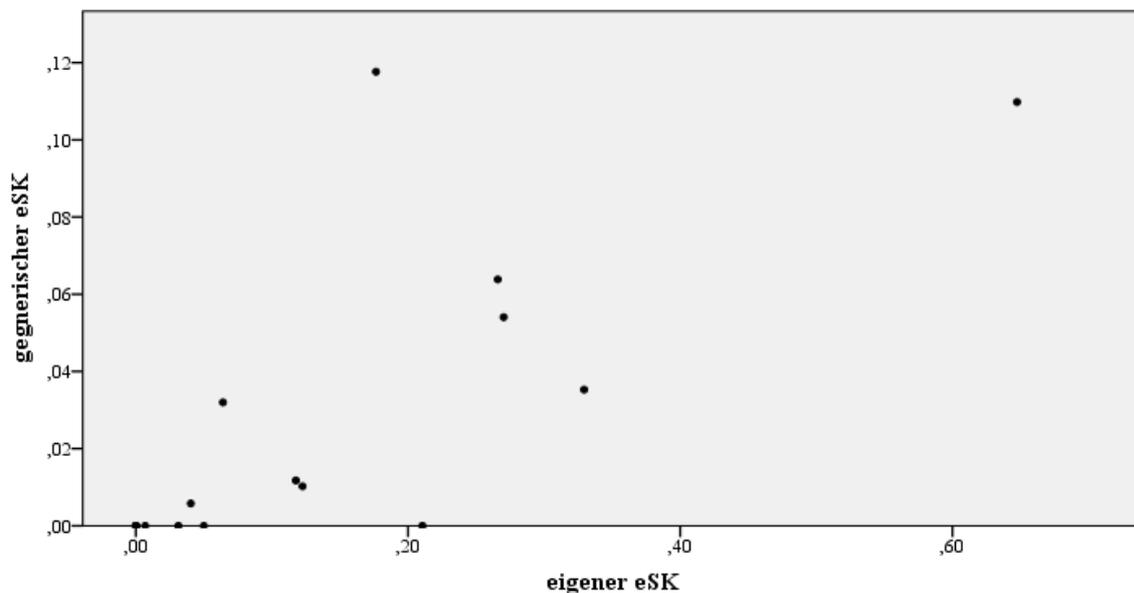


Abbildung 11: eigener und gegnerischer europäischer Spitzenkandidat, eigene Darstellung

5.5.4 Europäisierung

„Europäisierte“ *postings* sind besonders wahrscheinlich, wenn ein europäischer Spitzenkandidat erwähnt wird (siehe Modell 8 in Tabelle 5). Dies ist keine besonders überraschende Erkenntnis, da Schulz und Juncker vor allem in Verbindung mit Europarteien und TV-Duellen eingebracht wurden. Den „umgekehrten“ Effekt haben nationale Personen (inkl. KandidatInnen), welche die Wahrscheinlichkeit, auf ein europäisches Element in der Meldung zu stoßen in etwa halbieren. Für die EVP-Mitgliedschaft gilt ähnliches, was angesichts der unkontrollierten Ergebnisse in Tabelle 2 erstaunlich ist. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die SPD dort nicht inkludiert war und die Gewichtung auf nicht-aggregierter Ebene eine etwas andere ist. Beeindruckend am Europäisierungsmodell (im Gegensatz zu den anderen) ist weiters, dass die Anzahl der durch das Modell richtig klassifizierten Fälle bei fast 68% liegt. Ohne Modell, d.h. durch Zufall, liegt dieser Wert bei nur 59%.

ABSCHNITT III: SCHLUSS

6. Parteien, Spitzenkandidaten und Europäisierung

6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Nur drei Hypothesen haben sich gegenüber den ausgewerteten Daten als robust erwiesen (siehe Tabelle 6). Zwei davon (Integrationsfreundlichkeit und Europarteien) sind aus theoretischer Sicht sehr bedeutend (siehe Forschungsfrage 3). Bei drei weiteren Annahmen wurden Vorbehalte angemeldet, da die Hinweise zu schwach waren, um die Hypothesen zu bestätigen, aber zu stark, um sie gänzlich zu verwerfen.

Warum sich die Ländergrößenhypothese bestätigt hat, aber jene bezüglich der Wahlkreisgröße nicht, scheint zunächst widersprüchlich, da beiden eine ähnliche Vermutung zu Grunde liegt (im Falle der Wahlkreise kommt noch die Annahme über „lokale“ KandidatInnen hinzu, siehe oben). Für SpitzenkandidatInnen spielen aber Wahlkreise vermutlich keine Rolle, da sie, wie in die französischen SozialistInnen gezeigt haben, „über ihnen stehen“. Der nationale Kontext determiniert vermutlich die wesentlichen „Einschränkungen“, mit denen die beiden europäischen Kandidaten zu kämpfen hatten (z.B. Sprache, Praktiken). In den Wahlkreisen des selben Landes sind diese „kostentreibenden“ Faktoren konstant, ihre Größe ist folglich nicht relevant.

Für H14, die „Katalysatorhypothese“, spricht zunächst einiges: Die Spitzenkandidaten dürften ihre Europarteien in den nationalen Parteien „untergebracht“ haben und auch insgesamt die Europäisierung gefördert haben. Die Hypothese bezog sich allerdings in theoretischer Hinsicht eher auf eine substantielle Dimension: Europäisierung wurde nicht nur als wahlloses Einfügen von Flaggen oder Parteikürzeln verstanden, sondern als Prozess, der mit der Schaffung einer „sinnvollen“ europäischen politischen Debatte zusammenhängt. In diesem Sinn zeigten die Ergebnisse, dass die Personalisierung auf europäischer Spitzenebene nur wenig direkten thematischen *input* förderte. Immerhin ließ sich zumindest eine gewisse „Normalisierung“ in Zusammenhang mit Europäisierung feststellen: Schulz und Juncker können ebenso wie ihre nationalen Parteikolleginnen und -kollegen mit Dethematisierung auf *posting*-Ebene in Verbindung gebracht werden, wie in Modell 4 und 5 gezeigt wurde (siehe Forschungsfragen 2 und 4).

Indirekt kann man die Fernsehduelle als „Themenbringer“ sehen; von den Parteien wurden diese neuartigen Medienevents in den meisten Fällen gerne aufgenommen, sofern es „nationalisierte“ Varianten wie in Österreich oder Deutschland gab. Als *advocatus diaboli* wäre man versucht einzuwerfen, dass somit nicht der direkte Einfluss der Kandidaten auf die nationalen Kampagnen, sondern jener der Medien für diese indirekte Thematisierung zuständig sei. Der Autor gibt diesbezüglich zu bedenken, dass eine Unterscheidung zwischen „Massenmedien die den Kandidaten abbilden“ und „Kandidat selbst“ nicht sinnvoll ist (und deshalb auch in dieser Arbeit nicht vorgenommen wurde). Es handelt sich um komplementäre Konzepte. Letztendlich muss noch festgestellt werden, dass es ohne die Kandidaten auch keine Fernsehkonfrontationen bzw. andere mediale Inszenierungen gegeben hätte.

Zusammenfassend kann in Bezug auf H14 gesagt werden, dass bei der Europawahl 2014 kein besonders starker qualitativer „Katalysatoreffekt“ festgestellt werden konnte. Auch Parteien, die weniger auf Schulz und Juncker gesetzt haben, thematisierten durchaus „Europa“ (z.B. die PSOE).

	UV	AV	unit of analysis	Ergebnis
H1	Ländergröße	eigener eSK (+)	Partei	robust
H2	Wahlkreisgröße	eigener eSK (+)	Partei	verworfen
H3	Sprachkenntnisse	eigener eSK (+)	Partei	Vorbehalte
H4	nationale Euro-TV-Duelle	eigener eSK (+)	Partei	Vorbehalte
H5	Integrationsfreundlichkeit	eigener eSK (+)	Partei	robust
H6	Fraktionsdisziplin	eigener eSK (+)	Partei	verworfen
H7	nationale Personen	eigener eSK (-)	Partei	verworfen
H8	Parallelwahlen	eigener eSK (-)	Partei	verworfen
H9	gegnerischer eSK	eigener eSK (+)	Land	verworfen
H10	eigener eSK	„isomorphe“ europäische Themen (+)	posting/Partei	verworfen
H11	eigener eSK	„konstitutionelle“ europäische Themen (-)	posting/Partei	Vorbehalte
H12	eigener eSK	Europarteien (+)	posting/Partei	robust
H13	eigener eSK	gegnerischer eSK (+)	posting/Partei	verworfen

Tabelle 6: Zusammenstellung der getesteten Hypothesen; in der Spalte „AV“ (abhängige Variable) signalisieren die Symbole in Klammer, ob beim Anstieg der unabhängigen Variable (UV) ein positiver oder negativer Zusammenhang vermutet wurde, eigene Darstellung.

Die Hypothesen, die verworfen werden mussten, waren theoretisch eher schwach begründet. Eine Ausnahme bildet die Annahme über das Duell: Die Daten zeigen relativ klar, dass keine Bipolarisierung stattfand, die aus normativen Gesichtspunkten erwartet wurde und erwünscht war. Die Fernsehduelle, die zweifelsohne zu einer „Innovation“ in diesem Wahlkampf zählten, haben vermutlich Potential, den politischen Wettbewerb zu erhöhen, wie Modell 7 andeutet (siehe oben).

Was die „Normalisierung“ in anderen Bereichen betrifft (siehe Forschungsfrage 2), muss festgestellt werden, dass nationale Akteure in der Regel präsenter waren als Schulz bzw. Juncker. Auf Plakaten tauchten letztere kaum auf, die Integration in die Wahlkämpfe war meist schwach. Übliche Praktiken wie Negativwerbung wurden kaum eingesetzt.

Auf „individueller“ Ebene sollen noch einmal hervorstechende Einzelparteien erwähnt werden (siehe Forschungsfrage 1). Die (erfolglosen) französischen SozialistInnen haben, wie schon 2009 (siehe Hertner 2011), einen „vorbildlichen“ Wahlkampf aus Sicht der SPE geführt. Die britische Labour Party, die UMP und die CSU sind die bedeutendsten Totalverweigerinnen, gefolgt von der PP. Die PSOE zeigte zwar in absoluten Zahlen ein gewisses Interesse an Schulz, nationale Akteure waren jedoch klar der Schwerpunkt der Kampagne.

Bei den kleineren Parteien gab es einen Fall, der stark europäisiert war: die belgische CSP. Auch die österreichischen Parteien waren beim Versuch, Schulz und Juncker einzubinden, durchaus engagiert. Die bedeutende CDU tat sich sichtlich etwas schwer, Merkel mit Juncker zu verbinden, die Einbindung des Luxemburgers war aber trotzdem überdurchschnittlich.

Ein *résumé* lässt sich auf parteifamiliärer bzw. landesbezogener Ebene nur schwer ziehen (siehe Forschungsfrage 3), da die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sehr groß sind. Trotzdem gibt es sichtbare Unterschiede: Rechte Parteien waren mit der Einbindung von Juncker zurückhaltender als linke mit jener von Schulz; eine gewisse „Koorientierung“ in vielen Ländern, was die Einbindung der europäischen Spitzenkandidaten betrifft, ist ebenfalls feststellbar (IRL, A, D, E, LUX), auch wenn es eine wichtige Ausnahme gibt (F). Die vermuteten Gründe dafür wurden bereits erörtert: Junckers umstrittene Position in der EVP (auch in Hinblick auf Barnier); die große Heterogenität in den Parteifamilien was die Einstellung zu Integration betrifft (welche sich als sehr bedeutsam erwiesen hat); sowie die Tatsache, dass es sich um Wahlen handelt, die hauptsächlich in spezifischen nationalen Arenen ausgetragen werden.

6.2 Theoretische Perspektive: Demokratisierung oder „Supranationalisierung“?

Ist es abschließend angebracht, so wie Moravcsik von einem „Fehlschlag“ (Der Standard 2014a) der neuen Wahlpraxis zu sprechen? Kann aufgrund der Forschungsergebnisse dieser Arbeit angenommen werden, dass die „Demokratisierung“ der EU durch die europaweiten Spitzenkandidaturen vorangetrieben wurde (siehe Forschungsfrage 5)? Oder ist die EU ohnehin schon „demokratisch“ genug?

Alle drei Fragen sind zu verneinen. Ein „Fehlschlag“ war das „Experiment“ insofern nicht, als die Parteiliten und das EP auf europäischer Ebene bekommen haben, was sie wollten: *De facto* konnten sie den Kommissionspräsidenten nominieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit haben auch gezeigt, dass zumindest Schulz und Juncker in einige Wahlkämpfe eingebunden waren, es gab transnationale TV-Konfrontationen und Juncker ist jetzt der erste (neue) Kommissionschef, der vor seiner Ernennung in die Öffentlichkeit treten musste - auch wenn sich diese möglicherweise nur begrenzt für ihn interessierte. Zudem kann sich das EP gemeinsam mit anderen Akteuren heute rühmen, die europäische Demokratie ein Stück weitergebracht zu haben. Ein Beispiel dafür ist der „Parlemeter“ (Teil des Eurobarometer) aus dem Jahr 2014, in dem fast 28.000 EU-BürgerInnen gefragt wurden, ob die Pseudo-Direktwahlen für sie eine Verbesserung der EU-Demokratie bedeuten (siehe EP 2015a). Wenig überraschend waren 63% der Befragten dieser Ansicht und nur 18% dagegen. Vor allem in Mittel und Nordeuropa war eine hohe Zustimmung zu verzeichnen. In Großbritannien gab es die niedrigste (positive) Mehrheit (43% Zustimmung, 28% Ablehnung), was auch an einer hohen Zahl an „weiß nicht“-Antworten liegt. Vielleicht waren die BritInnen einfach ehrlicher als z.B. die Deutschen: Es ist sehr unwahrscheinlich, dass nur 19% der EU-BürgerInnen nicht gewusst haben sollen, worum es sich bei dem neuen Wahlmodus handelt.

Dies leitet gleich zur zweiten und dritten Frage weiter: Will man von einer Bürgerin bzw. einem Bürger wissen, ob sie/er es gut findet, wenn von seiner/ihrer Wahl mehr abhängt, ist Zustimmung sehr wahrscheinlich. Solche Einschätzungen können aber die tiefgehende theoretische Debatte nicht ersetzen, die Europa nach Ansicht des Autors notwendig hat. Wie gezeigt wurde, wird in Brüssel Politik gemacht, die Auswirkungen auf den Wohlstand und das Zusammenleben der breiten Bevölkerung hat. Glühbirnengesetze, die manche Leute in Rage versetzen, werden auch in der EU beschlossen, zählen aber sicherlich nicht

zum wichtigsten *output* der supranationalen Ebene. Währungspolitik, Bankenunion, Kapitalmarktunion, Dienstleistungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Marktliberalisierung etc. sind die wesentlichen Rechtssetzungen aus Brüssel. Bei diesen wird umverteilt - wenn auch nicht durch klassische staatliche Geldtransfers (bzw. Sachleistungen).

Die „Regierung“ (Kommission), die das zu verantworten hat, genießt praktisch keinerlei Legitimität und hat keinen politischen Auftrag. Es handelt sich um PolitikerInnen, die von nationalen Regierungen entsandt werden und die dann möglichst „unparteiisch“ sein müssen. Der Rat ist eine Versammlung der europäischen Exekutive, die im verborgenen Gesetze beschließt. Das Parlament ist an diesen Beschlüssen beteiligt, wurde aber nur von 43% der BürgerInnen gewählt und gilt nicht zu Unrecht als schwach.

Die hier vorgestellten Argumente (Regulierung, Unparteilichkeit und gemeinsames Wohl, *checks and balances*, „Supermehrheiten“) wurden entkräftet. Die *input*-Seite von Demokratie wurde von den Verteidigern der EU-Demokratie nicht konstruktiv berücksichtigt. Umgekehrt haben uns die Kritiker zumindest klargemacht, dass *input* „sinnvoll“ sein muss, um von einer vollwertigen Demokratie sprechen zu können - und dass dies in der EU sicherlich (noch) nicht der Fall ist.

Die Spitzenkandidaten sollten helfen, den „leeren“ Europawahlen nicht nur Gesichter, sondern auch („isomorphe“) Themen, sinnvolle Debatten und einen europäischen „Geist“ zu geben (siehe Forschungsfrage 4). Das ist nur begrenzt gelungen, wie die Forschungsergebnisse zeigen, wobei es sich um den ersten Versuch gehandelt hat, die TV-Duelle immerhin eine mediale Innovation darstellen und „konstitutionelle“ Themen in den meisten Wahlkämpfen wie erwartet im Hintergrund blieben. Follesdal/Hix (2006: 554) haben mit ihrer Prognose in jedem Fall Recht behalten, dass die von ihnen erhofften positiven Nebeneffekte der Demokratisierung der Kommissionspräsidentschaft nicht kurzfristig auftreten werden würden. Die Existenz eines direkten Zusammenhangs zwischen Europäisierung der Europawahlen und (substantieller) Demokratisierung der EU, wie von manchen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen behauptet (siehe oben), muss angesichts der theoretischen und empirischen Erkenntnisse dieser Arbeit dennoch bezweifelt werden.

Vermutlich war die Stärkung bzw. die nachhaltige Demokratisierung der Europawahl gar nicht das Hauptziel der Akteure (siehe Forschungsfrage 5). Viel mehr wollten die EU-Eliten die Autonomie der supranationalen Institutionen gegenüber den Regierungen

stärken, die sich auch bis zuletzt dagegen gewehrt haben. Dies wurde vom Autor als „Supranationalisierung“ bezeichnet. Ein Indikator dafür ist das Ergebnis dieser Arbeit, dass vor allem Parteien, die mehr Integration positiv gegenüber stehen, Schulz und Juncker eingebunden haben. Dass auch die Europarteien, die sonst ein Schattendasein führen, von der Pseudo-Direktwahl profitiert haben, ist ebenfalls in diesem Kontext zu sehen. Die Ergebnisse zeigten, dass die Spitzenkandidaten Potential hatten, die Präsenz von SPE und EVP in den nationalen Wahlkämpfen zu erhöhen.

Scheinbar im Gegensatz dazu wurde im ersten Abschnitt festgestellt, dass es sich bei den neuartigen europäischen SpitzenkandidatInnen um einen *top-down* Europäisierungsversuch handelte, der das *bottom-up* Umfeld der Europarteien als „Vermittler“ benutzen wollte. Dieses Unterfangen kann als gescheitert betrachtet werden. Die Parteien haben unabhängig agiert und tatsächlich nur so viel Europäisierung zugelassen, wie es ihrem Profil und ihrer Strategie entsprach - die Spitzenkandidaten dienten zumindest als „Vehikel“. Nationale Akteure waren nach wie vor wichtiger, bei den Themen gab es einen gewissen Ausgleich. Das *second-order national election* Modell hat somit aus Sicht dieser Arbeit nicht ausgedient (siehe auch Follesdal/Hix 2006: 554).

Nationale Parteien sind für Europa nach wie vor keine vielversprechenden *opportunity structures*, was *vice versa* noch stärker gilt. Diese müssen möglicherweise erst rechtlich geschaffen werden, um eine stärkere Verbindung der beiden Ebenen zu erlauben (z.B. in der Parteienförderung, aber auch im Wahlrecht).

Wie ist der Ernennungsprozess nach der Pseudo-Direktwahl - wissend, dass die in sie gelegten Erwartungen an die Verbesserung der demokratische Qualität der Europawahlen nur teilweise erfüllt wurden - aus normativer Sicht zu sehen (siehe Forschungsfrage 5)? In dieser Arbeit wurde argumentiert, dass neben dem problematischen, da zweifelhaft legitimierten, supranationalen Machtgewinn auch ein präsidentielles Element eingeführt wurde, das diskussionswürdig ist und vermutlich gar nicht so beabsichtigt war. Das europäische politische System, das ohnehin ein „unorthodoxes“ Mosaik an Institutionen darstellt, wird dadurch um ein Steinchen bereichert, welches das bisherige Muster durcheinander bringt. Während in der EU seit den 1980ern, wie gezeigt wurde, eine gewisse „Parlamentarisierung“ stattgefunden hat, wurde 2014 ein „starker Mann“ eingeführt, der paradoxerweise vom Parlament ernannt wird. Danach ist er (oder sie) aber praktisch unabhängig vom EP, er (oder sie) ist auch der wesentliche, und erstmals

„politisierte“, *agenda setter* der einzigen Institution, die Gesetzesvorschläge unterbreiten darf. Sein (bzw. ihr) schwach legitimiertes Kollegium dagegen ist nach wie vor nach dem alten Schema der parteilosen Behörde konzipiert. Hier liegt ein Widerspruch innerhalb der „DNS“ der Kommission vor (wie sie seit der EGKS bestanden hat), der auf Dauer ausgeräumt werden muss: Entweder, die Kommission wird auf eine direktere Weise besetzt (z.B. als *party government*, Konzentrationsregierung oder schlicht und einfach durch mehr Einfluss des „starken Mannes“ bei der Auswahl der KommissarInnen), oder der ER muss an Einfluss zurückgewinnen und das nächste Mal wieder „seine/n“ Kandidaten bzw. Kandidatin ernennen. Wenn die Parteien bei der nächsten Wahl noch mehr Abstand von den Spitzenkandidaten nehmen als 2014, ist das nicht unwahrscheinlich; nach Delors kam immerhin Santer.

Will man die Demokratisierung der Union vorantreiben, ist es vermutlich notwendig, „härtere“ Maßnahmen zu ergreifen, als bloß informelle Abkommen, nämlich Vertragsänderungen und/oder Gesetze, die Einfluss und Geld kosten können. Ideen dafür gibt es einige: ein neues Europawahlgesetz; mehr Transparenz im Rat; Stärkung der parlamentarischen Opposition; eine „Medienunion“; stärkere Anbindung des EP an die nationalen Parlamente; direktdemokratische Elemente (statt der schwachen Europäischen Bürgerinitiative); Änderungen im Besetzungsmodus der Kommission. Dass besonders eine Wahlrechtsänderung Sinn machen würde, zeigt die Ländergrößenhypothese H1: Europäische Akteure agieren offenbar lieber auf größeren Bühnen. Ein einheitliches Wahlrecht, das auch einen gesamteuropäischen Wahlkreis beinhalten würde, könnte die „Kosten“, welche die Präsenz in verschiedenen Ländern verursacht (siehe auch oben), senken. Damit würde eine Art „Podium“ (wenn schon keine vollwertige Bühne) für europäische PolitikerInnen geschaffen.

Man darf jedoch nicht dem Irrtum erliegen, dass höhere demokratische Qualität auch mehr Loyalität der Menschen bedeuten würde. Diese beruht, wie der moderne Staat gezeigt hat, auch auf „fühlbaren“ Leistungen, die ein politisches System bereitstellt. Dass die EU solche *giveaways* in absehbarer Zeit bereitstellt, ist unwahrscheinlich. Praktisch niemand in der politischen Elite bzw. der Bevölkerung ist für europaweite Transfers. Die Griechenlandkrise zeigt deutlich, wo die Grenzen europaweiter Solidarität liegen.

Schließlich kann die Frage nach dem europäischen *demos*, der von manchen als Grundvoraussetzung für sinnvolle demokratische Partizipation gesehen wird, und auch in das theoretische Modell dieser Arbeit eingebaut wurde (siehe Abbildung 2), nicht beantwortet werden. Die Spitzenkandidaten waren vermutlich keine „Katalysatoren“ in Bezug auf eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit. Sie selbst waren das einzige europaweite Element der Wahlen, da sie weder europäische Themen noch Symbole (z.B. Parteilogos) in die nationalen Parteien bzw. deren Wahlkämpfe einschleusen konnten.

7. *Conclusio* und Ausblick

In dieser Arbeit wurde ein kritischer Blick, sowohl aus normativer als auch empirischer Perspektive, auf den neuen Wahlmodus der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten geworfen. Die *spill-over* Erwartungen an Juncker und Schulz haben sich nicht ausreichend erfüllt, was die Zweifel, ob tatsächlich wohlüberlegte demokratiepolitische Argumente zu dem Prozedere geführt haben, eher bestätigt. Der „Kollateralschaden“ des unpassenden präsidentiellen Elements wurde ebenfalls behandelt. Gegen Ende soll in Erinnerung gerufen werden, dass die diskutierten Neuerungen im politischen System der EU, trotz der vorgebrachten Kritik, nur kleinerer Natur sind. Die zukünftige Entwicklung ist nicht absehbar, wobei Vertragsänderungen in der aktuellen politischen Situation, die durch die Europaskepsis der Bevölkerung gekennzeichnet ist, unwahrscheinlich sind. Die SpitzenkandidatInnen sind letztendlich ebenso wenig in der Lage, das Institutionengefüge durcheinander zu bringen, wie es ihnen nicht gelungen ist, einen Europäisierungsschub in die Wahlkämpfe zu bringen. Europa bleibt ein unfertiges Projekt der kleinen Schritte und wird damit auch in Zukunft ein ergiebiges Feld für ForscherInnen sein.

Die europäischen SpitzenkandidatInnen sollten weiterhin im Fokus politikwissenschaftlicher Forschung bleiben. Die vorliegende Arbeit war ein erster Schritt, um sich diesem neuen Phänomen und seinen politischen Hintergründen sowohl auf theoretischer, als auch empirischer Ebene anzunähern. Die wichtigsten methodischen Probleme wurden bereits genannt: nord- und osteuropäische KandidatInnen fehlten, die Operationalisierung von „Wahlkampf“ war sehr pragmatisch und die linearen Regressionsmodelle waren sehr fragil bzw. erfüllten einige Anwendungsvoraussetzungen nicht. Ganz prinzipiell kann die sehr quantitative Herangehensweise dieser Arbeit hinterfragt werden. Parteien, Wahlkämpfe und die nationalen Kontexte sind komplexe Sachverhalte, die durch multiple lineare Regressionsmodelle niemals ausreichend erfasst werden können. Dennoch war der Einsatz in dieser Arbeit nicht vergeblich, da wichtige gemeinsame Merkmale erarbeitet werden konnten.

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Theoretisierung der neuartigen Europawahlen mit Hilfe des Europäisierungsmodells plausibel ist. Der Einbau von Elementen aus der Demokratiedefizitliteratur sowie aus der Geschichte des europäischen Parlamentarismus

war ein Mehrwert, da indirekt gezeigt werden konnte, dass demokratiepolitische Überlegungen wohl nur am Rande eine Rolle gespielt haben und vor allem als legitimierendes Narrativ gedient haben. Auf diesem Grundkonstrukt ließen sich weitere Untersuchungen aufbauen, die zu einem vertieften Verständnis des Phänomens beitragen sollten. Die Parteien, die *unit of analysis* dieser Arbeit waren, sind nach wie vor *black boxes*, die geöffnet werden müssen. Dies ist nur durch qualitative Forschung möglich, die hier aufgrund des hohen Ressourcenaufwandes nicht zum Zug kam. Durch Interviews mit hohen ParteifunktionärInnen könnten Hintergründe bzw. die Sichtweisen (oder das *framing*), die/das in den Parteien vorherrschend sind, offengelegt werden.

Auch (kostenaufwändige) Meinungsforschung würde sich in direktem Anschluss an die theoretischen Schlussfolgerungen anbieten: Haben die SpitzenkandidatInnen wirklich, wie von den politischen Eliten erwartet, die Relevanz der Europawahlen in den Köpfen der Menschen gesteigert? Konnte die *second-order* Dimension bürgerInnenseitig verringert werden? Ist Europäisierung für nationale Parteien lohnend?

Auch die diskutierten Auswirkungen auf das politische System wären untersuchenswert: Ist die Kommission durch den neuen Wahlmodus tatsächlich „politischer“ geworden - hat sich ihre interne und externe Handlungsweise bzw. Bedeutung im politischen System dadurch geändert?

Die transnationalen TV-Duelle würden durchaus Ansatzpunkte für die Medienforschung bieten: Warum wurde in bestimmten Ländern „eigene“ Duelle veranstaltet? Wer sieht sich diese Veranstaltungen an und welche Auswirkungen haben sie auf das Publikum?

In Hinblick auf den bipolaren Wettbewerb könnte eine qualitative Studie herausfinden, welche Charakteristika für dessen schwache Ausprägung verantwortlich waren: Wie erwähnt wurde, traten zwei Männer aus der „Euroelite“ gegeneinander an, die inhaltlich viel gemeinsam haben und bis zum Wahlkampf in ihren jeweiligen europäischen Funktionen durchaus gut zusammengearbeitet hatten. Warum es nicht zur Konfrontation oder gar *negative campaigning* gekommen ist, könnte daran liegen, dass die schwachen und unerfahrenen Europarteien die notwendige Zuspitzung nicht vorangetrieben haben.

Im Titel dieser Arbeit wurde das „Duell um die Kommissionspräsidentschaft“ angeführt. Dieses scheint es in der erwarteten Form nicht gegeben zu haben. Die europäische Integration, die Wohlstand und Frieden in Europa dauerhaft stabilisieren sollte, wie in der Einleitung dargelegt wurde, haben Martin Schulz und Jean-Claude Juncker in jedem Fall geprägt. Nicht nur durch ihre Tätigkeiten vor und nach 2014, sondern auch durch den

historischen Versuch, erstmals transnational Wahlkampf zu betreiben. Weitere Forschungen wären nach Ansicht des Autors in Hinblick auf die hier veröffentlichten Ergebnisse lohnens- und wünschenswert.

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

8.1 Wissenschaftliche Literatur

Adam, Silke / Maier, Michaela (2011): „National parties as politicizers of EU integration? Party campaign communication in the run-up to the 2009 European Parliament election“ in: *European Union Politics*, 12(3). S. 431-453.

Bartolini, Stefano (2012): „The Strange Case of the 'European Parties'“ in: Kūlahci, Erol (Hg.): *Europeanisation and Party Politics*. Colchester: ECPR Press. S. 157-170.

Benedetto, Giacomo / Hix, Simon (2007): „Explaining the European Parliament's gains in the EU Constitution“ in: *The Review of International Organizations*, 2(2). S. 115-129.

Blondel, Jean / Sinnott, Richard / Svensson, Palle (1998): *People and Parliament in the European Union: Participation, Democracy, and Legitimacy*. Oxford: Oxford University Press.

Broscheid, Andreas / Gschwend, Thomas (2005): „Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen“ in: *Politische Vierteljahresschrift*, 46(1). S. O-16-O-26.

Bulmer, Simon (2008): „Theorizing Europeanization“ in: Graziano, Paolo / Vink, Maarten P. (Hg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. S. 46-58.

Caporaso, James (2008): „The Three Worlds of Regional Integration Theory“ in: Graziano, Paolo / Vink, Maarten P. (Hg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. S. 23-34.

Delwit, Pascal (2006): „The 2004 European Elections in Belgium: An Election That Went by Unnoticed“ in: Maier, Michaela / Tenscher, Jens (Hg.): *Campaigning in Europe - Campaigning for Europe*. Berlin: LIT Verlag. S. 307-322.

Druckman, James N. / Kifer, Martin J. / Parkin, Michael (2010): „Timeless Strategy Meets New Medium: Going Negative on Congressional Campaign Web Sites, 2002–2006“ in: *Political Communication*, 27(1). S. 88-103.

Farrell, David M. / Scully, Roger (2010): „The European Parliament: one parliament, several modes of political representation on the ground?“ in: *Journal of European Public Policy*, 17(1). S. 36-54.

Follesdal, Andreas / Hix, Simon (2006): „Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik“ in: *Journal of Common Market Studies*, 44(3). S. 533-562.

Franklin, Mark N. (2001): „How Structural Factors Cause Turnout Variations at European Parliament Elections“ in: *European Union Politics*, 2(3). S. 309-328.

Frenz, Walter (2011): *Handbuch Europarecht (Band 6): Institutionen und Politiken*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.

Hertner, Isabelle (2011): „Are European Election Campaigns Europeanized? The Case of the Party of European Socialists in 2009“ in: *Government and Opposition*, 46(3). S. 321-344.

Hix, Simon (2002): „Constitutional Agenda-Setting Through Discretion in Rule Interpretation: Why the European Parliament Won at Amsterdam“ in: *British Journal of Political Science*, 32(2). S. 259 - 280.

Hix, Simon (2005): *The Political System of the European Union (Second Edition)*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Hix, Simon / Høyland, Bjørn (2011): *The Political System of the European Union (Third Edition)*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Hix, Simon / Noury, Abdul / Roland, Gérard (2005): „Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979–2001“ in: *British Journal of Political Science*, 35(2). S. 209-234.

Hobolt, Sara B. (2014): „A vote for the President? The role of Spitzenkandidaten in the 2014 European Parliament elections“ in: *Journal of European Public Policy*, 21(10). S. 1528-1540.

Jones, Clifford A. (2011): „The Legal and Institutional Framework of the 2009 European Parliament Elections in the Shadow of the Lisbon Treaty“ in: Maier, Michaela / Strömbäck, Jesper / Kaid, Lynda Lee (Hg.): *Political Communication in European Parliamentary Elections*. Farnham: Ashgate. S. 17-42.

Judge, David / Earnshaw, David (2002): „The European Parliament and the Commission Crisis: A New Assertiveness“ in: *Governance*, 15(3). S. 345-374.

Ladrech, Robert (2009): „Europeanization and political parties“ in: *Living Reviews in European Governance*, 4(1). S. 5-23.

Lijphart, Arend (Hg.) (1992): *Parliamentary Versus Presidential Government*. New York, Oxford University Press.

Mair, Peter (2008): „Political Parties and Party Systems“ in: Graziano, Paolo / Vink, Maarten P. (Hg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. S. 154-66.

Majone, Giandomenico (1998): „Europe’s ‘Democratic Deficit’: The Question of Standards“ in: *European Law Journal*, 4(1). S. 5-28.

Majone, Giandomenico (2014): „From Regulatory State to a Democratic Default“ in: *Journal of Common Market Studies*, 52(6). S. 1216-1223.

Marsh, Michael / Mikhaylov, Slava (2010): „European Parliament elections and EU governance“ in: *Living Reviews in European Governance*, 5(4). S. 1-30.

Moravcsik, Andrew (2002): „In Defence of the ‘Democratic Deficit’: Reassessing Legitimacy in the European Union“ in: *Journal of Common Market Studies*, 40(4). S. 603–624.

Negrine, Ralph / Stetka, Vaclav / Fialová, Marta (2011): „Campaigning in but not for Europe: European Campaign Strategies in the UK and the Czech Republic“ in: Maier, Michaela / Strömbäck, Jesper / Kaid, Lynda Lee (Hg.): *Political Communication in European Parliamentary Elections*. Farnham: Ashgate. S. 75-89.

Oberndorfer, Lukas (2010): „Post-neoliberale Integrationsweise der EU. Perspektivenwechsel an der Schnittstelle Politik / Ökonomie / Recht“ in: Blaha, Barbara / Weidenholzer, Josef (Hg.): *Freiheit - Beiträge für eine demokratische Gesellschaft*. Wien: Braumüller. S. 105-122.

Odmalm, Pontus (2006): „Between Absence and Populism: The British 2004 EP Election“ in: Maier, Michaela / Tenscher, Jens (Hg.): *Campaigning in Europe - Campaigning for Europe*. Berlin: LIT Verlag. S. 67-80.

Oelbermann, Kai-Friederike / Palomares, Antonio / Pukelsheim, Friedrich (2010): „The 2009 European Parliament Elections: From Votes to Seats in 27 Ways“ in: *European Electoral Studies*, 5(1). S. 148-182.

Oesch, Daniel (2008): „Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland“ in: *International Political Science Review*, 29(3). S. 349-373.

Reif, Karlheinz / Schmitt, Hermann (1980): „Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results“ in: European Journal of Political Research, 8(1). S. 3-44.

Resnick, David (1998): „Politics on the Internet: The Normalization of Cyberspace“ in: Toulouse, Chris / Luke, Timothy W. (Hg.): The Politics of Cyberspace. New York: Routledge. S. 48-68.

Rittberger, Berthold (2012): „Institutionalizing Representative Democracy in the European Union: The Case of the European Parliament“ in: Journal of Common Market Studies, 50(1). S. 18-37.

Schweitzer, Eva Johanna (2011): „Normalization 2.0: A longitudinal analysis of German online campaigns in the national elections 2002–9“ in: European Journal of Communication, 26(4). S. 310-327.

Trent, Judith S. / Friedenber, Robert V. / Denton, Robert E., Jr. (2011): Political Campaign Communication: Principles and Practices. Lanham: Rowman & Littlefield.

8.2 Nicht-wissenschaftliche Quellen

ALDE, Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (2014): 1 February - ALDE Party Electoral Meeting. Brüssel: Website der ALDE. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.aldeparty.eu/en/events/1-february-alde-party-electoral-meeting>.

BBC, British Broadcasting Corporation (2014a): „EU backs Juncker to head Commission in blow to UK“ vom 27.6.2014. London: British Broadcasting Corporation. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://www.bbc.com/news/uk-politics-28049375>.

BBC, British Broadcasting Corporation (2014b): „Cameron hails all-party support against Juncker bid“ vom 10.6.2014. London: British Broadcasting Corporation. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://www.bbc.com/news/uk-politics-27757991>.

Der Standard (2014a): „Der Fehlschlag des Euro macht Europas Erfolge zunichte“ (Interview mit Andrew Moravcsik) vom 25.5.2014. Wien: Standard Verlagsgesellschaft. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://derstandard.at/2000001525992/Der-Fehlschlag-des-Euro-macht-Europas-Erfolge-zunichte>.

Der Standard (2014b): „Die Bürger lassen sich nicht pflanzen“ (Interview mit Martin Schulz und Othmar Karas) vom 19.4.2014. Wien: Standard Verlagsgesellschaft. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://derstandard.at/1397521042864/Juncker-oder-Schulz-wird-Kommissionspraesident-Buerger-lassen-sich-nicht-pflanzen>.

Durão Barroso, José Manuel (2012): Rede zur Lage der Union 2012 (Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg am 12. September 2012). Brüssel: Website der Europäischen Kommission (Presseausendungen). URL (abgerufen am 28.10.2014): http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-596_de.htm.

EBU, Europäische Rundfunkunion (2014): Eurovision Debate (#TellEurope) FAQs. Genf: Europäische Rundfunkunion. URL (abgerufen am 12.11.2014): http://www3.ebu.ch/files/live/sites/ebu/files/Frontpage_News/2014/05/FAQs.pdf.

EGP, Europäische Grüne Partei (2014): PRESS RELEASE: Ska Keller and José Bové will lead the Greens in their European campaign. Brüssel: Website der EGP. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://europeangreens.eu/news/press-release-greens-select-leading-candidates>.

EL, Partei der Europäischen Linken (2013): Tsipras, Nominated by the European Left, as the Voice to Denounce the Policies of the Troika in the European Commission. Brüssel: Website der EL. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.european-left.org/de/4th-el-congress/tsipras-nominated-european-left-voice-denounce-policies-troika-european-commission>.

EP, Europäisches Parlament (2014a): Ergebnisse der Europawahl 2014. Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html>.

EP, Europäisches Parlament (2014b): How many MEPs will each country get after European Parliament elections in 2014? (Press release). Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20130308sto06280/html/How-many-MEPs-will-each-country-get-after-European-Parliament-elections-in-2014>.

EP, Europäisches Parlament (2014c): Rules on political groups and non-attached Members. Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 8.1.2015): [http://www.europarl.europa.eu/RegData/bibliotheque/briefing/2014/140824/LDM_BRI\(2014\)140824_REV1_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/bibliotheque/briefing/2014/140824/LDM_BRI(2014)140824_REV1_EN.pdf).

EP, Europäisches Parlament (2015a): Abgeordnete. Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/map.html>.

EP, Europäisches Parlament (2015b): Political parties at European level. Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00264f77f5/Grants-to-political-parties-and-foundations.html>.

EP, Europäisches Parlament (2015c): European Parliament Eurobarometer (EB/EP 82.4): 2014 Parlemeter. Brüssel: Website des EP. URL (abgerufen am 20.2.2015): http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2015/2014parlemeter/eb82_4_parlemeter_analytical_synthesis_en.pdf.

EurActiv (2014): „Next EU Commission President will be a polyglot“ vom 24.4.2014. Brüssel: EurActiv Media Network. URL (abgerufen am 12.1.2015): <http://www.euractiv.com/sections/eu-elections-2014/next-eu-commission-president-will-be-polyglot-301728>.

European Voice (2014): List of candidates by country. Brüssel: European Voice S.A. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.europeanvoice.com/election-2014-candidates>.

EVP, Europäische Volkspartei (2014a): Presidential Debates. Brüssel: Website des EVP-Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://juncker.epp.eu/debates>.

EVP, Europäische Volkspartei (2014b): Jean-Claude Juncker elected as EPP candidate for President of the European Commission (Dublin, March 7, 2014). Brüssel: Website der EVP. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.epp.eu/jean-claude-juncker-elected-epp-candidate-president-european-commission>.

EVP, Europäische Volkspartei (2015): Member Parties. Brüssel: Website der EVP. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.epp.eu/member-parties>.

FAZ, Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014a): „Konservative stärkste Kraft im EU-Parlament“ vom 25.5.2014. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. URL (abgerufen am 12.11.2014): http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/europawahl-2014-evp-wird-staerkste-kraft-12958167.html?printPagedArticle=true - pageIndex_2.

FAZ, Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014b): „Juncker krepelt EU-Kommission um“ vom 10.9.2014. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. URL (abgerufen am 12.11.2014): <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/juncker-krepelt-eu-kommission-um-13145993.html>.

FAZ, Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014c): „Machtkampf um den Kommissionsvorsitz“ vom 26.5.2014. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. URL (abgerufen am 28.10.2014): <http://www.faz.net/aktuell/politik/nach-der-europawahl-machtkampf-um-den-kommissionsvorsitz-12958680.html>.

LSDP, Sozialdemokratischen Partei Litauens (2013): PES ratifies nomination of Martin Schulz as ‘Candidate designate’ (November 6, 2013). Vilnius: Website der LSDP. URL (abgerufen am 8.11.2014): http://lsdp.lt/en/news/foreign_policy/id/873/pes_ratifies_nomination_of_martin_schulz_as_candidate_designate.

NZZ, Neue Zürcher Zeitung (2014a): „Orban rächt sich an Juncker“ vom 29.6.2014. Zürich: NZZ-Mediengruppe. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://www.nzz.ch/international/europa/orban-raecht-sich-an-juncker-1.18333009>.

NZZ, Neue Zürcher Zeitung (2014b): „Juncker ist neuer EU-Kommissionspräsident“ vom 15.7.2014. Zürich: NZZ-Mediengruppe. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://www.nzz.ch/international/juncker-ist-neuer-eu-kommissionspraesident-1.18344032>.

NZZ, Neue Zürcher Zeitung (2014c): „Juncker rügt Cameron und Renzi“ vom 4.11.2014. Zürich: NZZ-Mediengruppe. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://www.nzz.ch/international/juncker-ruegt-cameron-und-renzi-1.18418367>.

Schuman, Robert (1950): Erklärung in Paris am 9. Mai 1950 („Schuman-Erklärung“). Brüssel: Website der EU (Bürgerinformation). URL (abgerufen am 8.11.2014): http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/europe-day/schuman-declaration/index_de.htm.

SPE, Sozialdemokratische Partei Europas (2011): PES Resolution: Selecting our common candidate in 2014 (Adopted by the PES Council on 24 November 2011). Brüssel: Website der SPE. URL (abgerufen am 8.11.2014): http://pesprimary.eu/wp-content/uploads/2011/11/adopted_resolution_selecting_our_common_candidate_in_2014_en.pdf.

SPE, Sozialdemokratische Partei Europas (2014a): European Socialists Elect Martin Schulz as Candidate for Commission President (March 1, 2014). Brüssel: Website der SPE. URL (abgerufen am 8.11.2014): http://www.pes.eu/european_socialists_elect_martin_schulz_as_candidate_for_commission_president.

SPE, Sozialdemokratische Partei Europas (2015): Your Party. Brüssel: Website der SPE. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.pes.eu/your_party.

SPON, Spiegel Online (2014a): „Wahl der EU-Kommission: Europaparlament stimmt für Junckers Team“ vom 22.10.2014. Hamburg: Spiegel Online GmbH. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-durch-europaparlament-gewaehlt-a-998595.html>.

SPON, Spiegel Online (2014b): „Green Primary’: Ska Keller ist Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen“ vom 29.1.2014. Hamburg: Spiegel Online GmbH. URL (abgerufen am 8.11.2014): <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ska-keller-ist-spitzenkandidatin-der-europaeischen-gruenen-a-946190.html>.

SVP, Südtiroler Volkspartei (2014a): Listenverbindung ermöglicht eigenständige SVP-Kandidatur bei den Europawahlen. Bozen: Website der SVP. URL (abgerufen am 29.1.2015): <http://www.svp.eu/de/medienmitteilungen/listenverbindung-ermoeglicht-eigenstaendige-svp-kandidatur-bei-den-europawahlen>.

8.3 Rechtstexte

B-VG (2015): Bundes-Verfassungsgesetz (konsolidierte Fassung vom 29.1.2015). Erschienen in: Bundeskanzleramt. Wien: Rechtsinformationssystem. URL (abgerufen am 29.1.2015): <http://ris.bka.gv.at>.

EGKS-Vertrag (1951): Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. URL (abgerufen am 9.11.2014): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11951K/TXT&from=DE>.

EGV (1997): Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften. Erschienen in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (97/C 340/03). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. URL (abgerufen am 28.10.2014): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:1997:340:FULL&from=DE>.

EGV (2002): Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Erschienen in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2002/C 325/01). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. URL (abgerufen am 28.10.2014): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:C2002/325/01&from=DE>.

EP 2012/2829(RSP): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 2012 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014. Brüssel: Europäisches Parlament. URL (abgerufen am 28.10.2014): <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0462+0+DOC+XML+V0//DE>.

EUV (1992): Vertrag über die Europäische Union. Erschienen in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (92/C 191/01). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. URL (abgerufen am 11.11.2014): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:11992M/TXT>.

EUV (2010): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union. Erschienen in: Amtsblatt der Europäischen Union (2010/C 083/01). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. URL (abgerufen am 28.10.2014): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE>.

Legge 24 gennaio 1979 n. 18 (2006): Elezione dei membri del Parlamento europeo spettanti all'Italia. Erschienen in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana (GU n.29 del 30-1-1979). Rom: Istituto Poligrafico e Zecca dello Stato. URL (abgerufen am 29.1.2015): <http://www.normattiva.it/atto/caricaDettaglioAtto?atto.dataPubblicazioneGazzetta=1979-01-30&atto.codiceRedazionale=079U0018>.

8.4 Untersuchungsmaterial

8.4.1 *Facebook-Seiten*

CDH, Centre Démocrate Humaniste (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/pages/CDH-Centre-D%C3%A9mocrate-Humaniste/189649407806135>.

CDU, Christlich Demokratische Union Deutschlands (2014a): eigene Facebook-Seite. Berlin: Website der CDU. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/CDU>.

CSP, Christlich Soziale Partei (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/csp.dg>.

CSU, Christlich-Soziale Union in Bayern (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/CSU>.

CSV, Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/csv.lu>.

FG, Fine Gael (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/fine.gael>.

LAB_GB, Labour Party (UK) (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/labourparty>.

LAB_IRL, Labour Party (IRL) (2015): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 21.1.2015): <https://www.facebook.com/thelabourparty>.

LSAP, Lëtzebuenger Sozialistesche Aarbechterpartei (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/lsap.lu>.

ÖVP, Österreichische Volkspartei (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/Volkspartei>.

PP, Partido Popular (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/pp>.

PS_B, Parti socialiste (B) (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/psofficiel>.

PS_F, Parti socialiste (F) (2014): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/partisocialiste>.

PSC, Partit dels Socialistes de Catalunya (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/PSC>.

PSOE, Partido Socialista Obrero Español (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/psoe>.

SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/SPD>.

SPÖ, Sozialdemokratische Partei Österreichs (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/Sozialdemokratie>.

SVP, Südtiroler Volkspartei (2015): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 13.1.2015): <https://de-de.facebook.com/suedtiroler.volkspartei>.

UDC, Unió Democràtica de Catalunya (2014): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 29.7.2014): <https://www.facebook.com/unio.cat>.

UMP, Union pour un mouvement populaire (2014a): eigene Facebook-Seite. URL (abgerufen am 25.7.2014): <https://www.facebook.com/ump>.

8.4.2 *Wahlprogramme*

CDH, Centre Démocrate Humaniste (2014b): Changer l'Europe ! (Europawahlprogramm der CDH). Brüssel. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.les-100-propositions-du-cdh.be/files/axe6.pdf>.

CDU, Christlich Demokratische Union Deutschlands (2014b): Gemeinsam erfolgreich in Europa (Europawahlprogramm der CDU). Berlin. URL (abgerufen am 8.1.2015): <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>.

CiU, Convergència i Unió (2014): 20 punts per Europa (Europawahlprogramm der CiU). Barcelona. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.ciu.cat/media/84020.pdf>.

CSP, Christlich Soziale Partei (2014b): Europa gestalten. Ostbelgien vertreten (Europawahlprogramm der CSP). Eupen. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.csp-dg.be/images/stories/Europa/leitlinien_europa.pdf.

CSU, Christlich-Soziale Union in Bayern (2014b): Europaplan Bayern (Europawahlprogramm der CSU). München. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/EU2014_Broschüre_Europaplan_Bayern_ES.pdf.

CSV, Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (2014b): Fir Europa. Fir Lëtzebuerg (Europawahlprogramm der CSV). Luxemburg. URL (abgerufen am 8.1.2015): <https://csv.lu/files/2014/04/Wahlprogramm-sans-crops-FR.pdf>.

FG, Fine Gael (2014b): Driving Recovery through Jobs, Stability & Growth (Europawahlprogramm der FG). Dublin. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.finegael.ie/latest-news/2014/an-taoiseach-launches-fin>.

LAB_GB, Labour Party (UK) (2014b): European Manifesto (Europawahlprogramm der Labour Party). London. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.yourbritain.org.uk/uploads/editor/files/LABOUR_PARTY_euro_manifesto.pdf.

LAB_IRL, Labour Party (IRL) (2014): Working Together for Ireland in Europe (Europawahlprogramm der Labour Party). Dublin. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.labour.ie/download/pdf/final_european_manifesto_v7.pdf.

LSAP, Lëtzebuenger Sozialistesche Aarbechterpartei (2014b): Pour une Europe meilleure! (Europawahlprogramm der LSAP). Luxemburg. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.lsap.lu/lsap_Programme-electoral.139-2.html.

ÖVP, Österreichische Volkspartei (2014b): Für ein besseres Europa. Für ein erfolgreiches Österreich (Europawahlprogramm der ÖVP). Wien. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.besseres-europa.at/wp-content/uploads/2014/03/Wahlprogramm.pdf>.

PP, Partido Popular (2014b): Programa Electoral (Europawahlprogramm der PP). Madrid. URL (abgerufen am 8.1.2015): http://www.pp.es/sites/default/files/documentos/programa_electoral_europeas_2014.pdf.

PS_B, Parti socialiste (B) (2014b): Programme 2014 (Europa-, Föderal und Regionalwahlprogramm der PS für Wallonien). Brüssel. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.ps.be/Election-2014/Nos-Propositions/Les-Projets-PS-2014-%281%29/Programme-Wallonie.aspx>.

PSC, Partit dels Socialistes de Catalunya (2014b): Per una Europa de la justícia social, la igualtat, i la llibertat (Europawahlprogramm der PSC). Barcelona. URL (abgerufen am 8.1.2015): <http://www.europees2014.cat/pagina/manifest-i-propostes>.

PSOE, Partido Socialista Obrero Español (2014b): 100 medidas (Europawahlprogramm der PSOE). Madrid. URL (abgerufen am 8.1.2015):
<http://www.psoe.es/source-media/000000599000/000000599185.pdf>.

SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2014b): Europa eine neue Richtung geben (Europawahlprogramm der SPD). Berlin. URL (abgerufen am 8.1.2015):
<https://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf>.

SPE, Sozialdemokratische Partei Europas (2014b): Pour une nouvelle Europe (Europawahlprogramm der SPE). Paris: Website der PS_F. URL (abgerufen am 8.1.2015):
<http://www.parti-socialiste.fr/articles/decouvrez-le-manifeste-du-pse-adopte-rome-pour-une-nouvelle-europe>.

SPÖ, Sozialdemokratische Partei Österreichs (2014b): Für ein soziales Europa (Europawahlprogramm der SPÖ). Wien. URL (abgerufen am 8.1.2015):
https://spoe.at/sites/default/files/wahlprogramm_eu-wahl_2014_final.pdf.

SVP, Südtiroler Volkspartei (2014b): Südtirol in Europa 2014-2019 (Europawahlprogramm der SVP). Bozen. URL (abgerufen am 8.1.2015):
<http://www.svp.eu/smarteredit/documents/download/wahlprogramm.pdf>.

UMP, Union pour un mouvement populaire (2014b): Pour la France agir en Europe (Europawahlprogramm der UMP). Paris. URL (abgerufen am 8.1.2015):
http://www.u-m-p.org/sites/default/files/fichiers_joints/articles/2014-04-24_-_ump_-_europe_2014_-_projet_-_v2.pdf.

8.5 Sekundärdaten

Bakker, Ryan / de Vries, Catherine / Edwards, Erica / Hooghe, Liesbet / Jolly, Seth / Marks, Gary / Polk, Jonathan / Rovny, Jan / Steenbergen, Marco / Vachudova, Milada (2012): Measuring Party Positions in Europe: The Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2010. Chapel Hill (NC), Amsterdam. URL (abgerufen am 2.2.2015):
<http://www.chesdata.eu>.

Eurostat (2015): Population on 1 January by age, sex and NUTS 2 region. Luxemburg: Statistisches Amt der Europäischen Union. URL (abgerufen am 2.2.2015):
http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo_r_d2jan&lang=en.

VoteWatch Europe (2015): European Parliament. Brüssel. URL (abgerufen am 8.1.2015):
<http://www.votewatch.eu>.

ANHÄNGE

Anhang 1: Variablen

Variable	Erklärung
partei	zur einheitlichen Identifizierung von <i>postings</i>
datum	
uhrzeit	
eu_wahl	Hat das <i>posting</i> einen Bezug zur Europawahl? [0;1]
andere_wahl	Hat das <i>posting</i> einen Bezug einer gleichzeitig stattfindenden nat. Wahl? [0;1]
schulz_text	Ist Martin Schulz im Text erwähnt? [0;1]
schulz_bild	Ist Martin Schulz abgebildet? [0;1]
schulz_neg	Wird Schulz negativ inszeniert? [0;1]
juncker_text	Ist Jean-Claude Juncker im Text erwähnt? [0;1]
juncker_bild	Ist Jean-Claude Juncker abgebildet? [0;1]
juncker_neg	Wird Juncker negativ inszeniert? [0;1]
evp_text	Wird die EVP erwähnt? [0;1]
evp_bild	Ist das EVP-Logo/Design abgebildet? [0;1]
evp_neg	Wird die EVP negativ erwähnt? [0;1]
spe_text	Wird die SPE erwähnt? [0;1]
spe_bild	Ist das SPE-Logo/Design abgebildet? [0;1]
spe_neg	Wird die SPE negativ erwähnt? [0;1]
evp_nat_text	Wird eine nationale christdemokratische Partei erwähnt (nur inländisch)? [0;1]
evp_nat_bild	Wird eine nationale christdemokratische Partei abgebildet (nur inländisch)? [0;1]
evp_nat_neg	Wird eine nationale christdemokratische Partei negativ dargestellt (nur inländisch)? [0;1]
spe_nat_text	Wird eine nationale sozialdemokratische Partei erwähnt (nur inländisch)? [0;1]
spe_nat_bild	Wird eine nationale sozialdemokratische Partei abgebildet (nur inländisch)? [0;1]
spe_nat_neg	Wird eine nationale sozialdemokratische Partei negativ dargestellt (nur inländisch)? [0;1]
natp_spe_text	Wird eine nationale, sozialdemokratische Persönlichkeit erwähnt? [0;1]
natp_spe_bild	Wird eine nationale, sozialdemokratische Persönlichkeit abgebildet? [0;1]
natp_spe_neg	Wird eine nationale, sozialdemokratische Persönlichkeit negativ dargestellt? [0;1]
natp_evp_text	Wird eine nationale, christdemokratische Persönlichkeit erwähnt? [0;1]
natp_evp_bild	Wird eine nationale, christdemokratische Persönlichkeit abgebildet? [0;1]
natp_evp_neg	Wird eine nationale, christdemokratische Persönlichkeit negativ dargestellt? [0;1]
europ_spe_text	Wird eine europäische, sozialdemokratische Persönlichkeit erwähnt? [0;1]
europ_spe_bild	Wird eine europäische, sozialdemokratische Persönlichkeit abgebildet? [0;1]
europ_spe_neg	Wird eine europäische, sozialdemokratische Persönlichkeit negativ dargestellt? [0;1]
europ_evp_text	Wird eine europäische, christdemokratische Persönlichkeit erwähnt? [0;1]
europ_evp_bild	Wird eine europäische, christdemokratische Persönlichkeit abgebildet? [0;1]
europ_evp_neg	Wird eine europäische, christdemokratische Persönlichkeit negativ dargestellt? [0;1]
kand_spe_text	Wird ein/e sozialdemokratische/r EP-KandidatIn erwähnt? [0;1]
kand_spe_bild	Wird ein/e sozialdemokratische/r EP-KandidatIn abgebildet? [0;1]
kand_spe_neg	Wird ein/e sozialdemokratische/r EP-KandidatIn negativ dargestellt? [0;1]
kand_evp_text	Wird ein/e christdemokratische/r EP-KandidatIn erwähnt? [0;1]
kand_evp_bild	Wird ein/e christdemokratische/r EP-KandidatIn abgebildet? [0;1]
kand_evp_neg	Wird ein/e christdemokratische/r EP-KandidatIn negativ dargestellt? [0;1]

issue_polity	Wird die EU „an sich“ thematisiert? (Verfassung, Mitgliedschaft,...) [0;1]
issue_policy	Wird eine (potentielle) EU <i>policy</i> angesprochen? [0;1]
issue_nat	Wird eine nationales <i>policy issue</i> erwähnt? [0;1]
like	Wie vielen <i>user</i> „gefällt“ das <i>posting</i> ?
comment	Wie viele <i>user</i> haben das <i>posting</i> kommentiert?
share	Wie viele <i>user</i> haben das <i>posting</i> „geteilt“?
tvduell_nat	Wird auf eine nationale TV-Debatte verwiesen? [0;1]
tvduell_eur	Wird auf ein Fernsehduell der SpitzenkandidatInnen verwiesen? [0;1]
spitzenkandidat	Wird die Rolle der SpitzenkandidatInnen thematisiert? [0;1]
manifest_spe	Wird auf das SPE-Wahlprogramm verwiesen? [0;1]
manifest_spe_nat	Wird auf ein nationales sozialdemokratisches Wahlprogramm verwiesen? [0;1]
manifest_evp	Wird auf das EVP-Wahlprogramm verwiesen? [0;1]
manifest_evp_nat	Wird auf ein nationales christdemokratisches Wahlprogramm verwiesen? [0;1]

Abstract (Deutsch)

Die vorliegende Arbeit untersucht die Rolle der neuartigen europäischen SpitzenkandidatInnen bei der Europawahl 2014. Erstmals sollte der Kandidat bzw. die Kandidatin der stärksten Partei PräsidentIn der Europäischen Kommission werden. Theoretische Grundlage bildet eine Synthese aus Europäisierungs- und Demokratiedefizitliteratur. Argumentiert wird, dass es sich bei der Einführung der SpitzenkandidatInnen, die u.a. auf einem informellen politischen Abkommen beruht, um einen Versuch der supranationalen Institutionen handelte, ihre Stellung im europäischen Machtgefüge zu verbessern („Supranationalisierung“). Die Ankündigung der politischen Eliten, dass die neue Praxis die demokratische Qualität des politischen Systems der EU nachhaltig verbessern würde, wird aufgrund der Forschungsergebnisse kritisch betrachtet. Ebenso hinterfragt wird das präsidentielle Element, das die Demokratisierung des wichtigsten politischen Postens der EU mit sich bringt.

Da die Europawahlen *de facto* 28 gleichzeitig stattfindende Nationalwahlen sind, waren die SpitzenkandidatInnen auf die nationalen Parteien angewiesen. Aus diesem Grund wurden die Wahlkämpfe von 20 westeuropäischen EVP- bzw. SPE-Mitgliedsparteien anhand ihrer Facebook-Auftritte empirisch untersucht. Nach einer quantitativen Inhaltsanalyse wurden lineare und logistische Regressionsmodelle berechnet, um 14 Hypothesen zu testen. Im Fokus standen sowohl die Faktoren, die zur Einbindung von Jean-Claude Juncker und Martin Schulz in die nationalen Wahlkampagnen führten, als auch die Konsequenzen dieser Einbindung.

Es zeigte sich, dass vor allem Parteien, die der europäischen Integration positiv gegenüber stehen, dazu neigten, die Spitzenkandidaten in ihre Wahlkämpfe aufzunehmen, was für die Supranationalisierungsthese spricht. Ein wichtiger Verstärker der Einbindung dürften TV-Konfrontationen zwischen Juncker und Schulz gewesen sein, die auf nationaler Ebene ausgerichtet wurden. Ein „Duell“ zwischen den beiden aussichtsreichsten Kandidaten scheint es keines gegeben zu haben, da die Unterschiede zwischen den nationalen Parteien in Hinblick auf die europäischen Spitzenkandidaten auch innerhalb eines Landes sehr groß waren. Nationale PolitikerInnen dominierten die Kampagnen in der Regel. Zu einer „sinnvollen“ europäischen politischen Debatte haben Schulz und Juncker nicht beigetragen, da sich ihre Auftritte (genau wie jene nationaler Personen) dethematisierend auswirkten und auch Parteien, welche die Spitzenkandidaten nicht einbanden, mit europäischen *issues* arbeiteten.

Abstract (English)

This thesis investigates the role of the recently introduced European “Spitzenkandidaten” (lead candidates) in the 2014 European elections. For the first time, the winning party’s candidate should become President of the European Commission. The theoretical framework is based on a synthesis of Europeanisation and “democratic deficit” literature. The author argues that the European “Spitzenkandidaten”, whose introduction rests, *inter alia*, upon an informal political agreement, were an attempt by the supranational institutions to improve their position in the European political power structure (“supranationalisation”). The results of this research make it difficult to believe that the “Spitzenkandidaten” succeeded in increasing the democratic quality of the EU’s political system in a sustainable way, contrary to the political elite’s proclamations. Furthermore, the democratisation of the EU’s political top post implies a presidential tendency that is criticised.

De facto, the European elections are 28 simultaneously held national polls, which is why the “Spitzenkandidaten” relied heavily on the parties in the member states. Thus, 20 Western European EPP or PES member parties’ election campaigns were analysed on the basis of their Facebook pages. Linear and logistic regression models were calculated using the data obtained by quantitative content analysis. 14 hypotheses, which focused on potential variables influencing the integration of Jean-Claude Juncker and Martin Schulz as well as the consequences of integration, were tested.

It was proved that parties in favour of European integration were more likely to include “lead candidates” in their campaigns, which supports the supranationalisation thesis. Television debates organised by national broadcasters between Schulz and Juncker had an important positive influence on the candidates’ integration. There is no evidence for a “duel” between the two candidates with the best chances to win because of the huge differences in the candidates’ integration by domestic parties, even in the same country. National politicians were the dominant actors in the campaigns. Juncker and Schulz have apparently failed to stimulate a “meaningful” pan-European political debate. Their appearance had a negative influence on the parties’ use of issues, which imitates the effect of national politicians. In addition, parties that abstained from including the “Spitzenkandidaten” also showed high levels of broaching European issues.

Lebenslauf

Franz Trautinger, BA BA

Ausbildung

2012-2015 (geplant)	Studium der Politikwissenschaft (Master) an der Universität Wien
2008-2014	Studium der Romanistik (Spanisch) an der Universität Wien, abgeschlossen als „Bachelor of Arts“ (BA) mit Auszeichnung
2008-2012	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, abgeschlossen als „Bachelor of Arts“ (BA) mit Auszeichnung
2010-2011	einjähriger ERASMUS-Studienaufenthalt an der Universidad Complutense de Madrid, Spanien
1999-2007	BG/BRG Klosterneuburg, Realgymnasium mit Darstellender Geometrie, Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg

Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkte

politische Systeme in Europa (insbesondere Österreich), Europäische Union, quantitative Methoden, Wahl- und Meinungsforschung; romanistische Sprachwissenschaft, Soziolinguistik, Katalanistik, hispanistische Landeswissenschaft

Berufserfahrung und Praktika mit akademischem Bezug

02-07/2015	Langzeitpraktikum im Brüsseler Büro der Österreichischen Bundesarbeitskammer
09-10/2014	Praktikum beim Centro de Estudios para el Desarrollo Urbano Contemporáneo (DUC) in Valparaíso, Chile
10-12/2011	Praktikum bei der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien am Österreichischen Staatsarchiv

Weitere Qualifikationen und Leistungen

Gute Kenntnisse in SPSS und Stata

fünfmalige Zuerkennung des Leistungsstipendiums der Universität Wien (2009-2014)

Muttersprache: Deutsch

Fremdsprachen: Englisch, Spanisch, Französisch, Katalanisch, Latein